



VERWALTUNGSZEITUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Organ des Verbands
der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.
Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart

E 4207 F

Nummer 1

Februar 2008

36. Jahrgang



"Oberndorf a. N. - eine Stadt im Aufbruch"

Resolution des Gewerkschaftstages 2007 des Beamtenbundes Baden-Württemberg - beschlossen am 5./6. Dezember 2007 -

1. Teilhabe der Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 bekräftigt die vom BBW-Landeshauptvorstand am 16. Mai 2007 beschlossene Besoldungsnachforderung in Höhe von 2,4 % ab 2008.

Angesichts der Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft fordert der BBW-Gewerkschaftstag 2007 von der Landesregierung ein deutliches Signal, nach drei Nullrunden, den Eingriffen bei der Sonderzahlung sowie der Staffelung der Besoldungserhöhung im Jahr 2008 in 1,5 % (ab 1.1.2008) und 1,4 % (ab 1.8. bzw. 1.11.2008), durch die die Anpassung hinter dem Tarifbereich des Landes zurückbleibt, die Besoldung zu erhöhen und die Absenkung der Versorgung rückgängig zu machen.

2. Erhöhung der Lebensarbeitszeit; "Pension mit 67"

Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 fordert die Landesregierung auf, bei der Erhöhung der Lebensarbeitszeit von den Regelungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie von den geplanten Regelungen für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten, die im Entwurf eines Dienstrechtsneuordnungsgesetzes niedergelegt sind, nicht negativ abzuweichen. Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 lehnt Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte in Baden-Württemberg ab.

3. Dienstrechtsreform

Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 fordert, die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen und Laufbahngruppen zu verbessern und eine Regelung zur Mitnahme von Versorgungsanwartschaften einzuführen. Vorrangiges Element einer Leistungsbezahlung ist für den BBW-Gewerkschaftstag 2007 eine Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten und der Abbau von leistungsfeindlichen Stellenbesetzungs- und Beförderungssperren. Zudem fordert der BBW-Gewerkschaftstag 2007 eine maßvolle Leistungsbezahlung in Höhe von 1 % der Gesamtbesoldungssumme nur "on top" aufgrund eines einfachen strukturierten Bewertungsverfahrens, eine Stärkung der Familienkomponenten sowie eine Orientierung von Zulagen am Arbeitsmarkt statt einer Ballungsraumzulage. Darüber hinaus lehnt der BBW-Gewerkschaftstag Eingriffe beim Endgrundgehalt und Lebenseinkommen ab.

4. Tarifbereich

Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 fordert für die Tarifbeschäftigten eine deutliche Erhöhung der Vergütung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie die Beibehaltung der flächentarifvertraglichen Regelungen im Bereich des TV-L und des TVöD.

5. Landespersonalvertretungsgesetz

Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 lehnt jegliche Ansätze, die Rechte der Personalvertretungen und damit das LPVG in seinen Grundzügen und seiner Substanz anzutasten, ab. Handlungsfähige Personalvertretungen auf allen Stufen sind unerlässlich, um die Interessen der Beschäftigten zu bündeln und zu einem konstruktiven Arbeitsklima beizutragen.

6. Erhöhung der Wegstreckenentschädigung

Der BBW-Gewerkschaftstag 2007 fordert eine angemessene Erhöhung der Wegstreckenentschädigung. Der Kraftfahrer-Preisindex ist seit 2001 um 17,2 % gestiegen. Deutlich überproportional verteuert haben sich dabei die Kraftstoffe (+ 37,3 %). Dies wirkt sich unmittelbar auf die Beschäftigten aus, die ihr privates Kraftfahrzeug für Dienstfahrten zur Verfügung stellen. Während die Reisekostenpauschale der Abgeordneten aufgrund der gestiegenen Kosten erhöht wurde, steht eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung nach wie vor aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Gewerkschaftstagen des Deutschen Beamtenbundes im November in Berlin und des Beamtenbundes Baden-Württemberg im Dezember in Fellbach ist der richtige Zeitpunkt für eine Standortbestimmung.

Das hervorragende Wahlergebnis für den wiedergewählten Landesvorsitzenden Volker Stich zeigt, dass die Fachverbände geschlossen hinter der Landesleitung stehen für die gemeinsame Bewältigung der anstehenden großen Herausforderungen. Wir stellen fest, dass die "Familie Beamtenbund Baden-Württemberg" enger zusammengerückt ist und dass ein breites Einvernehmen darüber besteht, dass wir nur mit Bündelung aller Kräfte das Optimale für unsere Mitglieder erreichen können. Der Verband der Verwaltungsbeamten ist weiter bereit, sich in diesem Sinne konstruktiv für die gemeinsame Sache einzubringen. Wir gratulieren unserem Vorstandsmitglied Peter Launer zur erneuten Wahl in die Landesleitung des Beamtenbundes Baden-Württemberg. Er ist für uns ein wichtiges Scharnier zur Dachorganisation und zur Stadt Stuttgart.

Aus unserer Sicht wird eine zügige und spürbare Anhebung der Beamtenbesoldung immer dringlicher. Für diese Forderung gibt es gute Gründe: Die Inflationsrate der Lebenshaltungskosten hat im Jahr 2007 mit 2,2 Prozent das höchste Niveau seit 13 Jahren erreicht. Die zum 1. Januar 2008 erfolgte Besoldungserhöhung von 1,5 Prozent wurde durch die Kürzung des anteiligen Weihnachtsgeldes nahezu vollständig aufgezehrt. Das bedeutet, dass die Beamten eine weitere deutliche Reduzierung der realen Kaufkraft hinnehmen mussten. Nach verschiedenen Studien ist dieser Rückstand im Vergleich des öffentlichen Dienstes zur Wirtschaft in den letzten 30 Jahren auf deutlich über 40 Prozent angewachsen. Diese gravierende Benachteiligung ist mit dem relativ sicheren Arbeitsplatz nicht mehr zu rechtfertigen.

Nach einer aktuellen Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) stehen jedem deutschen Verbraucher im Jahr 2008 durchschnittlich rund 700 Euro mehr Nettoeinkommen und damit Konsumpotenzial zur Verfügung. Das entspricht einer Steigerung von 3,8 Prozent. Auch Baden-Württemberg wird von der GfK als "Wohlstandsoase" eingestuft. Von solchen Werten können der öffentliche Dienst und die Beamtenschaft im Land nur träumen. In der Realität bewegen sich einige Beamtengruppen auf ein Einkommensniveau zu, das die Forderung nach einem "Mindestlohn" rechtfertigt. Vor diesem Hintergrund erscheint die von den Gewerkschaften in der aktuellen Tarif-

runde des TVöD formulierte Forderung von 8 Prozent Vergütungserhöhung nicht überzogen.

Es ist leider festzustellen, dass der Verfassungsgrundsatz der amtsangemessenen Alimentation der Beamten von der Landesregierung weiterhin nicht beachtet wird. Danach ist der Dienstherr verpflichtet, den Bedarf zum Lebensunterhalt der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien realitätsgerecht zu berücksichtigen um dadurch eine stabile, gesetzestreue Verwaltung zu gewährleisten. Von der Realität hat sich das Besoldungsniveau schon deutlich entfernt. Es wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung der Landesregierung zu "ihren Beamten", wenn deren erheblich verschlechterte Einkommenssituation schlichtweg ignoriert wird. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den höheren Besoldungsanspruch für Beamte mit mehr als zwei Kindern bestätigt hat, ist das Verwaltungsgericht Arnsberg vor einigen Tagen zum Ergebnis gekommen, dass in den behandelten Fällen der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 auch die Streichung des Urlaubsgeldes in NRW eine unzulässige Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung bedeute. Es hat diese Fälle daher dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt (siehe Seite 10).

Es wird derzeit geprüft, inwieweit diese neue Rechtsprechung auch für Baden-Württemberg relevant ist. Möglicherweise müssen wir demnächst die Empfehlung ausgeben: Wer nicht streiken darf muss eben klagen!

Die angemessene Teilhabe der Beamtinnen und Beamten an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung muss daher das zentrale Ziel der Verbandsarbeit bleiben. Der vom Beamtenbund Baden-Württemberg geforderte Nachschlag von 2,4 Prozent für das Jahr 2008 wird daher voll unterstützt. Ministerpräsident Oettinger hat beim BW Gewerkschaftstag am 6. Dezember in Fellbach erklärt, dass eine Besoldungserhöhung über die minimale Erhöhung von 2008 hinaus erst ab 2009 vorgesehen sei. Er hat dort nochmals seine Absicht erläutert, dass das Land künftig im Wettbewerb um guten Nachwuchs mit attraktiven Angeboten mithalten möchte. Nach der aktuellen Lage ist leider festzustellen, dass dieser Wettbewerb wegen des oben geschilderten Einkommensrückstandes schon heute verloren ist. Das Interesse von Schulabgängern am öffentlichen Dienst und auch am Verwaltungsdienst hat nach Informationen aus verschiedenen Personalämtern schon deutlich nachgelassen. Für derzeit neu zu besetzende Stellen in verschiedenen Bereichen sind für die Konditionen des öffentlichen Dienstes kaum mehr qualifizierte Nachwuchsbeamte zu gewinnen.



Die Auswirkungen dieser Lage sind wegen der gesamtwirtschaftlichen Folgen ernst zu nehmen. In der Fachpresse zum Thema Verwaltungsmodernisierung nehmen die Meldungen zu, dass die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland insgesamt im internationalen Vergleich erheblich zurückgegangen ist. Prof. Hill aus Speyer hat diese Entwicklung treffend mit dem Begriff "öffentlichen Verwaltung" beschrieben. Der Landesregierung muss bewusst werden, dass für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg der wichtige Standortfaktor "Leistungsfähige Verwaltung" nur mit qualifizierten und motivierten Beamtinnen und Beamten in den Verwaltungen gehalten werden kann. Und die sind langfristig eben nur bei angemessener Besoldung zu bekommen und zu halten. Minimalkorrekturen an den Besoldungstabellen werden da nicht weiterhelfen. Sofern diese Situation anhält, ist zu befürchten, dass eine Abwärtsspirale in Gang kommt, die kaum mehr zu stoppen sein wird: - ungenügende Besoldung = schlechtere Bewerber = weniger Innovation/Leistung = weniger politische Akzeptanz = Absenkung der Besoldung = geringere Versorgung, usw. Dieser Gefahr müssen wir mit vereinten Kräften entgegenwirken.

Dazu brauchen wir Ihre Hilfe. Bitte unterstützen Sie die Verbandsarbeit durch Mitarbeit in den Kreisverbänden und den Verbandsgremien sowie durch Werbung in Ihrem Umfeld. Nur mit einer starken Gemeinschaft können wir die Belange unseres Berufsstandes wirkungsvoll vertreten.

Mit kollegialen Grüßen

Ihre Verbandsleitung

Hans Reibold

Jochen Müller

Inhaltsverzeichnis

Zum Titelbild

"Oberndorf a. N. - eine Stadt im Aufbruch"

Berufspolitische Rundschau

Der Vorstand beriet und beschloss
Parlamentarischer Abend
In Berlin Flagge gezeigt
BBW-Gewerkschaftstag stellt Weichen für die Zukunft
Anrechnung von Erwerbseinkommen auf Witwengeld
verfassungsgemäß
Ein Dauerbrenner: amtsangemessene Alimentation
Besoldung der Landesbeamten in NRW verfassungswidrig
"Jetzt sind auch wir mal an der Reihe"
Wirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt Einkommensforderung
Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst
Privatisierung öffentlicher Aufgaben schlecht
Kommunalpolitik 2010 zwischen Apologie und
Euphemismus (Teil 1)
Mitgliederwerbung 2008

Das Interview

Simon Sterbenk

Wir im Spiegel der Presse

Portrait

Oberndorf a.N. - eine Stadt im Aufbruch

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

Wir sind ein Kompetenzzentrum der besonderen Art
Bürger und Staat im Spannungsfeld
Kehler Studierende zur Ader gelassen
Kommunen werden durch Ökokonto flexibler

Fachhochschule Ludwigsburg

Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel besucht die Hochschule
Ethikreihe endet mit Highlight
Letztmals Wahl des Wahlpflichtfachs und des Studiengangs
Hochschultag für Dienstanfänger

Umschau im Land

Kreisverband Enzkreis
Kreisverband Heilbronn
Kreisverband Karlsruhe
Kreisverband Ravensburg
Kreisverband Reutlingen
Kreisverband Rottweil
Kreisverband Tuttlingen
Kreisverband Ulm/Alb-Donau

Personalien

Erwin Beck wurde 95
Peter Dombrowsky wieder zum Landrat gewählt
Roger Kehle jetzt Hauptgeschäftsführer des Gemeindetages
Hans Kilian 70 Jahre alt
Michael Knapp für zweite Amtszeit verpflichtet
Peter Launer stv. BBW-Landesvorsitzender
Margot Thoma Amtsrätin
Johannes Schmalzl neuer Regierungspräsident in Stuttgart
Julian Würtenberger jetzt Regierungspräsident in Freiburg
Volker Stich Vorsitzender des Landesrundfunkrates

Namen

Leitspruch/Gedicht

Seminare

Bücher

Der Vorstand des Verbandes

Verbandsleitung:

Hans Reibold, Regierungsdirektor, 72072 Tübingen
Jochen Müller, Bürgermeister, 71404 Korb

Weitere Mitglieder:

Birgit Baumann, Stadtoberamtsrätin, 89518 Heidenheim
Heidrun Evelyn Bay, Kreisobersekretärin, 72639 Neuffen
Peter Dombrowsky, Landrat, 72250 Freudenstadt
Roger Kehle, Gemeindegatspräsident, 73249 Wernau
Alfred Maucher, Stadtoberverwaltungsrat, 88339 Bad Waldsee
Margot Thoma, Amtsrätin, 76337 Waldbronn
Eberhard Ziegler, Professor, 70825 Korntal-Münchingen

Verbandsjugendleiterin:

Michaela Specht, Stadtamtfrau, 71665 Vaihingen/Enz

Bezirksvorsitzende:

Bezirksvorsitzender Freiburg:

Klaus Nunn, Kreisverwaltungsdirektor, 79312 Emmendingen

Stellvertreter:

Axel Goßner, Kreisverwaltungsdirektor, 78467 Konstanz

Bezirksvorsitzender Karlsruhe:

Emil Imhof, Kreisoberamtsrat a. D., 76646 Bruchsal

Stellvertreter: Harald Brenkert, Kreisamtsrat, 74867 Neunkirchen

Bezirksvorsitzender Stuttgart:

Peter Launer, Stadtverwaltungsdirektor, 70188 Stuttgart

Stellvertreter: Eberhard Strayle, Oberamtsrat, 70839 Gerlingen

Bezirksvorsitzender Tübingen:

Professor Rudolf Forcher, Bürgermeister a. D., 88339 Bad Waldsee

Stellvertreter: Peter Allgaier, Bürgermeister a. D., 88682 Salem

Verbandsgeschäftsführer:

Harald Gentsch, Bürgermeister a. D., 70174 Stuttgart

Vertreter der Fachhochschulen (beratend):

Yvonne Fechter, 79780 Stühlingen (für Kehl)

Tom Michael, 71634 Ludwigsburg (für Ludwigsburg)

Beilagenhinweis:

Als Verlegerbeilage liegt dieser Ausgabe die Besoldungstabelle
ab 01. Januar 2008 bei.

IMPRESSUM:

Verwaltungszeitung Baden-Württemberg: Organ des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.

Herausgeber und Verlag: Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27, Telefon: 0711 2263262, Telefax: 0711 2263280, E-Mail: info@vvdv-bw.de, Internet: www.vdv-bw.de.

Redaktion: Harald Gentsch (verantwortlich), Sybille Schwartz, Klaus Warthon, Kai Zwanziger. Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Anzeigenverwaltung und Druck: Nussbaum Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG, Merklinger Straße 20, 71263 Weil der Stadt, Tel. 07033 525-0. Die Anzeigenverwaltung ist für Anzeigen und Hinweise im Anzeigenteil verantwortlich. **Manuskripte** werden erbeten an die Schriftleitung "Verwaltungszeitung Baden-Württemberg", 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27.

Bezugspreis: jährlich 10 € netto + 7 % MwSt. (für Verbandsmitglieder im Mitgliedsbeitrag inbegriffen).
Preis des Einzelheftes 2 € netto.

Seite

5

5

6

7

8

9

10

10

11

11

11

12

15

15

17

17

20

22

22

23

23

24

25

25

25

26

27

27

28

28

28

29

30

31

31

31

31

32

32

32

32

32

32

32

32

32

33

12, 34

14

17, 30, 34

Berufspolitische Rundschau

Der Vorstand beriet und beschloss:

Zu einer Routinesitzung trat der Vorstand bei seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr Ende November zusammen.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls der Vorstandssitzung vom 07. September 2007 in Stuttgart
3. Bericht zur Lage (u.a. Kreisvorsitzendenkonferenz, Parlamentarischer Abend)
4. Bericht des Geschäftsführers (Mitgliederbewegung, Kreisversammlungen, Finanzen)
5. Gewerkschaftstag des dbb und tarifunion
6. Bericht aus den Arbeitskreisen "Struktur" und "Beamtenrecht"
7. Gewerkschaftstag des BBW am 5./6. Dezember 2007
8. Sitzungstermine 2008
9. Vertreterversammlung 2008
10. Verschiedenes

Zu TOP 3: Die erstmals durchgeführte Kreisvorsitzendenkonferenz wurde zu einem vollen Erfolg (wir berichteten in der letzten Ausgabe unserer Verwaltungszeitung). Diese Konferenz soll nach dem Wunsch der Beteiligten und des Vorstandes künftig regelmäßig einmal im Jahr durchgeführt werden.

Am 11. Dezember wird ein parlamentarischer Abend mit Abgeordneten der Regierungsparteien, die Mitglied im VdV sind oder den gehobenen Verwaltungsdienst absolviert haben, durchgeführt. Wir verweisen auf den nebenstehenden Bericht.

Zu TOP 4: Die Mitgliederbewegung ist positiv, die Entwicklung der Finanzen ebenfalls. Positiv ist auch die Entwicklung bei der Aktivierung der Kreisverbände. So konnten im Jahr 2007 insgesamt 29 Kreisversammlungen durchgeführt werden, im Vorjahr waren es noch 21. Lediglich 5 Kreisverbände werden noch lebendiger werden müssen: Konstanz, Lörrach, Main-Tauber, Neckar-Odenwald und Rastatt. Die Vorbereitungen hierfür sind bereits im Gange.

Zu TOP 5: Der Vorstand nahm den Bericht der Verbandsleitung zur Kenntnis. Danach wurde vom Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion gegen die Stimmen des VdV eine neue Satzung verabschiedet. Diese stärkt nach Auffassung des VdV die Landesbünde nicht in dem durch die Föderalismusreform erforderlichen Maße. Auch die Annäherung des dbb an die Gewerkschaft ver.di wurde kritisch betrachtet. Das verhältnismäßig schlechte Abschneiden des dbb-Vorsitzenden Peter Heesen bei der Wiederwahl mit nur 65% zeugt von einem allgemeinen Unbehagen.

Zu TOP 6: Die Arbeitskreise haben sich mit der kommenden Dienstrechtsreform des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, der Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht, der Evaluierung der Verwaltungsreform beschäftigt. Kritisch wurde dabei die Rückführung der Staatlichen Schulämter aus den Landratsämtern in eigenständige Sonderbehörden gesehen. Auch den immer wieder auftretenden Diskussionen einer möglichen Abwahl von Bürgermeistern in unserem Land Baden-Württemberg wurde eine Absage erteilt.

Zu TOP 7: Der Vorstand begrüßte es ausdrücklich, dass Vorstandskollege Peter Lauener bei dem Gewerkschaftstag des BBW wieder zum stv. Landesvorsitzenden kandidiert (er wurde erwartungsgemäß auch wiedergewählt). Auch war man sich darüber einig, den Landesvorsitzenden Volker Stich, trotz kriti-

scher Begleitung mancher Entscheidungen in der Vergangenheit, bei seiner Wiederwahl zu unterstützen, um damit auch ein starkes Zeichen für seine Position in den Verhandlungen mit Regierung und Parlament zu setzen. Siehe auch Bericht auf Seite 7.

Zu TOP 8: Folgende Sitzungstermine wurden festgelegt: Dienstag, den 04. März 2008, Freitag, den 06. Juni 2008, Dienstag, den 09. September 2008 und Freitag, den 28. November 2008. Hinweis: am Montag, den 22. September 2008 findet die Vertreterversammlung des VdV in Stuttgart beim Sparkassenverband Baden-Württemberg, Am Hauptbahnhof 2 in Stuttgart statt.

Zu TOP 9: Die Gästeliste für die Vertreterversammlung wurde angesprochen. Ministerpräsident Günther H. Oettinger hat sein Kommen bereits seit längerem zugesagt. Im übrigen wird der Vorstand in der nächsten Sitzung über weitere Einzelheiten zur Vertreterversammlung beraten und beschließen.

Parlamentarischer Abend

Zum wiederholten Mal trafen sich Abgeordnete der Regierungsparteien des Landtages von Baden-Württemberg und Vertreter des Vorstandes des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg zu einem Meinungsaustausch - zu einem "parlamentarischen Abend" - im Plenum des Landtages. Eingeladen hatte der Verband die Abgeordneten, die auch Mitglieder im VdV sind oder die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes absolviert haben. Erfreulicherweise folgten die Kollegen Norbert Beck, Hans Heinz, Klaus Herrmann, Karl

Klein, Paul Locherer und Günther-Martin Pauli aus dem Landtag der Einladung. Kurzfristig absagen mussten Manfred Groh, Bernd Hitzler und Werner Raab. Langfristige anderweitige Verpflichtungen hatten Monika Chef, Manfred Hollenbach, Andrea Krueger, Jochen Kübler und Michael Theurer (diese konnten jedoch beim letzten Gespräch dabei sein). Vom Verbandsvorstand nahmen die Kollegen Jochen Müller, Hans Reibold, Prof. Rudolf Forcher, Prof. Eberhard Ziegler und Geschäftsführer Harald Gentsch teil.



v.l.n.r.: Paul Locherer MdL, Klaus Herrmann, MdL, Jochen Müller, Günther-Martin Pauli, MdL, Rudolf Forcher, Hans Reibold, Norbert Beck, MdL, Prof. Eberhard Ziegler (nicht auf dem Bild Hans Heinz, MdL und Harald Gentsch).

Themenschwerpunkte waren:

1. Studienreform des gehobenen Verwaltungsdienstes: langfristiger Erhalt der internen Hochschulen für öffentliche Verwaltung, Einführung eines Masterstudienganges.
2. Dienstrechtsreform: deutliche Gehaltserhöhungen für die jungen Kolleginnen und Kollegen ohne Einbuße für die Älteren, deutliche Erhöhung der kinderbezogenen Gehaltsanteile im "Kinderland Baden-Württemberg", Verbesserung der Möglichkeiten des Wechsels aus dem Beamtenverhältnis in die freie Wirtschaft, Leistungsanreize durch Leistungsprämien, weniger durch Leistungszulagen, Ablehnung einer Ballungszulage, und vor allen Dingen kein Sonderweg für Beamte in Baden-Württemberg bei der Pensionsaltersgrenze.
3. Parlamentsreform: nach wie vor Ablehnung der vorgesehenen Trennung von Amt und Mandat.
4. Verwaltungsreform: kritische Haltung zu der beabsichtigten Herauslösung der Schulämter aus den Landratsämtern.
5. Personalratsreform: keine weiteren Verschlechterungen.

In allen Bereichen wurde den Abgeordneten die klare Meinung des Verbandes erläutert. Es war ein offenes und sehr vertrauensvolles Gespräch. In vielen wichtigen Punkten wurde Übereinstimmung festgestellt, so dass wir mit unseren Anliegen bei diesen Kollegen gut aufgehoben sind. Hoffen wir, dass diese auch in ihrer Fraktion die erforderliche Aufmerksamkeit und vor allem Durchsetzungsfähigkeit erhalten.

Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, diese Kontakte weiter zu pflegen.



Im Gespräch v.r.n.l. die Abgeordneten Hans Heinz und Klaus Herrmann mit Jochen Müller von der Verbandsleitung.

In Berlin Flagge gezeigt

Der VdV beim Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes im November 2007 in Berlin

Unter den insgesamt 560 stimmberechtigten Delegierten war in der Abordnung des Landesverbandes Baden-Württemberg auch der Verband der Verwaltungsbeamten vertreten. Für die Verbandsleitung nahmen Jochen Müller und Hans Reibold teil, Geschäftsführer Harald Gentsch und Vorstandskollegin Margot Thoma brachten sich in der Delega-

tion der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft ein.

Der Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes in Berlin war geprägt von den Diskussionen über Grundsatz- und Strukturfragen. In seinem Statement zu der Struktur- und Finanzreform betonte der Bundesvorsitzende Peter Heesen, dass durch die Föderalismusreform eine neue Wirklichkeit entstanden sei. In dem zur Abstimmung eingebrachten Antrag zur Satzungsänderung spiegelte sich das 2-jährige Ringen um einen Kompromiss zwischen den Positionen der Bundesleitung und den Landesbünden wider. Der DBB brauche starke Landesbünde, die ihre neuen Aufgaben nach der Föderalismusreform auf Länderebene wirkungsvoll wahrnehmen können. Unter strategischen Gesichtspunkten müsse die Rolle des Tarifbereichs gestärkt werden. Künftig müsse eine schlagkräftige und streikfähige Organisation des DBB die Federführung für Einkommensverhandlungen als Tarifpartner übernehmen. Wer spürbare Verbesserungen in der Beamtenbesoldung erreichen wolle, müsse die Schlagkraft des Tarifbereichs nutzen. Daraus ergebe sich für ihn die Erkenntnis: Wer Beamteninteressen wirksam vertreten will, muss sich im Tarifbereich positionieren.

In der Diskussion zu den Strukturfragen wurde kritisiert, dass die Bundesleitung aus der Föderalismusreform falsche Folgerungen gezogen habe. Die neuen dezentralen Strukturen hätten eine stärkere Verlagerung der Ressourcen des DBB auf die Landesbünde zur Folge haben müssen. Auch wenn die Satzungsanträge der Bundesleitung letztlich mit 78 % Zustimmung angenommen wurden, zeigt es doch, dass ein erhebliches Kritikpotenzial, insbesondere aus der Südschiene, vorhanden ist.

Bei der Wahl des Bundesvorsitzenden erhielt Peter Heesen in geheimer Wahl mit 65 % der Stimmen ein Ergebnis, das dieses Kritikpotenzial durchaus widerspiegelt, aber nach der Meinung vieler Teilnehmer einer handlungsfähigen Bundesleitung die Notwendigkeit weiterer struktureller Änderungen deutlich macht.

Im öffentlichen Teil des Gewerkschaftstages stellte Peter Heesen in einer rhetorisch brillanten Grundsatzrede die Situation des öffentlichen Dienstes realistisch dar. Das Berufsbeamtentum sei der Garant für die innere Stabilität und die innere Sicherheit der Bundesrepublik. Allerdings habe der Personalabbau im öffentlichen Dienst die kritische Grenze schon überschritten. Der Staat werde zunehmend handlungsunfähig. Die Beschäftigtenquote des öffentlichen Dienstes von 11,9 % liege im internationalen Vergleich an der untersten Grenze. Der DBB habe daher das renommierte Ifo-Institut beauftragt, die Leistung des öffentlichen Dienstes für Wirtschaft und Gesellschaft in einem Gutachten zu untersuchen. Der Politik müsse der Wertschöpfungsbeitrag des öffentlichen Dienstes und dessen Bedeutung als Wirtschafts- und Standortfaktor deutlich gemacht werden.

In den Mittelpunkt seiner Aufgabenschilderung stellte er die Forderung nach angemessenem Einkommen. Die Besoldung der Beamten müsse so angehoben werden, dass sie zusammen mit dem Wert des sicheren Arbeitsplatzes konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt sei. Gute Arbeit müsse auch gut bezahlt werden. Um dies zu erreichen, müssten auch Kampfmaßnahmen erwogen werden. Er warb dafür, die für die nächste Einkommensrunde geplante Zusammenarbeit mit Verdi wie eine zeitlich befristete Koalition zu sehen und diese für das angestrebte gemeinsame Ziel der Einkommensverbesserung zu unterstützen. Scherzhaft rief er dem anwesenden Frank Bsirske zu: Wir sind aber keine Hilfstruppen von Verdi, denn wir haben die Elefanten.

In den Grußworten der eingeladenen Gäste aus der Politik spiegelte sich der Respekt vor einer großen und gesellschaftlich bedeutsamen Organisation wider. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble, Ministerpräsident Peter Müller für den Bundesrat, Ronald Pofalla für die CDU, Hubertus Heil für die SPD, Christine Haderthauer für die CSU, Dirk Niebel für die FDP und Petra Pau für die Linke stellten ihre Positionen zum öffentlichen Dienst allgemein und zu den aus ihrer Sicht wichtigen Elementen dar. Das klare Bekenntnis von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Berufsbeamtentum und die Darstellung der CSU-Generalsekretärin Haderthauer zur wichtigen Rolle der Beamten in der Verwaltung wurden von den Delegierten besonders positiv aufgenommen.

In 7 Arbeitskreisen wurden über 500 Anträge zu den verschiedenen Themenfeldern behandelt. Hier zeigte sich aber auch, dass viele Anträge (z.B. zum Dienstrecht) wegen der neu aufgeteilten Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern inhaltlich nur wenig zur Unterstützung der konkreten Verbandarbeit beitragen können. Daher mussten zahlreiche Anträge als Arbeitsmaterial eingestuft werden.

In seinem Schlusswort bedankte sich Peter Heesen für die offene und ehrliche Diskussion und bat die Delegierten, die beschlossenen Strukturkonzepte gemeinsam umzusetzen und geschlossen in die anstehende Einkommensrunde zu gehen.

Hans Reibold



Die Verbandsleitung des VdV (rechts: Jochen Müller, links: Hans Reibold) beim DBB-Gewerkschaftstag in Berlin.

BBW-Gewerkschaftstag stellt Weichen für die Zukunft

BBW-Chef Volker Stich im Amt bestätigt

Das höchste Beschlussgremium des Beamtens Bundes Baden-Württemberg (BBW) trat am 5. und 6. Dezember 2007 in Fellbach zusammen, um richtungsweisende Beschlüsse für die Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahre zu fassen. Auf Vorschlag des Landesvorstandes wurde die bisher vierjährige Wahlperiode bis zum nächsten Gewerkschaftstag um ein Jahr verlängert. Die Delegierten stimmten über mehr als 150 Beschlussvorlagen ab, wählten die BBW-Landesleitung und beschlossen eine Namensänderung: Der bbw-beamtenbund baden-württemberg firmiert künftig unter der neuen Bezeichnung BBW-Beamtenbund Tarifunion.

Bei den Wahlen zur Landesleitung wurde der bisherige BBW-Chef Volker Stich mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Stich, der seit Dezember 2003 an der Spitze der Organisation steht, erhielt 92,4 Prozent von 187 abgegebenen Stimmen. In die Landesleitung gewählt wurden außerdem Dieter Berberich (Bund der Ruhestandsbeamten BRH), Peter Launer (Verband der Verwaltungsbeamten VdV), Manfred Stutz (Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaften BTB), Thomas Egenthaler (Deutsche Steuergewerkschaft DSTG) und Joachim Lautensack (Deutsche Polizeigewerkschaft DPoG) gewählt. Dorothea Faisst-Steigleder (Deutsche Steuergewerkschaft DSTG) bleibt Vertreterin des Tarifbereichs in der Landesleitung.

Mit einer Grundsatzrede hatte Volker Stich im Vorfeld der Wahlen die Delegierten auf die berufspolitische Ausrichtung der Organisation für die kommenden Jahre eingeschworen. So machte Stich das künftige Verhältnis zur Landesregierung von deren Entscheidung bei der "Pension mit 67" abhängig. Einen Sonderweg von Baden-Württemberg bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamte werde der BBW nicht



Weitere Vertreter des VdV in angeregtem Gespräch v.l.n.r. Birgit Baumann (Vorstand), Markus Flandi (stv. Kreisvorsitzender Stuttgart), Alfred Maucher, Klaus Nunn, Vorstand



akzeptieren, erklärte Stich. Selbstverständlich kenne der BBW die demografische Entwicklung und sehe die Notwendigkeit, die Lebensphase der Erwerbstätigkeit zu verlängern. Der BBW akzeptiere auch die entsprechenden Regelungen, die für den Rentenbereich getroffen wurden und die für Bundesbeamte im Entwurf zum Dienstrechtsneuordnungsgesetz niedergelegt sind, versicherte der BBW-Vorsitzende. Was der BBW aber nicht verstehe und auch nicht tatenlos hinnehmen werde, sei eine baden-württembergische Sonderregelung, wonach Beamtinnen und Beamte im Land bereits von 2010 an in die Verlängerung ihrer Arbeitszeit einsteigen und bis zum Jahr 2018 die Pensionsaltersgrenze von 67 Jahren erreicht haben.

Unnachgiebig zeigte sich Stich auch bezüglich der Einkommensentwicklung. Der BBW halte trotz ablehnender Aussagen der Landesregierung im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 an seiner Besoldungsnachforderung in Höhe von 2,4 Prozent zusätzlich zu den bislang für Besoldung und Versorgung vereinbarten 2,9 Prozent fest. Diese Nachforderung sei aufgrund der Steuermehreinnahmen des Landes und aufgrund der allgemeinen positiven Einkommensentwicklung mehr als gerecht-

fertigt. Zumal beim genaueren Hinsehen deutlich werde, dass das Land seinen Beamten und Versorgungsempfängern für das Jahr 2008 aufgrund der Kürzung bei der Sonderzahlung einen realen Zuwachs von lediglich 1,4 Prozent zubillige.

Harte Verhandlungen prophezeite der BBW-Chef Stich für den Tarifbereich. Die öffentlichen Arbeitgeber müssten sich auf eine Forderung einstellen, die deutlich über sechs Prozent liege, sagte Stich und ergänzte: Schließlich gehe es darum, jetzt zu verhindern, dass der gesamte öffentliche Dienst - ob Arbeitnehmer oder Beamte - wieder einmal von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden.

Ministerpräsident Günther H. Oettinger sagte in seiner Grußadresse u.a. "Ich sage Ihnen Mitwirkung, nein Mitbestimmung der Landespolitik zu". Neben diesem Versprechen hatte Oettinger allerdings keine "Geschenke" mitgebracht. Mehr Geld für Beamte wie Tarifbeschäftigte des Landes soll es erst 2009 geben. Für 2008 halte die Landesregierung an der mit der "Verständigung" getroffenen Vereinbarung fest. Zudem signalisierte Oettinger wenig Spielraum beim baden-württembergischen Konzept zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten. Er halte die Rentenregelung für "zu kurz gegriffen". Im Hinblick auf die Probleme der kommenden Jahre strebe Baden-Württemberg eine anderen Weg, sprich eine kürzere Laufzeit an. Entschieden sei bislang noch nichts, versicherte der Regierungschef. Man werde auch in dieser Frage mit dem Beamtensbund reden. Möglicherweise könnten finanzielle Anreize dazu dienen, einen früheren Einstieg in die "Pension mit 67" zu versüßen.

Dazu Äußerungen weiterer Grußwortredner: **dbb-Vorsitzender Peter Heesen** plädierte bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Freiwilligkeit, die finanziell honoriert wird.

Ute Vogt widersprach als damalige Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Oettinger, der die Umstellungsphase bei Rentnern als nicht "mutig" bezeichnet hatte.

Hagen Klucks Aussagen für die FDP-Landtagsfraktion waren zur "Pension mit



Vertreter unseres Verbandes beim Gewerkschaftstag v.l.n.r. Hans Reibold und Jochen Müller, Verbandsleitung, Rudolf Forcher, Roger Kehle, Yvonne Fechter, Michaela Specht, alle Vorstandsmitglieder, Gerhard Hummel Ehrenmitglied.

67" eindeutig. Die FDP sei für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, aber diese sei wirkungsgleich mit dem Rentenbereich auf Beamte zu übertragen.

Thomas Oelmayer erinnerte für die Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen an die "Bugwelle von Schülern", die im Jahr 2012 auf den Markt drängten und Jobs suchten. Vor diesem Hintergrund mache es keinen Sinn, durch Vorziehen der "Pension mit 67" das Arbeitsplatzangebot im öffentlichen Dienst zu verringern.



Hans Reibold von der Verbandsleitung gratuliert dem wiedergewählten BBW-Landesvorsitzenden Volker Stich.



Von links nach rechts: Peter Launer (Verwaltung), Joachim Lautensack (Polizei), BBW-Chef Volker Stich, Dieter Berberich (Ruhestandsbeamte), Dorothea Faißt-Steigleder (Tarif), Manfred Stutz (Technische Beamte) und Thomas Eigenthaler (Steuer)

Anrechnung von Erwerbseinkommen auf Witwengeld verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einem am 28.12.2007 veröffentlichten Beschluss (Az: 2 BvR 797/04) die Verfassungsbeschwerde einer Beamtenwitwe gegen die Anrechnung eigenen Erwerbseinkommens auf das Witwengeld nicht zur Entscheidung angenommen.

Die erste Kammer des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts führt in der Begründung des einstimmigen Ablehnungsbeschlusses aus, dass die Anrechnung privaten Erwerbseinkommens auf das Witwengeld und darüber hinaus auch die vorgenommene Zugrundelegung der Bruttobezüge im Rahmen der Anrechnungsvorschrift des § 53 BeamtVG verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist.

Die Vorschrift des § 53 BeamtVG bestimmt u.a., dass der Versorgungsbezug teilweise ruhend gestellt wird, sofern die Gesamtversorgung aus Ruhegehalt bzw. Hinterbliebenenversorgung und Erwerbseinkommen die jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der maßgeblichen Besoldungsgruppe überschreitet; mindestens zu belassen ist hierbei jedoch ein Betrag in Höhe von 20 v.H. des jeweiligen Versorgungsbezuges. Der Verfassungsbeschwerde vorausgegangen war ein fachgerichtlich letztinstanzliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 19.02.2004 (Az: 2 C 20.03), in dem keine Verletzung grundrechtsrelevanter Positionen der Klägerin festgestellt wurde und auch die gesetzliche Regelung bestätigt wurde, dass die Versorgung der Witwe eines im aktiven Dienst verstorbenen Beamten so zu regeln ist, als wäre der Beamte wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden.

Dies führte folgerichtig auch zur seinerzeitigen Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts, dass der im Rahmen der Festsetzung des Witwengelds berechnete Versorgungsabschlag ebenfalls keinen verfassungsrechtlichen Bedenken begegne.

Wohl nicht zuletzt unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Fälle zum Versorgungsabschlag, welcher stets für verfassungsgemäß befunden wurde, und der damit verbundenen relativen Aussichtslosigkeit dieses Aspekts der Beschwerde beschränkte die Beschwerdeführerin den Gegenstand der gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerichteten Verfassungsbeschwerde auf die Zulässigkeit der (Brutto-)Anrechnung von eigenem Erwerbseinkommen auf die beamtenrechtliche Witwenversorgung.

In Fortsetzung seiner ständigen Rechtsprechung zu den weitreichenden und komplexen Anrechnungs- und Ruhensvorschriften der §§ 53 ff. BeamtVG hat das Bundesverfassungsgericht nun auch für den vorgebrachten Fall keine Verletzung grundrechtsrelevanter Rechtspositionen angenommen.

Der Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts beruht auf folgenden rechtlichen Erwägungen:

Die Vorschrift des § 53 BeamtVG sei zunächst insoweit verfassungsrechtlich unbedenklich, als sie eine Anrechnung privatwirtschaftlichen Erwerbseinkommens des Ruhestandsbeamten selbst auf das Ruhegehalt vorsieht. Diese sei durch den Gedanken des Vorteilsausgleichs gerechtfertigt.

Der vorzeitige Ruhestandseintritt und der damit verbundene vorzeitige Wegfall der

Dienstleistungspflicht könne auf Seiten des Beamten Arbeitskraft freisetzen und ihm - im Einzelfall - ermöglichen, in erheblichem Umfang außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig zu sein und unter Umständen zusammen mit seinem Ruhegehalt ein die vollen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (weit) übersteigendes Einkommen zu erzielen. Derartige Vorteile schlugen sich typischerweise zu Lasten des Dienstherrn nieder. Diesem gehe infolge der vorzeitigen Zur-Ruhe-Setzung die Arbeitskraft des Beamten verloren. Gleichzeitig sei er über einem längeren Zeitraum hinweg zur Erbringung von Versorgungsleistungen verpflichtet.

Dem Gesetzgeber war es daher gestattet, die durch den Wegfall der Dienstleistungsverpflichtung vor Erreichen der Altersgrenze eintretende Verschiebung des Pflichtengefüges im Beamtenverhältnis durch eine Anrechnungsregelung auszugleichen. Dies sei mit der Vorschrift des § 53 BeamtVG sachgerecht erfolgt.

Hiervon ausgehend begegne auch die in § 53 BeamtVG vorgesehene Anrechnung privatwirtschaftlichen Erwerbseinkommens einer Beamtenwitwe auf das Witwengeld keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Denn der Versorgungsanspruch des Hinterbliebenen sei von Verfassungswegen nicht besser geschützt als die Ansprüche des Beamten selbst, aus dessen Rechtsposition sich die Hinterbliebenenversorgung herleite. Auch die konkrete Ausgestaltung der Vorschrift sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Die Anrechnungsregelung greife nur bei besonders hohem Erwerbseinkommen ein und

gewährleiste hierdurch und durch die Ausrichtung am Familieneinkommen des verstorbenen Beamten, dass keine unzumutbare Beeinträchtigung in der Lebensführung der Witwe des Beamten eintritt.

Des Weiteren stelle das Gesetz durch den vorgeschriebenen Mindestbehalt sicher, dass auch bei hohem Erwerbseinkommen ein zusätzliches Witwengeld erhalten bleibt. Eine völlige Entwertung des Beamtendienstes im Hinblick auf die Versorgung der Witwe sei damit ausgeschlossen. Schließlich sei zu berücksichtigen, dass der Anspruch auf Witwengeld nicht endgültig erlösche, sondern nur so lange ruht, wie die Witwe auch tatsächlich zusätzliches Erwerbseinkommen erzielt.

Schließlich stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass es im Hinblick auf das Alimentationsprinzip auch unbedenklich sei, dass das Erwerbseinkommen der Beschwerdeführerin mit dem Bruttobetrag in die Berechnung eingestellt worden ist. Dem stehe nicht entgegen, dass sich nach dem Nettoeinkommen bestimme, ob Dienstbezüge der Beamten einschließlich der Alters- und Hinterbliebenenversorgung amtsangemessen seien. Die Beschwerdeführerin habe nicht dargelegt, dass ihr im Endergebnis lediglich ein Nettoeinkommen verbleibe, das nicht mehr amtsangemessen ist.

Der Volltext des Urteils vom 11. Dezember 2007 kann auf der Geschäftsstelle abgerufen werden.

Ebenso hat der VGH Hessen am 28.08.2006, Az. 1 ZU 1270/06, das OVG Saarland am 23.03.2007, Az. 1 R 28/06 und das OVG NRW am 15.01.2007, Az. 1 A 3433/05, im Anschluss an das Bundesverfassungsgericht vom 24.11.1998, Az. 2 BvL 26/91 u. a., entschieden und gefordert, dass Beamte den Anspruch auf höhere Alimentation ab dem 3. Kind zeitnah, d. h. innerhalb des Haushaltsjahres, geltend machen müssen.

Das Bundesverfassungsgericht hat diesen besonderen "Verwirkungstatbestand" eingeführt. Verschiedene Oberverwaltungsgerichte sind diesem Weg gefolgt. Das Verwaltungsgericht Hannover ist in seinen Entscheidungen vom 16.11.2006, Az. 2 A 5649/05 und Az. 2 A 1362/05, dem Bundesverfassungsgericht hinsichtlich der "zeitnahen Geltendmachung" nicht gefolgt. Eine obergerichtliche Entscheidung aus Niedersachsen steht noch aus.

Das Problem der zeitnahen Geltendmachung ist kein neues. Es geht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Problematik der Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien zurück. Deshalb hat dieses Problem auch Eingang in die Ausführungen der dbb-Infomappe gefunden (Seite 17 und dort Fußnote Nr. 14). Hieraus wird deutlich, dass den Mitgliedern stets geraten worden ist, ihre Ansprüche zeitnah geltend zu machen.

Zu den Ausführungen in der dbb-Infomappe zur zeitnahen Geltendmachung des Anspruchs - eine Überarbeitung ist auf Initiative des BBW angekündigt - ist anzumerken, dass gegen Urteile des VGH Kassel vom 9.5.2007, die ebenfalls eine zeitnahe Geltendmachung fordern, Revisionen beim Bundesverwaltungsgericht unter den Az. 2 C 27.07 (zu 1 UE 2113/06) und 2 C 28.07 (zu 1 UE 2086/06) anhängig sind. Die Revision soll die Frage klären, ob ein höherer kindbezogener Anteil des Familienzuschlags rückwirkend oder erst ab dem Jahr der Antragstellung verlangt werden kann.

Im Hinblick darauf ist es sinnvoll, die Verfahren offen zu halten und gegen die Ablehnung der Nachzahlung für die Jahre vor der erstmaligen zeitnahen Geltendmachung fristgerecht Widerspruch unter Hinweis auf die beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen Revisionsverfahren (Az. 2 C 27.07 und 2 C 28.07) einzulegen, um den Eintritt der Bestandskraft zu vermeiden. Hierbei sollten das Ruhen des Verfahrens sowie der Verzicht auf die Erhebung der Einrede der Verjährung beantragt werden (**Musterwiderspruch kann bei der Geschäftsstelle des VdV angefordert werden**).

Das Finanzministerium hat auf Initiative des BBW hin mit Schreiben vom 16. Oktober 2007 mitgeteilt, "dass es damit einverstanden ist, dass ausschließlich gegen die zeitnahe Geltendmachung der Ansprüche eingelegte Widersprüche bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die anhängigen Revisionen ruhen." Diese Verfahrensweise sei verwaltungswirtschaftlich und trage zur effektiven Erledi-

Ein Dauerbrenner: amtsangemessene Alimentation

Uns erreicht nachstehendes Schreiben des Beamtenbundes Baden-Württemberg vom 23. Januar 2008, das wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis geben:

Betr.: Amtsangemessene Alimentation von Beamtenfamilien mit drei und mehr Kindern
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
im Anschluss an das Rundschreiben an die Mitgliedsverbände des BBW vom 26. Juli 2007 möchten wir Sie über das weitere Vorgehen wie folgt informieren:

1. Überprüfung des Nachzahlungsbescheids

Eine individuelle Überprüfung des Nachzahlungsbescheids kann grundsätzlich leider nicht vorgenommen werden. Hierzu wird auf die dbb-Infomappe (Stand: Februar 2007) sowie den Erlass des Finanzministeriums vom 18.7.2007 verwiesen (kann bei der Geschäftsstelle des VdV angefordert werden). Der dbb-Bundeshauptvorstand hatte im November 2004 beschlossen, keinen neuen Verfahrensrechtsschutz über die dbb-Dienstleistungszentren zu der Frage der amtsangemessenen Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien zu geben. Wegen des hierzu bestehenden erheblichen Beratungsbedarfs wurde 2005 eine von den dbb-Dienstleistungszentren erarbeitete Infomappe zur amtsangemessenen Alimentation den Einzelmitgliedern zur Verfügung gestellt. Die Infomappe stellt sich nach Mitteilung des Leiters der dbb-Dienstleistungszentren als konkretisierte und qualifizierte Rechtsberatung dar. Mit Hilfe dieser Mappe ist jedes Mitglied grundsätzlich in der Lage, seinen individuell zu berechnenden Anspruch gegen seinen Dienstherrn festzustellen und formgerecht geltend zu machen.

Was den Erlass des Finanzministeriums vom 18.7.2007 anbelangt, so werden dort die komplexen Berechnungsmethoden des Bundesverfassungsgerichtes und Bundesverwaltungsgerichtes erläutert und Festlegungen für den vom Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 24.11.1998 bestimmten durchschnittlichen sozialhilferechtlichen Gesamtbedarf von 115 % für dritte und weitere

Kinder getroffen. Diese entsprechen nach Mitteilung des dbb den Festlegungen in der Infomappe des dbb und den dort prognostizierbaren Werten fast centgenau.

In der Infomappe des dbb waren und sind die Einzelheiten der Berechnungsmaßstäbe anhand von Beispielen umfangreich - und soweit wegen der Vorgaben möglich - nachvollziehbar dargestellt. In dem Erlass werden - wie in der Infomappe des dbb - die zu ermittelnden Vergleichsgrößen, die Schritte von der Brutto- zur Nettobesoldung, die Vergleichsgruppen (Beamte mit zwei Kindern und Beamte mit derselben Besoldungsgruppe mit mehr als zwei Kindern), die zu berücksichtigenden Besoldungsbestandteile (z. B. Urlaubsgeld vor Öffnung des § 67 BBesG bzw. heutige Sonderzahlungen, allgemeine Stellenzulage, Einmalzahlungen etc.) aufgezeigt. Von dem jeweiligen Bruttoeinkommen der Zwei- bzw. Drei- und Mehrkinderfamilien sind nach allgemeinen Steuergrundsätzen (Lohnsteuertabellen, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer etc.) die Nettobeträge zu ermitteln. Für die verfassungsrechtliche Beurteilung ist sodann die maßgebliche Nettodifferenz der Besoldung der Beamten mit zwei und mit mehr als zwei Kindern zu ermitteln.

Diese ist zur Ermittlung des 115 %-Gebotes des Bundesverfassungsgerichts dem sozialhilferechtlichen Gesamtbedarf für das dritte Kind gegenüberzustellen. Dabei wird in dem Erlass für die jeweiligen Jahre ab 1999 der jeweils durchschnittlich gewichtete sozialrechtliche Gesamtbedarf festgelegt.

2. Zeitnahe Geltendmachung des Anspruchs

Was die Ablehnung von Nachzahlungen für Jahre vor der erstmaligen zeitnahen Geltendmachung anbelangt, ist folgendes festzuhalten:

In dem Erlass des Finanzministeriums vom 18.7.2007 wird zur "zeitnahen Geltendmachung" auf die Rechtsprechung des VGH Baden-Württemberg (Entscheidungen vom 13.02.2007, Az. 4 S 2289/05, und vom 19.06.2007, Az. 4 S 1927/05) abgestellt.

gung dieser komplizierten Materie bei. Bis zur Klärung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen vor dem Bundesverwaltungsgericht werde das Landesamt für Besoldung und Versorgung im Landesbereich nicht zeitnah geltend gemachte Ansprüche nach der bisherigen Rechtsprechung (u. a. des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg) ablehnen. Den Beamten und Richtern sei es zumutbar, gegen die Ablehnungsbescheide für den strittigen Zeitraum Widersprüche einzulegen, wenn sie ihre Ansprüche weiterverfolgen wollen. Das LBV habe ebenfalls eine Mehrfertigung des Schreibens des Finanzministeriums mit der Bitte, im Landesbereich entsprechend zu verfahren, erhalten. Ebenso die Dienstherren im außerstaatlichen Bereich. Diesen wurde anheimgestellt, entsprechend zu verfahren.

Der BBW hatte das Finanzministerium gebeten, dass sich das Land im Hinblick auf neue Widersprüche für Jahre vor der ersten zeitnahen Geltendmachung mit dem Ruhen der Verfahren bis zu einer rechtskräftigen höchstrichterlichen Entscheidung unter Hinweis auf die beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen o. g. Revisionsverfahren einverstanden erklärt und auf die Erhebung der Einrede der Verjährung verzichtet. Für die noch nicht entschiedenen Verfahren hatte der BBW vorgeschlagen, dass die Entscheidung über die Jahre, die der zeitnahen Geltendmachung vorausgehen, weiterhin ausgesetzt bleiben könnte. Dem ist das Finanzministerium nicht gefolgt.

3. Dienstherrenwechsel zum 1.1.2005 aufgrund VRG

Der BBW hatte betroffene Kolleginnen und Kollegen, die zum 1.1.2005 aufgrund VRG den Dienstherrn gewechselt haben, darauf hingewiesen, dass sie zwei Widersprüche

einlegen müssen: Für die Jahre bis 2004 (unabhängig von der Frage der zeitnahen Geltendmachung) beim "alten" Dienstherrn Land, d. h. beim LBV, und für die Zeit ab dem Jahr 2005 beim "neuen" kommunalen Dienstherrn Land- bzw. Stadtkreis.

4. Erstmalige Geltendmachung im Jahr 2007

Sofern beamtete Kolleginnen und Kollegen mit drei und mehr Kindern ihre Ansprüche bisher noch nicht erstmalig geltend gemacht haben, können sie dies für das Jahr 2007 noch bis zum Ablauf des Jahres nachholen (**Musterwiderspruch kann bei der Geschäftsstelle des VdV angefordert werden**). Im Rahmen der Verjährung können hierbei auch Ansprüche für die Jahre 2006, 2005 und 2004 geltend gemacht werden, wobei sich hierbei das Problem der zeitnahen Geltendmachung (s. oben) stellt. Gegen ablehnende Bescheide wegen der fehlenden zeitnahen Geltendmachung müsste dann ebenfalls, wie oben dargelegt, Widerspruch eingelegt werden.

Im Übrigen wird auf den o. g. Erlass des Finanzministeriums vom 18.7.2007 verwiesen, wonach über die Ansprüche nur jahrgangsweise entschieden werden kann. Deshalb kann über Ansprüche des Jahres 2007 derzeit noch nicht entschieden werden. Verfahren sind daher bis zum Ablauf des Jahres 2007 auszusetzen und - nachdem die in Ansatz zu bringenden Jahreswerte für das Jahr 2007 feststehen - entsprechend zu entscheiden.

Wir bitten Sie, Ihre Mitglieder entsprechend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Hauth

Justitiarin / Geschäftsführerin

griff in den Kernbestand der zu gewährenden Alimentation. Die unterste Grenze der (Mindest-)Alimentation, deren Unterschreitung nicht mehr durch den Entscheidungsspielraum des Gesetzgebers gerechtfertigt werden kann, ist nicht mehr gewährt. Dies führt zur Verfassungswidrigkeit der zu beurteilenden Vorschrift, auch wenn das abgeschaffte Urlaubsgeld, isoliert betrachtet, geringfügig ist.

Die greifbare Abkopplung der Alimentation der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen von der allgemeinen Einkommensentwicklung ist für die Zeit ab 2003 festzustellen. Dieser Befund gilt für die Besoldung aller nach den Bundesbesoldungsordnungen A, B und R besoldeten Beamten und Richter des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 27. Dezember 2007 beziehen sich auf Landesbeamte der Besoldungsgruppen A 9 bzw. A 10 aus dem Hochsauerlandkreis und aus dem Märkischen Kreis.

Die Beschlüsse sind in Kürze unter www.nrwe.de abrufbar.

Az.: 2 K 3224/04, 2 K 480/06, 2 K 2366/06, 2 K 4083/04

"Jetzt sind auch wir mal an der Reihe"

Heesen zur Einkommensrunde - "Jetzt sind auch wir mal an der Reihe"

Unmittelbar vor Beginn der Tarifrunde im öffentlichen Dienst, zu deren Auftakt sich morgen in Potsdam Gewerkschaften und Arbeitgeber treffen, hat der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen erneut die Entschlossenheit der Beschäftigten bekräftigt und sich für einen zügigen Abschluss ausgesprochen.

Wenn das Angebot der Arbeitgeber unzureichend sei, müsse man sich auf einen Arbeitskampf einstellen, sagte Heesen der "Passauer Neuen Presse". Streiks könnten zunächst den öffentlichen Nahverkehr, die Müllentsorgung, die kommunalen Krankenhäuser und die Straßenmeistereien treffen.

Verweise der Kommunen auf überschuldete Haushalte wies Heesen in der "Rheinischen Post" (Ausgabe vom 9. Januar 2008) zurück. "Wenn die Verschuldung der Kommunen für unsere Lohnforderungen Maßstab wäre, bräuchten wir in den kommenden 50 Jahren gar nicht mehr zu verhandeln. Die Bundespolitiker hat die Staatsschuld auch nicht gestört, als sie die Diäten erhöhten." Auch in der "Rheinpfalz" betonte der dbb-Chef:

"Das Schuldenargument zieht für mich nicht mehr, weil wir nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet werden können." Der öffentliche Dienst habe in erheblichem Maß dazu beigetragen, dass sich die Lage der öffentlichen Haushalte verbessert hat: "Durch Verzicht beim Einkommen und bei der Arbeitszeit, insbesondere auch durch einen gewaltigen Personalabbau von 1,5 Millionen Stellen seit 1990." Drohungen der Arbeitgeber, bei überzogenen Lohnzuwächsen öf-

Besoldung der Landesbeamten in NRW verfassungswidrig

Vorlage an das Bundesverfassungsgericht

Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Arnsberg entspricht die Besoldung der Beamten des Landes NRW seit 2003 nicht mehr den verfassungsrechtlichen Vorgaben. Denn die Bezahlung ist in unzulässiger Weise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. Deshalb hat das Gericht vier Klageverfahren, in denen um das Ende 2003 abgeschaffte Urlaubsgeld gestritten wird, dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorgelegt.

In den Vorlagebeschlüssen vom 27. Dezember 2007, die den Beteiligten jetzt zugegangen sind, heißt es hierzu:

Die Abschaffung des Urlaubsgeldes durch das Sonderzahlungsgesetz NRW vom November 2003 führt zu einem mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden verfassungswidrigen Zustand, weil hierdurch zusammen mit anderen, die Beamtenbezüge negativ beeinflussenden Maßnahmen des Landes in den Kernbestand der verfassungsrechtlich geschuldeten Besoldung und Ver-

sorgung der Beamten (Alimentation) eingegriffen wird. Die "Streichung" des Urlaubsgeldes stellt sich in einem Gesamtkonzept des Landes zur angestrebten Haushaltskonsolidierung als eine Einzelmaßnahme dar, die im Zusammenhang mit zahlreichen nachhaltigen finanziellen Einbußen der Besoldungsempfänger des Landes Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2003 steht. In der Zusammenschau führen die Einbußen nicht nur zu einer Nichtanpassung der Bezüge; sie stellen sich vielmehr als eine unzulässige, weil greifbare Abkopplung der Alimentation (einschließlich alimentationsergänzender Fürsorgeleistungen) der Besoldungsempfänger des Landes von der allgemeinen Einkommensentwicklung dar. In dieser Situation bewirkt der Wegfall des Urlaubsgeldes eine weitere spürbare Minderung des den Beamten zur Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhalts zur Verfügung stehenden Einkommens - gleich, ob durch den Fürsorge- oder Besoldungsgesetzgeber veranlasst. Der nicht durch andere Leistungen ausgeglichene Anspruchsverlust führt im Ergebnis zu einem unzulässigen Ein-

fentliche Dienstleistungen weiter zu privatisieren, ließen ihn kalt, so Heesen. "Das wäre doch nur dann eine wirkliche Drohung, wenn dieses Auslagern tatsächlich kostengünstiger wäre. Inzwischen räumen aber sogar viele kommunale Vertreter ein, dass sie mit der Auslagerung einen gewaltigen Fehler gemacht haben. Ich glaube, dieser Privatisierungswahn ist in weiten Bereichen eine leere Drohung geworden."

Gegenüber den "Westfälischen Nachrichten" wies der dbb-Bundesvorsitzende nochmals auf die Konsequenzen hin, die drohen, wenn

die Einkommensbedingungen im öffentlichen Dienst nicht spürbar attraktiver gestaltet werden. "In vier bis fünf Jahren fehlen uns Nachwuchskräfte, die wir dringend benötigen. Wir werden dadurch einen viel schärferen Wettbewerb mit der freien Wirtschaft bekommen.

Mit dem einzigen Pfund, mit dem wir wuchern können - der sichere Arbeitsplatz -, werden wir den nötigen Nachwuchs nicht bekommen. Dazu brauchen wir ein paar Pfunde mehr. Das heißt: Wir brauchen eine bessere Bezahlung." Zwar ließe sich das

Nachwuchsproblem nicht mit Geld allein lösen. "Aber nach dreieinhalb Jahren Enthaltsamkeit im öffentlichen Dienst insgesamt und mit dramatischen Kürzungen bei den Beamten zusätzlich ist es an der Zeit, dass wir auch einmal an der Reihe sind. Wir brauchen eine spürbare lineare Steigerung der Einkommen."

Die Tarifverhandlungen für die rund 1,3 Millionen Angestellten von Bund und Kommunen haben begonnen. dbb und ver.di fordern acht Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro im Monat.

Wirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt Einkommensforderung

DBB: Wirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt Einkommensforderung für öffentlichen Dienst

Der dbb sieht sich durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in seiner Forderung für die Einkommensrunde 2008 bestärkt.

"Es geht um eine angemessene Teilhabe des öffentlichen Dienstes", sagte der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen bei einem Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung am 14. Januar 2008 im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin.

"Sehr erfreulich" sei, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich um rund zwei Prozent ansteigen werde. Auch die Lage der öffentlichen Haushalte habe sich deutlich verbessert. "Für das Jahr 2008 ist in der privaten Wirtschaft ein spürbarer Anstieg der Löhne zu erwarten. Das geben die Wirtschaftsdaten her - und das muss auch für den öffentlichen Dienst gelten", sagte Heesen. Er verwies auf die Senkung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst von knapp 6,1 Mil-

lionen im Jahr 1994 auf unter 4,6 Millionen in 2006. Zudem sei die letzte lineare Anpassung der Einkommen 2004 erfolgt. "Der öffentliche Dienst hat seinen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Vor diesem Hintergrund halten wir unsere Forderung von acht Prozent für die Beschäftigten im Bund und in den Kommunen für angemessen", bekräftigte der dbb-Chef mit Blick auf die begonnenen Gehaltsverhandlungen.

"Eine gute Infrastruktur - und dazu zählen ein funktionierendes Rechtssystem, eine gute Verwaltung, ein funktionsfähiges Verkehrswesen und nicht zuletzt ein konkurrenzfähiges Bildungssystem - ist noch immer ein wichtiges Plus für den Standort Deutschland. Das wird leider oft genug nicht mehr adäquat gewürdigt", kritisierte Heesen. Zudem sei in Zukunft qualifiziertes Personal nur zu gewinnen, wenn eine angemessene Entlohnung gewährleistet ist. "Die Leistung des öffentlichen Dienstes muss endlich honoriert werden. Für gute Arbeit muss auch gutes Geld gezahlt werden."

Tarifeinwanderung im öffentlichen Dienst

Tarifeinwanderung im öffentlichen Dienst - DBB-Chef fordert Parlamentarier zur Zurückhaltung auf

Mit scharfer Kritik hat dbb-Chef Peter Heesen auf Aussagen des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, zur aktuellen Tarifeinwanderung im öffentlichen Dienst reagiert. "Herr Röttgen sollte sich besser zurückhalten", sagte Heesen am 23. Januar 2008 in Berlin. Der CDU-Parlamentarier sei maßgeblich am Zustandekommen einer Erhöhung der Abgeordnetenbezüge um 9,4 Prozent in den nächsten zwei Jahren beteiligt gewesen. "Damit hatte er keinerlei Probleme.

Jetzt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zum Maßhalten aufzufordern, steht ihm nicht zu. Herr Röttgen hätte allen Grund zu schweigen."

Röttgen hatte mit Blick auf die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen, in die der dbb und ver.di mit der Forderung von acht Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro, gegangen sind,

zur Zurückhaltung aufgefordert. Zugleich hatte er Bundesfinanzminister Peer Steinbrück kritisiert, der sich dafür ausgesprochen hatte, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von der besseren Haushaltslage profitieren zu lassen. 2008 sei nicht das Jahr der Verteilungspolitik, so Röttgen.

"Das soll zwar offenbar für den öffentlichen Dienst gelten, aber nicht für die Bundestagsabgeordneten", sagte Peter Heesen. "Das werden wir nicht hinnehmen." Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten hätten in den vergangenen Jahren durch Streichungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie verlängerte Arbeitszeiten reale Einkommensverluste hinnehmen müssen und ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet; zudem rechtfertige die wirtschaftliche Situation die Einkommensforderung.

"Die Beschäftigten haben zu Recht hohe Erwartungen", betonte Heesen, "und dbb und ver.di werden alles daran setzen, sie durchzusetzen".

Privatisierung öffentlicher Aufgaben schlecht

Umfrage im Auftrag des DBB: Die Hälfte der Bürger findet Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen schlecht

Die Hälfte der Bürger findet schlecht, dass viele öffentliche Dienstleistungen in Deutschland von privaten Unternehmen übernommen worden sind. Das geht aus einer forsa-Umfrage im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hervor, die am 8. Januar 2008 auf der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des gewerkschaftlichen Dachverbandes in Köln vorgestellt wurde. "Die Erfahrungen der Bürger mit Privatisierungen sind eher negativ als positiv", sagte forsa-Geschäftsführer Manfred Güllner. "Weitere Privatisierungen werden immer kritischer gesehen." Zum Thema "Privatisierung staatlicher Leistungen - Was wollen die Bürger?"

Hatte forsa Ende vergangenen Jahres insgesamt 1.508 Bürgerinnen und Bürger befragt, darunter 501 im öffentlichen Dienst Tätige. Damit sei die Umfrage sowohl repräsentativ für die Gesamtbevölkerung als auch für die Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Sektor, so Güllner.

50 Prozent der Befragten hatten ihre generelle Einstellung zur Privatisierung als weniger gut beziehungsweise schlecht bezeichnet, 47 Prozent als gut. Die Einstellungen der Bürger zu Privatisierungen unterscheiden sich der Erhebung zufolge in Ost und West nur wenig: 36 Prozent im Osten und 49 Prozent im Westen finden das gut, weniger gut beziehungsweise schlecht im Osten 62 Prozent, im Westen 47 Prozent. Auch zwischen Beamten (41 Prozent: gut, 57 Prozent: schlecht) und Tarifbeschäftigten (46 / 51 Prozent) differieren die Haltungen nur geringfügig. Nach Altersgruppen differenziert war die Zustimmung zu Privatisierungen am größten in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen (53 Prozent) und am geringsten unter den Befragten im Alter ab 60 Jahren (41 Prozent).

Nach der Privatisierung seien die Dienstleistungen qualitativ schlechter geworden vor allem in der Energieversorgung (das finden 37 Prozent) und bei der Bahn (46 Prozent). Das sind laut Umfrage auch die Bereiche, in denen die Kosten nach der Privatisierung höher eingeschätzt werden als zuvor.

Als Argumente gegen Privatisierungen führten Befragte vor allem an, Privaten gehe es nur um Gewinnmaximierung (74 Prozent). 58 Prozent sagten, nur der Staat könne die flächendeckende Versorgung garantieren, er garantiere auch angemessene Preise (52 Prozent). Unbedingt weiter in staatlicher Hand bleiben sollten demnach Polizei (sagen 96 Prozent), Gerichtswesen (96), Strafvollzug (90 Prozent) sowie Finanzverwaltung, Feuerwehr, Schulen, Rentenversicherung und Hochschulen. Von privaten Unternehmen könnten Arbeitsvermittlung, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Müllentsorgung sowie Theater und Museen betrieben werden.

Für weitere Privatisierungen sprechen sich nur 16 Prozent aus, das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen so lassen wie derzeit wollen 51 Prozent und 28 Prozent sind der Meinung, private Dienstleistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden.

Umfrage unter: http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb-pdf/quellner_koeln.ppt

Ondracek: Privatisierung kein Allheilmittel

Vor übertriebenen Erwartungen im Zusammenhang mit Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen hat der stellvertretende dbb Vorsitzende Dieter Ondracek gewarnt. Ondracek sagte am 23. Januar 2008 in der n-tv-Sendung "Späth am Abend", Privatisierungen seien kein Allheilmittel. Das sähen auch die Bürger so, fügte er mit Blick auf eine forsa-Umfrage hinzu, die der dbb in Auftrag gegeben hatte.

Der Politik- und Wirtschaftstalk, zu dem Moderator Lothar Späth neben Ondracek als Gäste auch Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, und Johannes Vogel, Vorsitzender der Jungen Liberalen, empfing, war dem Thema "Privatisierung von Dienstleistungen" gewidmet.

"Der Staat kann nicht alles, aber er muss Rahmenbedingungen setzen", sagte Ondracek. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten, etwa im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, dass Verlässlichkeit gewährleistet werde. "Da darf sich die Politik auch nicht aus der Verantwortung stehlen", so Ondracek. Den Menschen sei nicht damit geholfen, wenn ein staatliches Monopol durch ein privates abgelöst werde, das sich ausschließlich am Gewinn orientiere. "Das ist ein schmaler Grat", warnte Ondracek:

"Es kann nicht angehen, Verluste dem Staat überlassen zu wollen, aber Gewinne zu privatisieren." Deshalb lehne der dbb "Privatisierungen auf Teufel komm raus" ab.

(Aus den info Nr. 05/08 und 013/08)

Diplomatie ist die Kunst, mit hundert Worten zu verschweigen, was man mit einem Wort sagen könnte.
Saint-John Perse

Kommunalpolitik 2010 zwischen Apologie und Euphemismus

- Rechtfertigung und Schönfärberei oder Visionen? - Von Bürgermeister a.D. Fred Endres, Ravensburg

Der Autor, 16 Jahre Bürgermeister in Baden-Württemberg, ist davon überzeugt, dass es auch und gerade bei der kommunalpolitischen Arbeit im nächsten Jahrzehnt neuer Denk- und Verhaltensmuster bedarf. Dazu hat er einige Anstöße aphorismenhaft zusammengestellt. Sie sind weitgehend seinen Büchern "Maximen der Nähe - Impulse für ein erfüllteres Leben" und "Maximen der Lebenskunst" entnommen.

Zum ersten Mal in der Geschichte hängt das physische Überleben der Menschheit von einer radikalen geistig-moralischen Veränderung gerade auch der öffentlichen Manager aller Ebenen unseres Staates ab. Dieser mentale Wandel ist jedoch nur in jenem Maße möglich, in dem drastische Reformen eintreten, die dem Bürger Mut und Orientierung vermitteln, die er braucht, um deren Notwendigkeit nachzuvollziehen. Ambivalenz und Doppeldeutigkeit sind an die Stelle politischer wie moralischer Selbstgewissheit getreten.

"Keiner ist aus der Verantwortung für den Nächsten entlassen. Der Andere ist eine Leihgabe, die wir einstens vor der letzten Schwelle dem Lehnherren widerstellen....", so Werner Bergengruen (1892 - 1964). Martin Luther drückt es weniger pathetisch aus: "Ein jeder Mensch ist um des anderen Willen geschaffen und geboren".

Können Sie sich dabei eine größere Dramatik in Ihrer unmittelbaren Umgebung vorstellen? In jeder Minute wird eine neue chemische Formel, alle drei Minuten ein neuer physikalischer Zusammenhang und alle fünf Minuten auf unserem Globus eine bisher unbekannte medizinische Erkenntnis gewonnen und publiziert. Es ist fürwahr eine faszinierende Aufgabe, gerade deshalb in dieser bewegten Zeit als Kommunalpolitiker, als Führungskraft im öffentlichen Dienst oder im Ehrenamt in die Speichen der Geschichte zu greifen. Zivilisation ist nämlich immer Bewegung und kein Zustand, eine Reise und kein Hafen.

"Das ist die Krebskrankheit unserer Zeit: Die Hypertrophie des zum Selbstzweck gewordenen Staates, welcher automatisch bestrebt ist, durch immer neue, unnütze Formalitäten sich unentbehrlich zu machen." So Hermann Hesse zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Mit Reinhard Selten antwortete ein weiterer Nobelpreisträger, der erste Deutsche in Wirtschaftswissenschaften, 1994 auf die Frage: Über welches Problem denken sie am meisten nach? "Über die Bürokratie in den Verwaltungen. In der Privatwirtschaft wird der Überaufwand durch den Wettbewerb in Grenzen gehalten. In der öffentlichen Bürokratie ist niemand da, der diese begrenzt."

In einer Zeit mit immer noch über drei Millionen Arbeitslosen müssen die Auswirkungen des Verwaltungshandelns für die Gesamtgesellschaft noch mehr auf den Prüfstand. Was

nämlich die Mitarbeiter der öffentlichen Hand an Dienstleistungen erbringen, in welcher Zeit, mit welcher Zahl und was sie dafür an Kosten verursachen, schlägt sich unmittelbar auf die Leistungsfähigkeit einer Stadt, eines Raumes und eines Landes nieder. Sie wird damit auch zur Überlebensfrage des Wirtschaftsstandorts Deutschland. So haben wir die längste Genehmigungsdauer aller 27 Staaten der Europäischen Union.

Organisatoren von Leistungslust: Bringschuld der Führungskräfte

Frust ist Lustverlust und Lust gerade auch auf Arbeit im Dienste des Bürgers ist wiederum Voraussetzung jeder "Motivation trotz Bürokratie". Führungskräfte sind die Organisatoren von Leistungslust. Sie sind unter den Mitarbeitern anzutreffen und sitzen nicht in abgeschirmten Tempeln. Sie wissen, dass es wenig sinnvoll sein kann, einen langsamen Mitarbeiter auch noch zur Schnecke zu machen. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen der Selbst-Motivation verbessert werden.

Die öffentlichen Dienstleister müssen steigende Leistungsanforderungen mit immer geringeren Ressourcen erfüllen. Dem können wir nur begegnen, wenn wir die Rahmenbedingungen der Selbstmotivation von Mitarbeitern aller Entscheidungsstufen verbessern. Ich habe als Verwaltungschef immer wieder erlebt, dass dieselben Menschen im Rathaus sich die richtigen Häuser bauen und diese günstig finanzieren. Sie kaufen sich die angemessenen Autos und sind Mathematiker in der Urlaubsgestaltung. Glauben wir doch nicht, dass sie ihren gesunden Menschenverstand an der Behördentür ablegen. Man muss sie ermutigen, sie partnerschaftlich führen.

Jedes Unternehmen hat letztlich jene Mitarbeiter, die es verdient. Qualität des Schaffens, Fleiß, Initiative und Loyalität sind keine Charaktermerkmale eines Volkes, eines Landkreises oder einer Gemeinde. Sie sind letztlich, auch durch ihre Art der Kundenbindung, das Ergebnis sozialer Kompetenz von Menschen und deren emotionaler Intelligenz. Dabei verdanken wir den Fortschritt den Nörglern. Zufriedene Menschen wünschen keine Veränderung, meinte schon Herbert George Wells (1866 - 1946).

Der Kommunalpolitiker 2010 wird sich rasch auf neue Sensibilitäten einstellen. Er muss alle Sachthemen auf den Prüfstand stellen, neu überdenken und nach weiteren Wegen suchen. Nur wer das notwendige Maß an Selbstkritik besitzt, wird die so wichtige Meinungsführerschaft behalten. Er kann von Neuentwicklungen kaum überrascht oder von extremen Kräften überholt werden. Die Tugenden der Lernbereitschaft, der Gewissenhaftigkeit und der Kommunikationsfähigkeit sind dafür unerlässlich.

Der Öffentlichkeitsarbeit kommt eine entscheidende Rolle nicht nur bei der Vermittlung der Unternehmenspolitik, sondern auch bei der Motivation von Mitarbeitern zu. Ausgewogene, kundennahe Public Relations beginnt bereits bei der Politikplanung, ihrer Formulierung und Ausgestaltung, um sie damit auch der schweigenden Mehrheit nahe zu bringen und die Grundsätze der Subsidiarität zu wahren.

Zum Struktur- und Wertewandel einer Globalisierung gehört der Abschied von Ideologien eines nicht nachhaltigen Wachstums. Das Gesetz der großen Zahl hat seine Gültigkeit verloren. Wir können Größe und Umfang nicht mehr zum Maßstab der Aufgaben machen. Es gilt, mehr als bisher Folgekosten und Tragfähigkeit einer öffentlichen Einrichtung zu bedenken. Jeder Quadratmeter Neubau muss gewartet, gereinigt, beheizt und verzinst werden. Wir alle wissen, dass Leistungen nicht mehr ausgeweitet werden können. Vielmehr müssen wir vom Bürger wieder mehr eigenen Einsatz, Opferbereitschaft und Solidarität verlangen.

Die Summe der Egoisten ergibt noch kein Gemeinwohl

Dies wird zur Frage der politischen Kultur und Moral auf örtlicher Ebene. Wenn wir unsere Demokratie bewahren wollen, können uns nur Geduld, Verzicht und mehr Ehrenamtlichkeit aus der finanziellen Verlegenheit befreien. Mit zunehmender Bedeutung materieller Lebensinhalte schwindet die Bereitschaft, sich unentgeltlich einzubringen. Man ist damit beschäftigt, Geld zu verdienen. Man kauft sich, was man braucht. Man kauft sich frei von ehrenamtlicher Mitarbeit. Wohlstand wird zum Maßstab der Anerkennung. Auf die "Ehre" eines Mandats kann man verzichten.

Kommunalpolitik ist Einmischung in die eigenen Angelegenheiten, meinte Max Frisch (1911 - 1991). Nur die Freiwilligkeit durchwärmt und trägt unsere Gesellschaft. Es ist darum nicht länger die Stunde des saturierten Bourgeois. Es ist vielmehr die Chance des Citoyen. Eben jenes Bürgers, den die Sorge um sein Gemeinwesen umtreibt. Er findet in der verantwortlichen Teilnahme am öffentlichen Leben nicht nur seine Freiheit, sondern auch einen Teil seines Glücks.

Nur wer sich einbringt und bereit ist, das Opium der Verantwortung zu übernehmen, schafft Hoffnung. Wer nur klagt und resigniert wird mitverantwortlich für die miserable Wirklichkeit, die er beschreibt. Verantwortung heißt Mut zur Gestaltung. Heißt Neugierde statt vermeintlicher Zufriedenheit. Bei der Wahrheit zu bleiben. Unangenehme Fakten nicht unter den Teppich zu kehren, Aufgaben anzupacken. Potentiale und Kräfte nutzen. Grenzen zu sprengen, Vorurteile und geistige Verfettung zu überwinden.

Vorurteile sind immer die hochnäsigen Empfangsdamen im Vorzimmer der Vernunft, beklagte schon Heinrich Waggerl (1897 - 1973). Verantwortung bedeutet nicht Belieblichkeit. Kein Wegsehen, sondern Anfahren.

Weniger abseits stehen. Frischen Wind zulassen. Einfluss auf unser aller Zukunft nehmen. Zu erforschen, was möglich ist. Nicht nur zu hören, was nicht geht. *V e r a n t w o r t u n g* wahrzunehmen bedeutet, das Undenkbare zu denken. Sich gerade beim Schuldenmachen der Generationengerechtigkeit bewusst zu werden und nicht länger der Zechprellerei zu Lasten unserer Kinder zu frönen.

Aber eher legt ein Hund einen Wurstvorrat, als der Politiker einen Geldvorrat an! Darum musste der Bund im Vorjahr sage und schreibe 43 Milliarden Euro allein für Zinsen aufbringen, das Land Baden-Württemberg immerhin zwei Milliarden. Aber es hat dazu gelernt: der Haushalt 2008 wird ohne neue Schulden finanziert. Nirgendwo aber kann sich etwas zum Besseren entwickeln, wenn es nicht von verantwortungsbewussten Köpfen und Herzen vorausgedacht und getragen wird. Ich beweine dann nicht nur Schicksale, sondern erkenne meinen Mangel an Eigenverantwortung. Es sind allein Menschen, die unsere Zukunft verfrühstücken, die Elend zulassen, die Strukturen schaffen und kein Abstraktum wie das vermeintliche Fatum.

Leere Kassen sind keine Entschuldigung für leere Köpfe

Wir können uns eine Kommunalpolitik der Quantität nicht länger leisten. Wir müssen sie durch mehr Qualität ersetzen. Dies ist kein Unglück, aber das Geschäft wird schwieriger. Wir müssen nämlich intensiver nachdenken, wo und wie wir die bescheidener sprudelnden Quellen einplanen. Vieles muss gegen historisch gewachsene Besitzstände und Ressentiments durchgesetzt werden. Eingefahrene Gleise zu verlassen braucht Zivilcourage und Prioritäten: Unabdingbares, dann das Notwendige und erst zuletzt das Wünschenswerte.

Wer eine Fehlentwicklung ändern will, muss arbeiten und bekennen. Eine schweigende Mehrheit ist keine Mehrheit. Was nämlich nicht organisiert wird, existiert politisch nicht. Es verliert sich in der Hilflosigkeit des guten Willens und persönlicher Emotionen. Hier bedarf es wiederum des kommunalen Einsatzes. Gibt uns André Malraux (1901 - 1976), erster europäischer Kulturminister unter de Gaulle, nicht zu denken: "In der Politik ist es oft wie in der Grammatik. Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt."

Dagegen hilft nur ein selbst denkendes Bürgertum. Die Güte der politischen Entscheidung hängt in einer Demokratie wesentlich von der Qualität öffentlicher Meinungsbildung ab. Diese ist geprägt durch eine Fülle von Klischees und Denkfehlern. Sie werden von interessensgesteuerten Lobbyisten laufend wiederholt. Euphemismus oder sagen wir Schönfärberei ist zu oft angesagt.

Tatsachen werden mit verbaler Häkelkunst camouffiert. Vielen von uns bleibt nichts anderes übrig als zu glauben, was wir täglich aufgetischt bekommen. Es müssen einfach wieder mehr Bürger und gerade die Volksvertreter zweifeln lernen, sich ohne Dogma-

tismus eigene Gedanken machen. Reflexion und Argumentation sind für jeden unabdingbar, der mit einer gewissen Autonomie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen will.

Unser Land leidet unter einem gewaltigen Reformstau. Fortwährende Politikblockaden sind das Ergebnis von Denkblockaden. Ohne die *Maxime M a ß* leidet der Mensch an sich selbst, an seinen inneren Widersprüchen. Aristoteles (384 - 322 v. Chr.) meinte damit Askese. Sie ist keinesfalls Verzicht, sondern bewusste Einübung in die innere Freiheit. Askese stiftet Frieden. Sie ermuntert zur Nachhaltigkeit. Ich muss mich einfach nicht an jenen messen, die mehr haben als ich. Ich erinnere mich nicht ständig meiner Mängel. Die Kommunalpolitik muss nicht länger das Äquivalent zur Wohlstandsgesellschaft bieten. Sie muss keineswegs die "Pleonexia", das "Immer-mehr-haben-Wollen" bedienen. Leere Kassen sind keine Entschuldigung für leere Köpfe! Wer diese unsere Gesellschaft voranbringen will, darf sich nicht nur in ihrer Mitte bewegen. Er wird künftig, allein wegen der Tragfähigkeit einer öffentlichen Einrichtung, eher sanieren müssen als Neues schaffen können: Sanierung wird so zum Nachdenken über die Zukunft der Vergangenheit.

Warum reagieren wir auf Probleme erst kurz vor dem Kollaps?

Gravierende Schwierigkeiten, das lehrt die Geschichte, treten in der Regel keineswegs unvorhersehbar auf. Sie kündigen sich an. Ihre Keime sind schon gelegt, während andere Aufgaben noch in voller Blüte sind, wenn wir nur an die demographische Entwicklung unseres Volkes denken. Es ist ein Symptom - oder gar System? - von Wohlstandsgesellschaften, Probleme erst kurz vor dem unmittelbaren Kollaps wahrzunehmen. Sie werden zunächst häufig aus Bequemlichkeit, Arroganz oder mangelnder Betroffenheit verkannt. Eine Aufgabe oder ein Gegensteuern wird geleugnet, solange es geht oder in der Kommunalpolitik mit dem Hinweis auf Bundes- oder Landeskompetenz "nach oben" verwiesen. Eine Strategie (griechisch = strategos, der Feldherr) zur Lösung wird nicht entwickelt. Es fehlen Wille, Methoden und Werkzeuge, um prospektiv gegenzusteuern. Das Thema Kindergartenplätze, deren unverantwortliche Gebührenhöhe und eine bedarfsgerechte Ganztagesbetreuung sind evidente Beispiele dafür, seit wann in einer Stadt zukunftssträchtige Kinderfreundlichkeit gilt oder wie lange sie geleugnet wurde. Dies entgegen allen neurowissenschaftlichen Erkenntnissen, dass die Leistungs- und Motivationsgrundlagen am effektivsten in der Zeit größtmöglicher Plastizität des Gehirns geweckt werden, also im dritten und vierten Lebensjahr.

Warum schwadronieren wir endlos über die Substitution herkömmlicher, umweltbelastender Brennstoffe? Warum sträuben sich noch zu viele, den solaren Reichtum zu nutzen und auf die autark machenden erneuerbaren Energien zu setzen? Dies bedeutet wahre Effizienz und Effektivität zugleich.

Politische Kultur nur mit kultivierten Politikern

"Handeln im Ungewissen ist das Risiko des Politikers. Diese Ehre darf ihm nicht genommen werden. Sonst wird er zur Marionette, zum sicherungssüchtigen Opportunisten. Er geht am Ende wirkliche Verantwortung nicht mehr ein Es ist eine Bewährungsprobe für unsere politische Kultur, ob Handeln in Risikobereitschaft noch möglich ist oder ob es untergeht im Klima einer Voyeurs-Moral", so der langjährige bayerische Kultusminister Professor Hans Maier.

Dass die Quantität der Arbeit auf Kosten der Qualität geht, gilt besonders für den Politiker. Für den hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Kommunalpolitiker kommt hinzu, dass der Bürger - wohl zu Recht - von ihm genau jene Hilfe und Menschlichkeit erwartet, die einem dauernden Erosionsprozess ausgesetzt sein muss, wenn er auch nur einen Teil der Anforderungen erledigen will, die täglich an ihn herangetragen werden.

Politische Kultur ist nicht möglich ohne den kultivierten Politiker. Es darf nicht ausbleiben, darüber nachzudenken, wie die politische Arbeit so vermenschlicht werden kann, dass dabei Humanität nicht nur gefordert, sondern in den Niederungen des politischen Alltags auch vorgelebt werden kann. Jeder Beruf trägt die Gefahr einer Deformation der Persönlichkeit in sich. Für wenige Tätigkeiten gilt dies so sehr wie für die des kommunalen Managers. Gerade die Art, wie er lebt und arbeitet, hindert ihn, jene Erwartungen zu erfüllen, die der Bürger an ihn stellt.

Dass der Politiker sich immer wieder überfordert fühlt und permanent mit Unerledigtem leben muss, teilt er sicher mit anderen Berufen. Dass er Sachkenntnis auf den verschiedensten Feldern haben soll, kann entweder zu engem Spezialistentum oder zu oberflächlichen Formeln für alles und jedes führen. Jene Kraft, die dabei verbraucht wird, geht eigenem Nachdenken und fruchtbaren Gesprächen ab. Für Kreativität, für Familie und wahre Freunde bleibt zu wenig Raum. Menschliche Originalität und Authentizität werden immer seltener. Zeit und Wille zur Reflexion bleiben oft auf der Strecke.

Wir können heute so viele "Wertpapiere der Antike" zum Nennwert übernehmen. Darum gilt es, mangelnde Moral in der Politik zu rügen. Wer weiß nicht um das Ärgernis, dass Menschen - wie die meisten Bürger in unserem Staat - sich zwar theoretisch zu ethischen Grundsätzen bekennen, sich aber im Alltag wenig daran erinnern. Passt dazu der rücksichtslose Umgang mit der Macht, mit der absoluten Mehrheit? Passt dazu die Praxis der Intrige, der Verteufelung des Gegners oder die lieblose "Begegnung" untereinander? Auf der kommunalen Ebene scheint diese Art der Kommunikation oft schlimmer zu sein als bei Politikern, die im Rampenlicht der Nation stehen.

Tugenden: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß

Nun werden Sie sich fragen: Welche "Über-

menschen" brauchen wir, die in diesem Spannungsfeld Politik gestalten? Der Soziologe Max Weber (1864 - 1920) forderte dafür eine Verantwortungsethik und drei Tugenden. Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit, als volle Hingabe an eine "öffentliche Sache", ohne dem Eigennutz zu unterliegen, einfach in der Verantwortung gegenüber den anvertrauten Menschen. Als entscheidende psychologische Qualität benötigt der Politiker Augenmaß.

Dies bedeutet niemals Distanzlosigkeit - eine Todsünde jedes Politikers - sondern die Fähigkeit, heiße Leidenschaft zu verbinden. Wenn dies kein frivoles, intellektuelles Spiel sein soll, sondern menschliches Handeln, setzt dies Hingabe voraus, weil wir es mit Individuen und nicht mit Sachen zu tun haben. Eine starke Bändigung der Seele zeichnet den leidenschaftlichen Politiker aus. Sie unterscheidet ihn vom "steril aufgeregten Dilettanten" durch die Gewöhnung an Distanz.

Dabei hat der Politiker eine triviale, allzu menschliche Begierde täglich zu überwinden: die Eitelkeit, eine Todfeindin aller sachlichen Hingabe und Distanz. Er arbeitet mit dem Willen zur Macht als unvermeidlichem Mittel. Diese "Berufskrankheit" wird - so Max Weber weiter - jedoch erst bedenklich, wo das Streben zur persönlichen Selbstberauschung wird.

Der Politiker muss sich mit der Festigkeit des Herzens wappnen, die eine gegenteilige Entscheidung einkalkuliert. Auch in der Kommunalpolitik wird immer nur entschieden, was demokratisch gültig ist, aber nicht richtig sein muss. Dennoch braucht sie die Kunst der Selbstbescheidung gegenüber dem nur Wünschenswerten. Damit sichern wir unsere Lebensgrundlagen auf Dauer oder wie es der erste Umweltpolitiker Ludwig Börne (1786 - 1837) formuliert hat: "Die Lebenskraft eines Zeitalters liegt nicht in seiner Ernte, sondern in seiner Aussaat."



Fred Endres, Jahrgang 1941, ist ein langjähriges sehr aktives Verbandsmitglied. Er war lange Jahre Kreisvorsitzender in den Kreisen Sigmaringen und Ostalbkreis.

16 Jahre lang war er Bürgermeister der Stadt Isny im Allgäu, er arbeitete beim Berliner Senat und beim Bonner Ministerium für Entwicklungshilfe. Seit 1991 wirkt der Vater zweier Kinder und mehrfacher Fach- und Sachbuchautor als Hochschuldozent sowie Trainer für Mitarbeiterführung und Tourismus in den neuen Bundesländern und zuletzt auch in Bulgarien, Weißrussland und der Ukraine.

In der nächsten Ausgabe der Verwaltungszeitung folgt der 2. Teil mit dem Abschnitt "Freiheit für das Individuum - Verantwortung nur für das Gemeinwesen?"

Seminare

Seminar Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Verwaltungspraxis.

Öffentlichkeitsarbeit - nice to have.

Kommunalpolitik wird hoheitlich formuliert, verkündet und umgesetzt - nicht im Dialog be-worben.

So unterschiedlich wird Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingeschätzt.

In unserem Seminar soll nicht über den Wert der Öffentlichkeitsarbeit gestritten werden, sondern wir wollen Ihnen als Mitarbeiter in der Verwaltung - gleich in welcher Funktion - die Sicht- und Arbeitsweisen von professionellen Presse- und Rundfunkredakteuren veranschaulichen.

Dafür konnten wir zwei besonders qualifizierte Referenten gewinnen:

Verena Mayer ist Mitarbeiterin der Stuttgarter Zeitung. Sie ist Trägerin des Erich-Schairer-Preises für Nachwuchsjournalisten, schwerpunktmäßig berichtet sie über kommunalpolitische Themen aus dem Landkreis Ludwigsburg.

Knut Bauer ist seit 1987 beim SWR als Reporter, Redakteur und Moderator in der Baden-Württemberg-Redaktion tätig. Seine kompetente Berichterstattung über lokale und landespolitische Themen wird besonders geschätzt.

Leitung der Veranstaltung:

Prof. Eberhard Ziegler. Er ist verantwortlich für die Hochschulzeitung "DIALOG" und leitet Wahlpflichtfächer zum Thema Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Veranstaltungsort: Korb, Alte Kelter, Kirchstr. 1

Veranstaltungstermin:

Mittwoch, 2. April 2008, 14.00 bis 18.00 Uhr

Teilnahmekosten:

45,- Euro für Nichtmitglieder

25,- Euro für Mitglieder des Verbands für Verwaltungsbeamten

Teilnehmerzahl: Max. 20 Teilnehmer

Anmeldungen: Bis zum 14. März 2008 an die Geschäftsstelle des VdV

Mitgliederwerbung

Wir sind für junge Kolleginnen und Kollegen wieder attraktiv.

Dieser Tage lesen wir in den Medien, dass die Gewerkschaften den Abwärtstrend abgemildert haben. Bei uns ist jedoch ein Aufwärtstrend vorhanden.

Wir können bereits seit 2 Jahren eine Steigerung unserer Mitgliederzahlen feststellen.

Über 115 Jahre erfolgreiche Verbandsarbeit für das Berufsbeamtentum und die Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg zahlen sich aus.

Nach wie vor sind unsere Kolleginnen und Kollegen, trotz vieler Querschüsse aus den unterschiedlichsten Bereichen unserer Gesellschaft (einschließlich der Politik) stolz darauf als Berufsbeamte unserem Staat, unserem Land Baden-Württemberg mit seinen Städten, Gemeinden, Verbänden, Landkreisen, Regierungspräsidien, Sonderbehörden und Ministerien zu dienen und dies in moderner zeitgerechter, kundenorientierter Form.

Unser Verband setzt sich für das Berufsbeamtentum im Interesse unserer gut funktionierenden Gesellschaft ein und kämpft dabei für die Belange der Kolleginnen und Kollegen, die oftmals in Gefahr stehen, im Tagesgeschäft und in vordergründigen populistischen Strömungen unterzugehen.

Wir können unsere Aufgabe jedoch nur gut und perfekt ausüben, wenn wir über eine starke Mitgliedschaft verfügen. Dies verstehen die Gesellschaft und die Politik.

Daher werben Sie für uns und setzen Sie sich für den Verband der Verwaltungsbeamten in

Baden-Württemberg ein - es ist auch in Ihrem ureigensten Interesse.

Besonders erfreulich ist das Interesse der jungen Kolleginnen und Kollegen. Nahezu 200 Studierende wurden im vergangenen Jahr

Mitglied des VdV. Auch in diesem Jahr können wir bis Redaktionsschluss schon knapp 30 neue Mitglieder begrüßen.

Es lohnt sich jetzt Mitglied zu werden und im Übrigen auch Mitglieder zu werben.

Der bbw beamtenbund setzt für jedes neue geworbene Mitglied eine Werbeprämie aus.

Je Mitglied gibt es einen Punkt.

Folgende Werbeprämien werden 2008 ausgelobt:

- 1 Punkt: Design-Taschenlampe "MetalLightS" inkl. Batterie
- 1 Punkt: Minibörse "Money Organizer Leder"
- 2 Punkte: Kühltasche (Cooler Bag Ice)
- 3 Punkte: Mini-Radio "Walk & Music"
- 4 Punkte: Vakuum-Isolierflasche 0,7 l, Edelstahl
- 5 Punkte: Laptop-Tasche mit abnehmbarem Schlüsselring und Handytasche
- 8 Punkte: Radio Classic Wooden AM/FM mit digitaler Radioanzeige/Zeit, Datum
- 10 Punkte: Spiel-Set 5 in 1, Schach, Dame, Backgammon, Mühle und Mensch ärgere dich nicht
- 12 Punkte: Pfeffer-/Salzmühle, 63 x 63 x 220 mm, 513 g, Seidenfaden Design
- 14 Punkte: Werkzeugkoffer, 42-teilig in schwarz-rottem Design
- 16 Punkte: Damen- (32 mm) oder Herrenarmbanduhr (40 mm), Edelstahl gebürstet, schwarzes Lederarmband, wasserabweisend 5 ATM
- 18 Punkte: Fernglas "Vision", 16 x 32 mm, Nylontasche, 317 g
- 20 Punkte: Wetterstation "WF Futura 4" mit 4-Tagesvorhersage und tägl. Aktualisierung per Funk
- 22 Punkte: Orient-Express Bordeaux Weinbox - Kellermesser, Flaschenverschluss, Tropfschutz und Thermometer in einer Holzbox, 23 x 18 x 5 cm, 1.115 g
- 25 Punkte: Messerset, fünfteilig in einer Holzablage, 37 x 20 x 4,5 cm, 2.310 g
- 26 Punkte: Reisetrolley Einkaufstrolley "Carry Cruiser", 40 l Volumen, 30 kg belastbar
- 28 Punkte: Grillkoffer "Deluxe" aus Metall mit Spießen, Steakmessern, Steakgabeln, Grillschürze und weiterem reichhaltigem Zubehör
- 30 Punkte: MP4-Player, 256 MB, mit Ohrhörer, CD-Rom, 6 x 4 x 1,2 cm, 50 g
- 38 Punkte: DVD-Recorder, Multifunktionswiedergabe, Slim Design
- 50 Punkte: Marken-Navigationsgerät

Das Interview

Interview mit Simon Sterbenk

Simon Sterbenk studiert an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg und gehört zu denjenigen jungen Leuten, die Eigeninitiative, Interesse und Begeisterung für ihre Ausbildung zeigen.



Während seines Studiums hat der 23-jährige schon einige interessante und positive Erfahrungen sammeln können, die er gerne an andere weitergeben möchte. Besonders prägend war für ihn sein Aufenthalt in Brüssel, wo er als Praktikant tätig war. Seitdem spielt für ihn der Europagedanke eine besondere Rolle.

Simon Sterbenk ist als mittlerer von drei Söhnen in Ingelfingen aufgewachsen. Im Jahr 2005 ist er unserem Berufsverband beigetreten.

VZ: Herr Sterbenk, Sie sind Student an der FH für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg. Wie sind Sie auf diesen Beruf aufmerksam geworden und wieso haben Sie sich für diesen Studiengang entschieden?

Simon Sterbenk: Mein BOGY (Berufsorientiertes Gymnasium)-Praktikum in der 11. Klasse habe ich auf dem Rathaus in Ingelfingen gemacht, meiner damaligen Heimatgemeinde. Warum ich damals aufs Rathaus wollte, weiß ich nicht mehr - vielleicht um Bürgermeister zu werden. Aber es hat Spaß gemacht. In der 12. Klasse habe ich mich beworben, das Zulassungsverfahren bestanden und mich für das Studium entschieden. Wahrscheinlich war die Mischung aus Betriebswirtschaft, Recht und (Kommunal)Politik sowie aus Studium und Ausbildung das Ausschlaggebende.

VZ: Bei den beiden Lehroptionen haben Sie sich für den V-Zweig (Verwaltungszweig) entschieden. Das ist der

klassischere Teil der Beamtenlaufbahn. Im W-Zweig (Wirtschaftszweig) werden eher Schwerpunkte auf betriebswirtschaftliche Elemente gesetzt. Warum haben Sie sich für den V-Zweig entschieden?

Haben Sie den Eindruck, dass mit der Spezialisierung der Ausbildung die Chancen, eine Stelle zu bekommen, größer werden oder man sich eher Möglichkeiten verbaut?

Simon Sterbenk: Die Chancen auf eine Stelle sind meiner Ansicht nach von der Wahl des Zweiges durchaus abhängig. Jedoch bietet die Wahlmöglichkeit den Studenten als auch den Kommunen Vorteile. Wir Studenten können uns noch während der Ausbildung für unsere bevorzugte Richtung entscheiden und so sehe ich durch meine Wahl des V-Zweigs einen Vorteil bei Stellen in der Ordnungsverwaltung, bei gleichzeitigem Nachteil bei Kämmereistellen. Dieser Nachteil ist nicht besonders gravierend, da mein Interesse, im Finanzbereich zu arbeiten, eher

gering ist. Gleichzeitig erhalten die Kommunen "vorspezialisierte Generalisten" und motivierte Bewerber mit wirklichem Interesse und vertieften Fähigkeiten in den jeweiligen Bereichen zur Auswahl. Ich denke, dass nicht die Aussicht auf eine Stelle, sondern die jeweiligen Neigungen und damit verbundenen Wahlpflichtfächer im Vordergrund bei der Wahl des Zweiges stehen.

VZ: Die Ausbildung zum Dipl.-Verwaltungswirt ist inzwischen mehrmals reformiert worden. Mit der jüngsten Änderung wurde der Dipl.-Verwaltungswirt (FH) in den Bachelor of Arts (public management) umgewandelt. Damit war auch eine Ausbildungszeitverkürzung auf 3,5 Jahre verbunden. Ab September 2007 werden die Auszubildenden nur noch ein Einführungspraktikum von 6 statt 12 Monaten haben. Wie denken Sie als Student über diese Veränderungen? Was fanden Sie bisher an Ihrer Ausbildung gut oder schlecht?

Simon Sterbenk: Die Ausbildungsstellen geben sich im Einführungsjahr sehr große Mühe. Doch aufgrund unseres geringen Kenntnisstandes zu Beginn der Ausbildung ist es sehr schwierig, interessante Aufgaben zu finden. Die Verkürzung ist daher sinnvoll. Auch die Verkürzung der Gesamtausbildungsdauer auf 3,5 Jahre ist im Hinblick auf andere Studiengänge angemessen.

Sehr gut sind ohne Zweifel die fachpraktische Ausbildung bei den Kommunen, die kompakte Klassengröße und breite Wissensvermittlung an der FH. Wünschen würde ich mir trotz der derzeitigen Wahlmöglichkeit bei den Praxisstellen und zwischen V-/W-Zweig eine größere Gestaltungsfreiheit und Wahlmöglichkeit bei den zu besuchenden Vorlesungen.

VZ: Welche beruflichen Ziele haben Sie nach der Ausbildung und wie schätzen Sie die Chancen ein, Ihre Ziele zu verwirklichen?

Simon Sterbenk: Zurzeit beschränken sich meine beruflichen Ziele auf meine Diplomarbeit, in der ich mich mit privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum auseinandersetze und die Staatsprüfung im Sommer. Für danach bin ich mir noch nicht sicher. Eine Stelle mit interessanten Aufgaben und Europa-bezug wäre super. Sehr reizvoll finde ich aber auch einen erneuten Auslandsaufenthalt.

Aufgrund meiner Neigungen denke ich, dass ich mich eher auf Stellen im Ordnungs- oder Hauptamtsbereich bewerben werde.

Wie die Chancen auf einen Arbeitsplatz sind, ist momentan noch schwer vorauszu-sehen. Insgesamt denke ich, dass sich die Stellensituation langsam entspannt.

VZ: Im Zuge Ihres Studiums waren Sie im zweiten Praxisjahr in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel als Praktikant tätig. Welche Erfahrun-

gen haben Sie dabei gemacht und was waren dabei Ihre wichtigsten Erlebnisse?

Simon Sterbenk: Mein Aufenthalt in Brüssel war eine wunderbare Zeit. Glücklicherweise hatte Deutschland gleichzeitig die Ratspräsidentschaft inne. Das Tolle an der Arbeit in Brüssel war die Kombination aus Europa und Baden-Württemberg. Die Landesvertretung als Repräsentant von Baden-Württemberg versucht natürlich, die Interessen von Baden-Württemberg und somit unser aller Interessen zu vertreten, bemüht sich aber gleichzeitig, mit zahlreichen Partnerschaften und Kooperationen das Zusammenwachsen von Europa zu fördern.

Am wertvollsten ist für mich der dort gewonnenen Europagedanke, dem man sich in Brüssel nicht entziehen kann. Besondere Erlebnisse waren sicherlich die zahlreichen kulturellen und fachlichen Veranstaltungen innerhalb der Landesvertretung mit Kommissionsmitgliedern, Ministern und zahlreichen Abgeordneten in ganz ungezwungener Atmosphäre. Die Besuche im Europäischen Parlament und die Besuchergruppen aus Baden-Württemberg in der Landesvertretung waren ebenso Highlights während meines Aufenthalts. Unabhängig von der Arbeit ist Brüssel und Belgien immer eine Reise wert.

VZ: Was würden Sie anderen Studenten raten, die sich ihre Praxisstellen zusammenstellen müssen?

Simon Sterbenk: Mein Tipp wäre: auf jeden Fall im Zuge der Ausbildung für drei Monate ins Ausland gehen. Eine super Erfahrung. Mit den Fördergeldern der EU-Austauschprogramme, die seit neustem über die FH gewährt werden, ist der finanzielle Mehraufwand noch geringer. Ich hatte meine restlichen Praxisstellen auf eine kleine Gemeinde, eine Große Kreisstadt und das Landratsamt verteilt. Verschiedene und unterschiedlich große Verwaltungen mit ihren Strukturen, Aufgaben und Arbeitsweisen kennen zu lernen fand ich gut.

VZ: Sie selbst waren während Ihrer Ausbildung zweimal im Ausland. Denken Sie, dass ein Auslandsaufenthalt im Zuge der Ausbildung wichtig ist und für das weitere berufliche Leben Vorteile bringt?

Simon Sterbenk: Inwieweit durch Auslandsaufenthalte ein konkreter beruflicher Vorteil im Bereich der Verwaltung entsteht, kann ich nicht beurteilen. Ich hoffe es natürlich. Für die fachliche Ausbildung selbst werden die meisten Auslandsaufenthalte auch eher geringe Bedeutung haben. Doch wird jeder, der im Ausland gewesen ist, neue Eindrücke, Erfahrungen und "Aha-Erlebnisse" mitbringen, die sich auf die Arbeit, die Einstellung und die Persönlichkeit jedes Einzelnen auswirken. Der größte Vorteil ist in den gewonnenen Sprachkenntnissen und dem kennen lernen von anderen Ländern und Kultu-

ren zu sehen. Mit meinem Praktikum bei der Landesvertretung, die ein Teil des Staatsministeriums ist, konnte ich glücklicherweise auch viel fachliches Wissen mitnehmen.

VZ: Ihrer Meinung nach findet das Thema Europa in der Öffentlichkeit und im Verwaltungsapparat zu wenig Beachtung. Warum finden Sie den Europagedanken so wichtig und was müsste Ihrer Meinung getan werden, um die Bedeutung eines gemeinsamen Europas mehr herauszustellen?

Simon Sterbenk: Wenn das Thema "Europa" in der Öffentlichkeit Beachtung findet, handelt es sich leider oft nur um negative Berichte. Das Projekt eines gemeinsamen Europas und der dahinterstehende Gedanke eines Friedens- und Wohlstandsraumes muss wieder in den Vordergrund rücken. Dieser Gedanke wird leider sehr oft durch die Arbeit der EU- und EG-Organen überdeckt und auf diese reduziert. Doch Europa kann nicht verordnet werden, es ist ein Projekt der Bürger, das vom Engagement des Einzelnen lebt. In diesem Zusammenhang ist auch das Wertvolle eines Auslandsaufenthalts oder von Städte- und Vereinspartnerschaften zu sehen. Der Verwaltungsapparat könnte hierbei eine entscheidende Rolle spielen. In der Unwissenheit über Europa und dem daraus resultierenden Desinteresse, auch in der Verwaltung, sehe ich das größte Problem. Mit gezielter "Werbung" für den europäischen Gedanken durch Vermarktung des Erreichten und den Vorteilen für die Bürger, wie z.B. den Euro, die Reise- und Niederlassungsfreiheit, einheitliche Standards bei Produkten und Lebensmitteln könnte die Begeisterung geweckt werden. Dabei müssen die Chancen für jeden Einzelnen aufgezeigt werden.

VZ: Denken Sie, dass Sie mit der Ausbildung zum Dipl.-Verwaltungswirt die richtige Wahl getroffen haben und würden Sie die Ausbildung anderen jungen Leuten uneingeschränkt weiterempfehlen?

Simon Sterbenk: Das Studium, die praktischen Ausbildungsteile und das Leben im "Studidorf" in Ludwigsburg machen sehr großen Spaß. Meine Entscheidung für das Studium war richtig. Die Ausbildung vermittelt einen breiten Wissensstand, der nicht nur für die Tätigkeit innerhalb der Verwaltung qualifiziert. Die etwas privilegierte Stellung als Beamter auf Widerruf während der Ausbildung ist dabei kein Nachteil. Ich würde das Studium daher allen, die Interesse haben, weiterempfehlen.



VZ: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen weiterhin eine schöne Studienzeit und viel Glück bei der Stellensuche.

Das Gespräch mit Herrn Späth führte Sybille Schwartz.

Bücher

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar, herausgegeben von
Dr. Franz Werner Gansen

Loseblattwerk in 3 Ordnern, 2.486 Seiten,
118 €

ISBN 978-3-7685-3043-9

18. Aktualisierung, Stand August 2007, 262
Seiten und ein Ordner, 74 €, Bestellnummer
7685 3043 018

R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle
Rehm

Der "Gansen" hat sich in den letzten Jahren bereits zum Standardwerk für das Disziplinarrecht gemauert. Der Autor, der an der Konzeption des BDG maßgeblich beteiligt war, kommentiert das Gesetz umfassend und praxisnah. Er informiert zuverlässig über die neue Rechtslage in Bund und Ländern. Neben der ausführlichen Kommentierung des BDG werden die Disziplinargesetze der Länder brandaktuell zum Zeitpunkt des Inkraft-Tretens ergänzt und ggf. Abweichungen zum BDG kommentiert. Derzeit fehlen nur noch die Länderregelungen für Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Synopse erschließt auch die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern gewinnbringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls abgedruckt. So enthält der Anhang die Texte der VwGO, des VwVfG, des BBG und Verwaltungsvorschriften zum BDG. Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z. B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinklage). Diese erleichtern die praktische Arbeit im Disziplinarrecht. In Teil VI werden die einzelnen Landesgesetze nach ihrer Neufassung abgedruckt. Eine übersichtliche Gliederung, Inhaltsübersichten der Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen sowie zahlreiche sachliche Hervorhebungen innerhalb der Absätze erleichtern das Zurechtfinden in der Materie. Zudem ermöglicht ein ausführliches Sachverzeichnis den schnellen Zugriff auf bestimmte Problemstellungen und ihre Lösungen. Die Loseblattform gewährleistet die ständige Aktualität des Werkes. Das Loseblattwerk wendet sich in erster Linie an die Praktiker in Behörden und Gerichten, an die Beamten selbst und ihre Berufsvertreter sowie an Rechtsanwälte. Es ist jedoch auch für die Wissenschaft geeignet.

**Studierende
gehören in den VdV**

www.vdv-bw.de

Wir im Spiegel der Presse

Stuttgarter Nachrichten vom 07. November 2007

LEITARTIKEL

Baustelle Beamtentum

VON FRANK KRAUSE

Da sage einer, die Beamten des 21. Jahrhunderts würden allesamt noch immer in miefigen Amtsstuben leben und ihre Aktenvermerke lieber mit dem Bleistift statt mit dem Computer schreiben. Der Gewerkschaftstag in Fellbach hat an einer vermeintlichen Kleinigkeit bewiesen, dass derartige Vorurteile über die Staatsdiener nicht mehr zutreffen. Wo andernorts auf Parteitag noch umständlich mit Stimmzetteln und Wahlurne gearbeitet wird, wählte der Landesverband seinen Vorstand elektronisch per Handsender. Das Ergebnis gab's nach einer Minute.



Eine Revolution? Keineswegs. Ein Schritt hin zur Normalität? Schon eher. Denn der Beamtenbund Baden-Württemberg gibt sich in diesen Tagen nicht nur technologisch als Vorreiter. Er will auch inhaltlich auf der Höhe der Zeit sein. Und das heißt: Er will am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben. Wo die Staatsdiener vor wenigen Jahren noch mit der geballten Faust in der Tasche durch die Behörden schlichen, weil das Land wieder mal auf ihre Kosten den Rotstift angesetzt hatte, fordert man jetzt selbstbewusst Wiedergutmachung. Die Wunschliste ist lang: Leistungszulagen, Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten, mehr Durchlässigkeit für Quereinsteiger aus der freien Wirtschaft, Lohnzuschläge und, und, und. Kein Zweifel: Da hat sich einiges angestaut. Aus Sicht der Beamten heißt der Schuldige dafür Erwin Teufel, der ehemalige Ministerpräsident.

Nun aber regiert Günther Oettinger. Und die Hoffnung der Staatsdiener ist mit Händen zu greifen, aus der Distanzierung in der Ära Teufel möge wieder ein Dialog werden. Und wirklich, die lauten Rufe der Beamten nach mehr Anerkennung sind bei der Landesregierung angekommen. Der Ministerpräsident hat ihnen in Fellbach „nicht nur Mitwirkung, sondern Mitbestimmung“ angeboten. So viel Nähe war lange nicht mehr. Und doch gibt's Grenzen. Auch das hat der Gewerkschaftstag gezeigt. Binnen weniger Minuten wischte Oettinger am Mittwoch den Wunsch der Beamten auf einen Nachschlag von 2,4 Pro-

zent Gehalt für 2008 vom Tisch. Und das ist richtig so. Es kann nicht sein, dass sich Beamtenbund und Landesregierung vor einem Jahr auf einen Fahrplan zu Gehaltserhöhungen einigen und das Paket nun aufgeschnürt werden soll, nur weil die Steuern sprudeln. Wenn das Land auf solche Forderungen eingeht, wären Absprachen aller Art künftig wertlos – und der Landeshaushalt nicht sanierbar. Die Beamten werden die Absage verkraften, sie sind noch immer ein privilegierter Berufsstand.

An anderer Stelle wird der Ministerpräsident das neue Selbstbewusstsein der Beamten dagegen ernst nehmen müssen. Die Pension mit 67 ist zum Reizthema geworden. Der Plan der Landesregierung, die verlängerte Lebensarbeitszeit bei den Beamten bereits zum Jahr 2018 zu erreichen – und damit eine halbe Generation früher, als bei den Bundesbeamten und anderen Arbeitnehmern geplant – nährt bei den Staatsdienern zu Recht den Verdacht, Baden-Württemberg wolle auf ihrem Rücken wieder Vorreiter beim Sparen sein. Oettinger sollte den drohenden Hinweis des Landesvorsitzenden Volker Stich, die nächste Landtagswahl sei absehbar, deshalb ernst nehmen. Nichts wäre schlimmer für Oettinger und seine konsensorientierte Politik als Beamte, die zwar nicht streiken dürfen, die sich aber in die innere Emigration zurückziehen und die Missstände anprangern. Nicht umsonst hat das Land jüngst dem monatelangen Drängen der Polizei nach mehr Stellen nachgegeben.

Oettinger spürt die Gefahr – und signalisiert deshalb Gesprächsbereitschaft beim Thema Pension mit 67. Details sind zu klären, wenn sich die Beteiligten im Frühjahr 2008 an die Dienstrechtsreform wagen. Spätestens auf dieser Baustelle wird sich die Regierung bewegen müssen. Wenn sie einen leistungsstarken öffentlichen Dienst haben will, wenn die Schere zwischen freier Wirtschaft und Staat nicht noch weiter auseinandergehen und der Beruf des Beamten für Schulabgänger wieder interessant werden soll, dann muss etwas geschehen – finanziell wie strukturell.

Stuttgarter Zeitung vom 04. Januar 2008

Gewerkschaftschef Peter Heesen eckt mit seinem Reformtempo an – Nun sucht er sein Heil in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes

Vor dem alljährlichen Hochamt in Köln kritisiert er im Deutschen Beamtenbund (DBB). Der jüngst mit einem miserablen Ergebnis wiedergewählte Vorsitzende Peter Heesen braucht neuen Schub, sonst muss er mit verstärktem Widerstand rechnen – vor allem aus dem Süden.

Von Matthias Schiermeyer

Anfang nächster Woche treffen sich die Honoratioren des Beamtenbunds zum dritten Mal in der Kölner Messe – womit die alljährliche „Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung“ nach rheinischer Lesart bereits das Stadium des Brauchturns erreicht hat. Fast 30 Jahre lang hatten die Beamtenvertreter in provinzialer Atmosphäre im fränkischen Bad Kissingen über die Zukunft des Staatsdienstes philosophiert. Die Enge von Bad Kissingen störte den Vorsitzenden Peter Heesen dann so sehr, dass der Rheinländer für den Umzug sorgte. Wenigstens dieser Schritt wird in seiner Organisation mittlerweile akzeptiert.

Somit stoßt der Modernisierer immer wieder auf Granit. Nie wurde das so deutlich wie beim Gewerkschaftstag in Berlin, als Heesen lediglich 65 Prozent der Delegierten Stimmen erhielt – und das, obwohl weit und breit kein anderer Beamtenlobbyist so viel Charisma und rhetorische Brillanz besitzt. Als Desamer hat der baden-württembergische Landesbundchef Volker Stich das Wahlergebnis empfunden. Der DBB samt Tarifrunde sei keine einheitliche Organisation mehr. Es gebe einen tiefen Bruch. „Ein großer Teil, der nicht die Mehrheit ist, steht nicht mehr hinter der Linie des Bundesvorsitzenden“, sagt Stich.

Die Spannungen sind vielfältig: Vor allem die Verlobung mit Verdi zur Tarifrunde irritiert die Traditionsisten. Ein „gutes Dornel“ mache da nicht mit, so dass die Kooperation ein Konfliktpotenzial bleiben werde, sagt Stich. Die Beschädigung des Chefs bezeichnet er als „Katastrophe“. Wenn er die Stimmen, die aus

seinem Landesverband gekommen seien, abzöge, werde das Wahlergebnis noch schlimmer. „Das heißt: wir haben eine echte Krise.“

Dass am Tag danach dennoch fast alle Delegierten stehend applaudierten, wertete Stich als Signal an Heesen. Man sei zwar mit ihm an einigen Stellen nicht einverstanden, vorwiegend aber nicht die Gefolgschaft. Eiliche Funktionäre hätten sich zudem gefragt, was folge, wenn sie nicht in die Lobeshymnen einstimmen. Stich: „Unser Bundesvorsitzender ist ein sehr starker Vorsitzender, der seine Instrumente einsetzt – das wissen alle.“ Genau dies hatte Heesen schon kurz nach der Schlappie angedeutet. Er kenne seine Kritiker, gratulierte er. Nun müsse er nicht mehr dieselbe Rücksicht nehmen wie bisher – das sei auch eine tolle Perspektive.

Im Ringen um Einfluss und Finanzkraft verdeckt Heesen mit intellektuellem Witz und Charme seinen Drang zum Zentralismus. Keineswegs will er im Zuge der Föderalismusreform das Heft des Handelns an die Außenstellen abgeben. Die in Berlin beschlossene Organisationsreform stärkt zwar die föderalen Strukturen des DBB, doch sei etwas ganz anderes beabsichtigt gewesen, sagt Stich. Die Zukunft werde davon abhängen, ob Heesen jetzt eine neue Linie einschlägt, indem er die immer eigenständigeren Landesbünde miteinbezieht und in das Ganze integriere. Voraussetzung dafür sei, „dass er zuhört und die Argumente der Skeptiker ernst nimmt“. Sonst werde die Kritik nicht verhebben.

Heesen braucht einen Erfolg, doch die Spiel der Bundesinnenminister bislang nicht



Auch ein souveräner Chef wie Peter Heesen verliert im Beamtenbund mal den Durchblick. Foto: AP

mit Wolfgang Schäubles Entwurf für eine Dienststrukturreform hat die Beamtenvertreter enttäuscht, so dass sie auf Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren hoffen müssen. Etwas optimistischer schaut Heesen nach Jahren des Gürtel-enger-Schnallens der Besoldungsgründe entgegen. Auch weil die Lohnverhandlungen für die Beamten vom Erfolg der Verhandlungen für die Angestellten abhängt, sucht Heesen nun sein Heil im Tarifbereich.

Der Verbund mit Verdi verleiht Mut. Noch nie hat sich die DBB-Tarifunion so aggressiv gegeben. Warnstreiks könne es schon in der zweiten und dritten Verhandlungsrunde geben, sagte Heesen der „Welt“. Und falls die Schlichtung scheitert, werde es zu Arbeitsniederlegungen in Krankenhäusern, im Nahverkehr, bei Müllabfuhr und Bundesbehörden kommen. Der DBB-Chef hält auch einen Zweijahresabschluss für denkbar. „Es strömt Herrn Schäuble gewaltig, dass wir ein Jahr Laufzeit anstreben. Das bedeutet, dass wir im Januar 2009, im Jahr der Bundestagswahl, erneut verhandeln müssten.“ Er glaube nicht, dass die Politik dann schon wieder verhandeln wolle.

Heesen setzt voll auf Frank Bsieske. Trotz aller Bedenken der Seinen nennt er den Verdi-Chef einen verlässlichen Partner und Teamspieler – obwohl dieser unlängst von DBB-Mitgliedern als „Hilfstruppen“ gesprochen hat. „Da wird man kooperieren müssen“, versichert Heesen. Das habe man 2006 im Streit mit dem Ländern geübt: „Da haben wir fast jeden Freitagabend zusammengesessen, eine Arbeitskampszusammenkunft der Woche gemacht und neue Pläne gefasst.“ Am Ende sei ein neues Tarifrecht erzwungen worden. Auch für die neue Tarifrunde haben Heesen und Bsieske vereinbart, dass sie stets in „Vieraugenklause“ gehen, „wenn etwas Unüberbrückbares auf dem Weg zu liegen scheint“. Natürlich gebe es unterschiedliche Auffassungen, aber er sei fest vom Gelingen überzeugt. „Und wenn es nicht klappt, können wir den Vertrag jeden Tag auflösen.“

Stuttgarter Zeitung vom 08. Januar 2008

„Nicht alles über einen Leisten schlagen“

Innenminister verteidigt vor dem Beamtenbund die Privatisierung und erntet Hohn

Der Beamtenbund fordert eine Abkehr von der Privatisierungsstrategie im öffentlichen Dienst. Innenminister Wolfgang Schäuble will den Staatsbediensteten dabei nicht entgegenkommen und löst mit seinem Auftritt in Köln Irritationen aus.

Von Matthias Schiermeyer, Köln

Reden des Bundesinnenministers werden auf der jährlichen Beamtentagung stets mit Spannung aufgenommen. Was der oberste Dienstherr Anfang Januar verkündet, weist dem öffentlichen Dienst die Richtung. Dies gilt erst recht vor der Tarifrunde für die Angestellten von Bund und Kommunen, die am Donnerstag in Potsdam beginnt. Genau dazu wollte sich Innenminister Wolfgang Schäuble gestern lieber nicht äußern. Nur so viel: niemand bestreite, dass die Beschäftigten in den vergangenen Jahren ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet hätten. So versprach er „Augenmaß vonseiten der Arbeitgeber“. „Ich hoffe, dass wir bald zu vernünftigen Lösungen kommen“, sagte Schäuble.

Im Zentrum des Interesses stand das Thema „Staat oder privat?“, also das richtige

Verhältnis von staatlicher und privater Dienstleistung. Beamtenbund-Chef Peter Heesen hatte die Vorlage geliefert und betont: Deutschland sei in Europa Schlusslicht bei den Investitionen in öffentliche Dienstleistungen. „Wir machen unseren Staat künstlich leistungsschwach, und die Verantwortlichen für diesen Unfug sind aus Haushaltsgründen auch noch stolz darauf.“ Die immer wieder verkündete frohe Botschaft, dass eine private Leistung besser und billiger sei, suggeriere unheilvoll: öffentliche Dienstleistung ist schlecht und dazu noch teuer. Dennoch lehne die überwältigende Mehrheit der Deutschen weitere Privatisierungen nunmehr ab.

Schäuble hatte Mühe, darauf adäquate Antworten zu finden. Binnen 45 Minuten pendelte er zwischen immer wieder gleichen Thesen: Markt und Wettbewerb seien wichtige Ordnungselemente. Unterschiedliche Systeme müssten sich gegenseitig unter Legitimationsdruck setzen, und man dürfe nicht alle Lebensbereiche vereinheitlichen, mahnte der CDU-Politiker mit Blick auf weitere Privatisierungen. Die Notwendigkeit der Diversifizierung gelte auch für die Föderalismusreform sowie die Trennung von Tarif- und Beamtenbereich, an der es festzuhalten gelte.

„Es ist nicht alles über einen Leisten zu schlagen“, sagte Schäuble. Gut 16-mal, so eine Beamtenbund-Auswertung, wiederholte er sein Credo, andere Kernsätze ähnlich oft. Je mehr er sich im Gestrüpp seiner Ausführungen verhedderte, ohne Substantielles hinzuzufügen, desto größer wurde die Unruhe unter den 600 Zuhörern. Wohl noch nie hat ein Innenminister beim Beamtenbund höhnisches Gelächter und bissigen Beifall für jede neue Wendung seiner Thesen hervorgerufen.

Schäuble gestand ein, dass die Ausgliederung staatlicher Dienstleistungen stellenweise übertrieben worden sei, „doch wären wir in manchen Bereichen ohne Privatisierung nicht so erfolgreich gewesen“. Es gebe daher nicht den einzig richtigen Weg, sondern ein „immerwährendes Bemühen“ nach dem Motto „trial and error“ (Versuch und Irrtum), wie er immer wieder bekräftigte. Heesen sah sich gezwungen, die beim Minister entstandenen Missverständnisse auszuräumen: Dieser unterstelle zum Beispiel, dass der Beamtenbund Tarif- und Beamtenbereich zusammenführen wolle. „Wir sollten dies auch nicht unterschwellig diskutieren“, sagte er. „Die Beschäftigungssysteme sind verschieden, und sie müssen es bleiben.“

Schwäbische Post vom
18. Januar 2008

Sonderzahlungen gekürzt

Nach jahrelanger Abstinenz, was Gehaltserhöhungen betrifft, bekommt der brave Beamte im Januar 2008 sagenhafte 1,5 Prozent Gehaltserhöhung. Gleichzeitig wurden aber, was von den Damen und Herren Politikern auf kleiner Flamme gekocht und der Öffentlichkeit nicht großkotzig verkündet wurde, so genannte Sonderzahlungen gekürzt, so dass mir unter dem Strich (bei über zwei Prozent Inflationsrate) erbärmliche 0,3 Prozent Gehaltserhöhung bleiben. Man muss sich nicht wundern, dass es dem öffentlichen Dienst, unter anderem im Lehrerbereich in einigen Fächern, an erstklassigem Nachwuchs mangelt. Die Defizite sind jetzt schon erkennbar; die Gegenwart und erst recht die Zukunft wird von Schwätzern und nicht von Gehirnen dominiert.

Hubert Wagner, Bopfingen

Bitte vormerken:

Vertreter- versammlung 2008

des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.

**Montag, 22. September 2008,
in Stuttgart**

im Forum des gemeinsamen Gebäudes des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und der Landesbank Baden-Württemberg.

Kreisversammlungen Frühjahr 2008

Kreisverband Mannheim

Donnerstag, 10. April 2008, 18.00 Uhr
im Hafengebäude Mannheim (wie Vorjahr)
Einladung mit Tagesordnung folgt.

Kreisverband Reutlingen

Montag, 14. April 2008, 19.00 Uhr
Einladung mit Tagesordnung folgt.

Kreisverband Heilbronn

Mittwoch, 16. April 2008, 16.00 Uhr
mit Besichtigung des Kohlekraftwerks der ENBW
Einladung mit Tagesordnung folgt.

Kreisverband Esslingen

Freitag, 18. April 2008, 14.00 Uhr
mit Führung in Beuren
Einladung mit Tagesordnung zum gegebenen Zeitpunkt.

Frankfurter Allgemeine vom 21. Januar 2008

Streit im Deutschen Beamtenbund

Polizeigewerkschaft DPolG droht Bruch mit Verdi an

FRANKFURT, 20. Januar. Mit „großer Empörung und Enttäuschung“ hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) den Auftakt der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst vom 10. und 11. Januar in Potsdam zur Kenntnis genommen. Dies hob der DPoIG-Vorsitzende Rainer Wendt in einem Schreiben an die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) hervor; unter deren Dach sind 16 Landesbünde, 14 Bundesbeamtengegewerkschaften und 26 Bundesfachgewerkschaften zusammengefasst. Die DPoIG als eine der Bundesfachgewerkschaften im DBB mit zirka 80 000 Mitgliedern nimmt Anstoß an der „offenen und öffentlichen Beteiligung“ von Vertretern der – aus ihrer Sicht konkurrierenden – Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an der Potsdamer Verhandlungsrunde. Der

hend zu verändern“: „Dass aus den Mitteln des DBB die mediale Präsenz von direkten Konkurrenten der Vollzugs- und Lehrgewerkschaften gestärkt wird, ist völlig inakzeptabel.“ Sollte die Teilnahme von GdP und GEW bei den Tarifverhandlungen „nicht eingestellt werden können“, erwarte die Deutsche Polizeigewerkschaft die Einhaltung der von der DBB-Spitze gemachten Zusage, „für eine angemessene Präsenz der entsprechenden DBB-Fachgewerkschaften“ in Potsdam zu sorgen. Wendt drohte abschließend die Beantragung einer Sondersitzung des DBB-Bundesvorstandes an – mit dem Ziel, über eine sofortige „Beendigung der Zusammenarbeit mit Verdi“ zu entscheiden.

Im DBB sind eine Million Beamte und mehr als dreihunderttausend Tarifbeschäftigte organisiert, letztgenannte in der „DBB Tarifunion“. Deren Vorsitzender Frank Stöhr nahm in einem Rundschreiben vom 14. Januar an die DBB-Mitgliedergewerkschaften indirekt Stellung zu den Vorwürfen Wendts. Die Plätze in der „Sonderierungskommission“ hätten sich wie folgt aufgeteilt: „9 Personen Verdi, 4 Personen DBB Tarifunion, 1 Person GdP, 1 Person GEW“. Bei der Pressekonferenz habe auf Gewerkschaftsseite nur Bsirske für Verdi und Stöhr für die Tarifunion gesprochen; „Statements der Vertreter von GEW und GdP wurden nicht vorgesehen und sind auch nicht abgegeben worden.“

Darüber hinaus sei im Bundesvorstand und im Bundeshauptvorstand des DBB in den vergangenen Monaten „immer wieder“ darauf hingewiesen worden, dass „durch eine bestehende Vereinbarung zwischen Verdi, GdP und GEW auch die GdP und GEW an den Verhandlungen beteiligt werden“, was „keine Besonderheit in der Einkommensrunde 2008“ darstelle. „Die Forderung einer angemessenen Präsenz der DBB-Fachgewerkschaften im Polizei- und Lehrerbereich bei den Verhandlungen wird von uns im Rahmen der Möglichkeiten der Besetzung der Verhandlungsgremien der DBB Tarifunion umgesetzt.“ Überhaupt ist nach den Worten Stöhrs das „Zweckbündnis mit Verdi“ bisher positiv zu bewerten: „In der Öffentlichkeit ist der DBB über die DBB Tarifunion als eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung in einem Maße präsent, wie dies niemals zuvor geschehen ist.“ Jedenfalls wird Wendt, wie es aus dem DBB heißt, seine Bedenken wohl bis zum Abschluss der Tarifverhandlungen zurückstellen müssen.



Rainer Wendt,
Jahrgang 1957,
Bundesvorsitzender
der Deutschen
Polizeigewerkschaft
und Landesvorsitzender
in Nordrhein-Westfalen.
Foto Reuters

GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg und ein GEW-Mitglied durften während der anschließenden Pressekonferenz auf dem Podium sitzen. Damit seien „die schlimmsten Befürchtungen wahr geworden“, die von Kritikern jener Vereinbarungsabsprache geäußert worden seien, die der DBB-Bundesvorsitzende Heesen im Juni 2007 mit dem Verdi-Vorsitzenden Bsirske getroffen hatte.

Das Potsdamer „Szenario“ mit der Beteiligung von GdP und GEW sei – so schrieb Wendt – von der Bundesleitung des DBB „immer wieder vehement bestritten“ worden. Demgegenüber sei in vielen Sitzungen der Beamtenbund-Gremien die Hoffnung geäußert worden, dass die Vereinbarung Heesen/Bsirske dazu führen könnte, dass GdP und GEW „eher an den Rand der Verhandlungen gedrängt“ würden. Jetzt sitzen sie in Augenhöhe mitten im Zentrum und „feiern“ diesen Erfolg auch öffentlich. Die DPoIG fühlt sich von der Bundesleitung des DBB getäuscht.

Wendt forderte die DBB-Bundesleitung auf, „den gegenwärtigen Zustand umge-

Stuttgarter Zeitung vom 21. Januar 2008

Behördenchefs sollen künftig Beamte entlassen dürfen

Land will Disziplinarrecht verschärfen – Gerichte verlieren Kompetenz – Verbände warnen vor Klima der Einschüchterung

STUTTGART. Beamte sollen für Dienstvergehen künftig einfacher und schneller bestraft werden. Doch die geplante Reform des Disziplinarrechts geht wichtigen Kritikern zu weit: Es drohe Missbrauch, wenn die Behördenleiter alleine zuständig seien.

Von Andreas Müller

Heribert Rech (CDU) gönnte sich reichlich Eigenlob. „Wir nutzen den Schwung der Föderalismusreform für eine echte Reform des Disziplinarrechts“, schwärmte der Innenminister im vorigen Juli. Der Gesetzentwurf aus seinem Haus sei ein „gelungenes Beispiel für Deregulierung“ und gehe über die Regeln im Bund und anderen Ländern „sichtbar hinaus“. Schon nach der Sommerpause solle er in den Landtag eingebracht werden.

Da hat sich Rech wohl etwas verrechnet. Inzwischen ist Winter, und die Novelle hat noch nicht einmal das Kabinett passiert; für die Beratung im Landtag gibt es bis jetzt keinen Termin. Länger als erwartet sitzen die Fachleute des Innenressorts nämlich über den Ergebnissen der Anhörung. Der Grund: gewichtige Verbände und Gewerkschaften können die Begeisterung des Ministers nicht recht teilen. Was er als „gegenständige Lösung“ lobt, kritisieren sie als bedenkliches Alleingang des Landes.

Im Ziel sind sich alle einig: die Disziplinarverfahren gegen Beamte, die ein Dienstvergehen begangen haben, müssen einfacher und

schneller werden. Zu viele Verwaltungsbeinen seien derzeit daran beteiligt, zu lange könne man sie herauszögern. Schluss sein soll mit den aufsehenerregenden Einzelfällen, wo längst suspendierte Staatsdiener noch jahrelang ihr Salär beziehen, weil sie gerichtlich gegen ihre Entlassung aus dem Dienst vorgehen. Rund 1,4 Millionen Euro musste das Land im Jahr 2006 für sie zahlen – herausgeschmissenes Geld.

Doch über den richtigen Weg zum Ziel gehen die Ansichten auseinander. Zentraler Punkt in Rechs Konzept ist eine Verlagerung der Kompetenzen. Bisher durfte der Dienstherr nur leichtere Vergehen selbst ahnden. Gravierende Disziplinarmaßnahmen wie Kürzung von Gehalt oder Pension, Zurückstufung oder gar Entlassung blieben dem Disziplinargericht vorbehalten. Zuvor musste der Sachverhalt durch einen weisungsunabhängigen Untersuchungsführer ermittelt werden, der aus einer anderen Behörde kam als der Betroffene.

Künftig soll die gesamte Verantwortung, also auch für schwere Fälle, bei den Dienstvorgesetzten liegen. Wie bei der geplanten Dienstrechtsreform will das Innenministerium damit die Behördenleiter vor Ort stärken. Sie sollen das Verfahren einleiten, durchführen und abschließen – gegebenenfalls auch mit einschneidenden Sanktionen. Die Verwaltungsgerichte können nur noch dann ins Spiel, wenn Beamte gegen die Bestrafung klagen. Jahrelang Gehalt fürs Nichtstun soll es ebenfalls nicht mehr geben: Wird die Entlassung gerichtlich bestätigt, müsste das

Geld komplett zurückgezahlt werden. Mit diesem „sehr progressiven Entwurf“, brüsst sich das Innenministerium, setze man sich an die Spitze der Bundesländer.

Bei der Anhörung gab es laut einem Sprecher viel Zuspruch: Die kommunalen Landesverbände, der Richterbund oder der Bund der Kriminalbeamten hätten die Novelle begrüßt. Andere Organisationen machen nach StZ-Informationen dagegen massive Bedenken geltend – so der Beamtenbund, die Gewerkschaften, die CDU-Arbeitnehmer und, besonders gewichtig, die Verwaltungsgerichte. Ihre Kritik zielt nicht auf Details, sondern auf die Kernpunkte der Reform. Durchgehender Tenor: die Rechte der Betroffenen könnten zu sehr geschmälert werden.

Auf größte Vorbehalte stößt bei den Verbänden, dass die Dienstvorgesetzten künftig alleine zuständig sein sollen. Damit steige „die Gefahr eines Missbrauchs der Disziplinarbefugnis“, warnt Volker Stich vom Beamtenbund. Dies gelte besonders für missliebige Kollegen, die wegen berechtigter inhaltlicher Einwände bei ihrem Chef in Ungnade gefallen seien. Es dürfe „kein Klima der Einschüchterung“ entstehen. Auch die Gewerkschaft Verdi fürchtet, dass Konflikte in einer Dienststelle über das Disziplinarrecht künftig „un-sachgemäß oder unverhältnismäßig hart“ gehandelt werden könnten. Mit der Abschaffung des Untersuchungsführers fehle der „neutrale Blick von außen“. Vor allem kleinere Behörden könnten mit der neuen Kompetenz überfordert sein, warnt auch Christian Blumler von den CDU-Arbeitnehmern.

Für einschneidende Maßnahmen sollen nach Meinung der Verbände weiterhin die Gerichte zuständig bleiben. Dabei gehe es schließlich um „Eingriffe in das verfassungsrechtlich geschützte Alimentationsprinzip und das Lebenszeitprinzip“, argumentiert etwa der Beamtenbund-Chef Stich. Rückendeckung bekommt er vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg, der die Stellungnahmen der Verwaltungsgerichte gebündelt hat. Das Aus für die Disziplinarergreifung des Gerichts sei „ein verfassungsrechtliches Wagnis“, heißt es in der VGH-Stellungnahme; man beuge sich hier auf „dünnem Eis“. Zudem kritisieren die Richter, dass künftig nur noch ein Verwaltungsgericht, Stuttgart, für Disziplinarfälle zuständig sein soll. Dies widerspreche der bisherigen Linie der Justiz, weite Wege zu vermeiden.

Für nicht genug durchdacht halten die Kritiker auch die Absicht, die während eines Prozesses bezahlten Bezüge zurückzuführen. Entlassene Beamte könnten nämlich aus rechtlichen Gründen für diesen Zeitraum keine Sozialleistungen erhalten. Verdi hält die Rückzahlungspflicht deshalb für „sozial völlig inakzeptabel“.

In ihrer Grundforderung sind sich die Verbände einig: Das Land solle sich bei der Reform sehr viel stärker an der bewährten Rechtslage auf Bundesebene orientieren – jenen Regeln, die Innenminister Rech unbedingt übertreffen will. Sein vollmundiges Eigenlob über die Vorreiterrolle des Südwesens wäre freilich Makulatur, wenn er dem Ratschlag folgen würde.

Das Porträt

Oberndorf a. N. - eine Stadt im Aufbruch

Von Stadtrat Peter Wolf

Der 14. Juli 2005 kennzeichnet für die Stadt Oberndorf den Start in ein neues Verkehrszeitalter: Nach mehr als zwei Jahrzehnten, in denen die Oberstadt im Zentrum von Verkehrsplanungsstand, wurde die Wasserfall-Brücke, das Herz der neuen Oberstadtauf-fahrung, offiziell eingeweiht und in Betrieb genommen. Damit ist der wichtigste Großbaustein des Verkehrskonzeptes fertig gestellt, dessen Umsetzung neben den zahlreichen anderen bereits verwirklichten, unmittelbar vor der Realisierung stehenden und in den nächsten Jahren geplanten Infrastruktur-Maßnahmen die bereits hohe Attraktivität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Oberndorf noch weiter steigern wird. So prophezeite der Landrat des Landkreises Rottweil, Dr. Wolf-Rüdiger Michel, der Stadt eine blühende Zukunft: "In einigen Jahren wird man Oberndorf nicht wieder erkennen und dies in absolut positivem Sinne."

Oberndorf am Neckar, landschaftlich reizvoll zwischen Schwäbischer Alb und Schwarzwald gelegen, erstreckt sich auf drei Ebenen:

die Talstadt im Neckartal auf 450 Metern ü.NN, die historische Oberstadt mit ihrer mehr als 1200-jährigen Geschichte auf einer schmalen Kalktuff-Terrasse und die sich bis auf 750 Meter ü. NN ansteigenden Hochflächen links und rechts des Neckartals. In der Kernstadt sowie den Teilorten Aistaig, Altoberndorf, Beffendorf, Bochingen, Boll und Hochmössingen leben derzeit rund 14.700 Einwohner.

So schön sich Oberndorf dem Autofahrer präsentiert, wenn er die Serpentinien vom größten Stadtteil Lindenhof hinabfährt und sich ihm die Aussicht auf die von dichtem Grün umgebene Oberstadt mit der stadtbildprägenden, außen gerade renovierten evangelischen Stadtkirche, der imposanten katholischen Michaelskirche, den Villen aus der industriellen Gründerzeit eröffnet, - die Frau des künftigen Chefarztes der chirurgischen Abteilung des Oberndorfer Krankenhauses, eines Berliners, rief spontan bei diesem Blick aus: "Das ist es. Hier können wir uns wohl fühlen" - so deutlich tritt dabei auch die Verkehrsproblematik der Stadt zutage. Der gesamte Ost-West-Durchgangsverkehr mit stetig zunehmender Tendenz wälzt sich durch das enge Nadelöhr Oberstadt und damit durch die Innenstadt. Die Topographie der an steilen Hängen klebenden engen Kalktuff-

Terrasse erlaubt keine großräumige Umfahrung, die sich mit einem vertretbaren baulichen und kostenmäßigen Aufwand realisieren lassen würde.

Bereits im Jahre 1955 kamen Überlegungen auf, die Innenstadt durch eine Umgehungsstraße zu entlasten. Schon damals wurde eine zweispurige Verkehrsführung durch die Wettestraße sowie eine Trasse entlang des Wöhrds mit Einmündung in die heutige Lindenstraße angedacht. Die Umfahrung der Innenstadt stand auch in den kommenden Jahrzehnten immer wieder in der Diskussion, Visionen von großen Tunnel- und Brückenprojekten kamen auf, Trassen für eine großräumige Umgehungsstrecke der gesamten Oberstadt wurden geprüft: Allesamt stellten sie sich entweder als nicht realisierbar oder viel zu teuer heraus. Mitte der 80er Jahre traten Stadtverwaltung und Gemeinderat in eine konkrete Planungsphase ein. Die zunächst favorisierte Hang-Trasse am Wöhrd und Mühlberg entlang mit Einmündung beim Wasserfall in die L 415 wies zwei schwerwiegende Schwachpunkte auf: Zum einen hätte die Straße das direkte Einzugsgebiet des Oberndorfer Wasserwerks am Mühlberg angeschnitten. Zum anderen zeigte sich, dass die geschätzten Kosten von mehr als zehn Millionen Mark (Anfang der

90er Jahre) eine Realisierung dieses Projektes nach hinten hinausgeschoben hätte, ein Provisorium hätte die Zeit bis zur Verwirklichung überbrücken sollen. Ein Oberndorfer Bürger, ein Architekt, und ein Stadtrat entwickelten dann fast gleichzeitig die Vorstellung, die Umgehungsstraße von der Wettestraße (zweispurig) am Wöhrd entlang und dann über eine Brücke zur Lindenstraße zu führen. Die Idee von der Wasserfallbrücke war geboren und wurde planerisch bis zur Realisierungsreife weiterentwickelt. Als das Land dann noch grünes Licht für die Aufnahme des Projekts in die GVFG-Förderung gab und der Gemeinderat zustimmte, die notwendigen Komplementär-Mittel unter anderem für den Erwerb notwendiger Grundstücksflächen bereitzustellen, war die Finanzierung gesichert und der Realisierung des Millionen-Projektes stand nichts mehr im Wege. Das Land fördert die auf rund 6,8 Millionen Euro veranschlagten Gesamtbaukosten für die Oberstadttumfahrung mit etwa 4,7 Millionen Euro.



Am 24. Juli 2003 gaben der Oberndorfer Bürgermeister Hermann Acker, der Freiburger Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern-Sternberg und Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel mit dem ersten Spatenstich den Startschuss für den Beginn der Bauarbeiten an der Wasserfallbrücke, die den Wöhrd im hinteren Teil überquert und auf der Höhe der Wasserfallhalle in die Lindenstraße einmündet.

Gemeinderat und Verwaltung verfolgten mit der Oberstadttumfahrung zwei Ziele: die verkehrsmäßige Entlastung der Innenstadt und vor allem eine städtebaulich auf die Zukunft gerichtete Fortentwicklung der Oberstadt. Kommunalpolitiker wie Stadtverwaltung waren sich von Beginn an bewusst, dass die neue Trassenführung enorme städtebauliche Chancen und Möglichkeiten für die Oberstadt eröffnete: Die vom Durchgangsverkehr befreite Hauptstraße kann nun einschließlich des bisherigen Knotens Obertorplatz endlich zu einer attraktiven Straße umgestaltet werden, die zum Bummeln und Aufhalten einlädt. Der Wöhrd, bislang eine grau-schwarze, als Parkplatz genutzte Fläche, lässt sich im Dreiklang mit der Neugestaltung des Übergangs vom Schuhmarkt beziehungsweise Ledermarkt zum Obertorplatz, dem so genannten Teich, und dem neuen Obertorplatz durchaus zu einem städtebaulichen Schmuckstück mit hoher Qualität umwandeln. Auch das Land erkannte den dringenden Sanierungsbedarf im Bereich des Ge-

biets Wöhrd/Wasserfall und stellt der Stadt Oberndorf Sanierungsmittel in Höhe von gut 1,6 Millionen Euro zur Verfügung. Um diese Zielsetzung konsequent zu verfolgen, lobte die Stadt auf Anregung des Bürgermeisters im Jahr 2001 einen städtebaulichen Ideen-Wettbewerb für die Neugestaltung und Sanierung des Gebiets Wöhrd/Wasserfall aus, der unter deutschen und europäischen Architekten ein riesiges Interesse auslöste. Sage und schreibe 557 Architektur- und Planungsbüros aus ganz Europa bewarben sich. Neben acht gesetzten Architekten wurden Anfang Juni 2003 aus diesen Bewerbungen weitere 32 Büros zugelost, die bis zum Herbst 2003 für das rund vier Hektar große Areal eine städtebauliche Konzeption erarbeiten mussten, die die Chance einer städtebaulichen und verkehrlichen Neuordnung nach Verlegung der Durchgangsstraße aufgreift und das westliche Entree zur historischen Altstadt von Oberndorf neu definiert. Ziel ist eine Integration des Wettbewerbsbereichs in das Innenstadtegefüge mit der Platzfolge Hafenmarkt, Ledermarkt, Wöhrd. In der zehnstündigen Sitzung der fachlich hochkarätig besetzten Jury - unter anderem wirkten Professor Carl Fingerhut aus Zürich, Professor Helmut Raff aus Tübingen, Jorunn Ragnarsdóttir (Stuttgart/Karlsruhe), Ursula Hüftlein-Otto aus Stuttgart und Angela Bezzenberger aus Darmstadt mit - schälten sich die beiden Entwürfe des Berliner Architektenteams Michael Schrölkamp & Landschaftsarchitektin Rita Mettler und der Arbeitsgemeinschaft aus dem Oberndorfer Architekturbüro Dietrich Hopf & Bettina Pfäffle sowie des Stuttgarter Architekten Wolfgang Vögele sowie von Landschaftsarchitekten Gesswein, Henkel & Partner als diejenigen städtebaulichen Konzeptionen heraus, welche die eindeutig überzeugendsten und qualitativsten Lösungsvorschläge für diese Aufgabenstellung präsentierten. Die Entscheidung der Jury zugunsten der Berliner Architekten fiel mit 5:4 Stimmen dann auch denkbar knapp aus. Nachdem die Volksbank Schwarzwald-Neckar signalisiert hatte, mit dem Neubau eines Bankgebäudes als erster Investor den Startschuss für die Umsetzung des städtebaulichen Konzepts für die Neugestaltung des Wöhrds zu geben, sich dabei allerdings für den Hopf/Pfäffle/Vögele-Vorschlag entschieden hatte, stimmte auf Vorschlag der Stadtverwaltung auch der Oberndorfer Gemeinderat mehrheitlich dafür, als Grundlage für die weitere städtebauliche Entwicklung den Hopf/Pfäffle/Vögele/Gesswein-Entwurf zu verfolgen und in Zusammenarbeit mit dem Architektur-Büro die planerische Konzeption zu optimieren.

Nun ist bereits ein großes Stück auf dem Weg zur Realisierung dieser beiden, für die städtebauliche Entwicklung der Oberstadt richtungweisenden Projekte zurückgelegt. Die von der Arbeitsgemeinschaft Leonhardt, Andr und Partner entworfene Wasserfallbrücke aus dem Wettbewerbsbeitrag der Architektengemeinschaft Schrölkamp/Mettler ist fertig gestellt und offiziell dem Verkehr frei-

gegeben. Die Neugestaltung und Anpassung des Verkehrsknotens beim Entree zur Oberstadt, eingerahmt von dem Verlagsgebäude des Schwarzwälder Boten, dem Gymnasiumsgebäude sowie dem originellen Gebäude Mauerstraße 1, das die Jugendkunstschule beherbergt, ist weitgehend eine Landesmaßnahme. Damit kann dann auch der Verkehr zweispurig über die Wettestraße und die neue Wasserfalltrasse an der Innenstadt vorbei in die Lindenstraße geführt werden. Endlich, nach fünf Jahrzehnten der Überlegungen und Planungen, wird die enorme und stetig wachsende Blechlawine, die bislang tagtäglich durch die Innenstadt rollt, spürbar kleiner, die tonnenschweren Lkw, die nicht nur erheblich zu der unerträglichen Lärm- und Abgasbelastung beitragen, sondern auch zu Schäden an den Gebäuden führen, werden zumeist den deutlich schnelleren und kürzeren Weg über die neue Trasse nehmen, Bewohner der Innenstadt, Betreiber und Angestellte von Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben können im wahrsten Sinne des Wortes aufatmen. Die Oberstadt erhält eine hervorragende Chance zur Entwicklung völlig neuer Lebens- und Aufenthaltsqualitäten. Die Oberstadt ist für den Aufbruch in eine neue und bessere Zukunft gerüstet.

Die beiden großen Geldinstitute der Stadt, die Kreissparkasse Rottweil und die Volksbank Schwarzwald-Neckar zeigen mit Großinvestitionen, den Neubauten von zwei architektonisch herausragenden Bankgebäuden, dass sie Vertrauen in die Zukunft der Oberstadt und des Unterzentrums Oberndorf haben. Das neue Kreissparkassengebäude, entworfen von dem renommierten Rottweiler Architekturbüro Broghammer, Jana und Wohleber, ist bereits in Betrieb genommen, das Volksbank-Gebäude am Obertorplatz und damit am Entree zum Wöhrd, entworfen von den Oberndorfer Architekten Dietrich Hopf und Bettina Pfäfflin. Nach diesem raschen Start in die Umsetzung des städtebaulichen Konzepts für das Gebiet Wöhrd/Wasserfall hofft die Stadt, dass dies das Signal für weitere Investoren ist, auf diesem Weg weiterzumachen. Der künftige Stadtpark im hinteren Teil dieses Gebietes zeichnet sich in seiner Gestaltung mit der Offenlegung des Wasserfall-Bachlaufs zumindest andeutungsweise ab. So ist hier ein neues Quartier mit attraktiven, einladenden Freiflächen im Entstehen, das das Gesicht der Oberstadt verändern und prägen wird.

Mit dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf dem ehemaligen Jetter-Gelände im Neckartal schlägt die Stadt gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe. Zum einen kann das bereits lange nicht mehr den heutigen Anforderungen gerecht werdende, viel zu kleine und räumlich beengte Feuerwehrhaus durch ein modernes, dem heutigen technischen Ausbaustandard entsprechendes, funktionelles Gebäude ersetzt und von dem verkehrsmäßigen ungünstigen Standort in der Oberstadt verlegt werden, wobei dadurch auch noch ein brachliegendes, früher

von dem Baugeschäft Jetter genutztes Areal einer neuen Nutzung zugeführt wird. Zum anderen erhält die Oberstadt wieder Raum für eine städtebauliche Entwicklung im Bereich Spitalstraße/Pfalzstraße. So sind die Erweiterung des bestehenden Alten-Pflegeheimes und der Bau von altengerechten Wohnungen in der Planung. Das Quartier hinter der Kreissparkasse würde durch diese Neubauprojekte eine erhebliche Aufwertung erfahren.

Ein weiterer Eckpunkt in der Neugestaltung der Oberstadt ist die Sanierung des Gebietes um das frühere Druckhaus des Schwarzwälder Boten am Eingangstor zur Innenstadt in der Linie von der Kirchtorstraße bis zum Schuhmarktplatz, das nach dem Druckhaus-Neubau in Villingen-Schwenningen wieder einer attraktiven, innerstädtisch relevanten Nutzung zugeführt werden kann.

Großes Augenmerk schenken Stadtverwaltung und Gemeinderat der stetigen Verbesserung der so genannten weichen Standortfaktoren. Daher stehen unter anderem Investitionen in den Ausbau des Bildungsangebotes ganz weit vorne. Mit dem Schuljahr 2005/2006 hat in Oberndorf das erste Ganztages-Gymnasium im Landkreis Rottweil sein Angebot aufgenommen. Insgesamt wurden 1,5 Millionen Euro in den Erwerb und den Ausbau des evangelischen Dietrich-Bonhoeffer-Gemeindehauses für die Ganztages-Anforderungen investiert. Ganztagesbetreuung im Kindergarten auch für unter Dreijährige, Jugendmusikschule, Jugendkunstschule, Volkshochschule, Stadtbücherei sind neben den Grundschulen in den Teilorten, der Grund- und Hauptschule, der Ivo-Frueth-Förderschule sowie der Realschule in der Oberstadt weitere von der Stadt geförderte und gestützte Bildungseinrichtungen. Daneben unterhält der Landkreis Rottweil in Oberndorf Berufsschulen, eine Sprachheilschule und den Sprachheilkindergarten vor. In den vergangenen Jahren wurde auch das Kulturangebot erheblich erweitert, wobei die ehemalige Augustiner-Klosterkirche nicht nur einer der schönsten Konzert- und Ausstellungsräume im Landkreis Rottweil ist, sondern inzwischen auch von der Landesregierung für diverse hochkarätige, landesweit bedeutende Veranstaltungen entdeckt worden ist.

Die Stadt Oberndorf will in absehbarer Zeit aber noch einige andere zukunftsweisende Aufgaben anpacken.

Oberndorf - eine Stadt im Aufbruch in die Zukunft: Die Weichen sind gestellt, zahlreiche wichtige Projekte sind schon realisiert oder in der Realisierung, andere Projekte sollen noch in diesem Jahrzehnt angepackt werden. Oberndorf ist bestens dafür gerüstet, die Herausforderungen, die an ein modernes Unterzentrum sowie einen attraktiven Wirtschafts- und Industriestandort gestellt werden, zu bestehen. Oberndorf - eine Stadt, in der es sich gut leben und arbeiten lässt.

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

"Wir sind ein Kompetenzzentrum der besonderen Art"

Auftaktveranstaltung des "studium generale" an der Kehler Hochschule



Der Vorsitzende des Hochschulrates selbst übernahm das Referat bei der Auftaktveranstaltung des neuen "studium generale" an der Kehler Hochschule für öffentliche Verwaltung. Oberbürgermeister a. D. Stefan Gläser, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, zeigte dabei in der voll besetzten Aula die Rolle der kommunalen Landesverbände als Mittler zwischen Kommunen und der Landespolitik auf. Das "studium generale" steht unter dem Titel "Verwaltung, Politik und Wirtschaft im Gespräch". Referenten sind hochkarätige Gastredner.

"Suchet der Stadt Bestes", mit diesem biblischen Zitat startete Gläser dabei zunächst einen historischen Überblick über die Entstehung von Städtebünden. Entscheidende Bedeutung maß er dabei der Städteordnung des Freiherrn vom Stein zu, die im kommenden Jahr zweihundertstes Jubiläum feiere. Hier sei fixiert worden, dass die Bürgerinnen und Bürger aus allen Ständen, Gruppen und Schichten die Geschicke der Stadt selbst in die Hand nehmen würden. Daraus sei ein einzigartiges Recht der Verwaltung der Städte durch sich selbst entstanden. Kommunalpolitisches Leben habe sich entwickelt. Bei der Gründung des deutschen Städtetages im Jahr 1905 sei denn auch betont worden, dass es diesem Verband nicht nur um das Repräsentieren, sondern auch um die Einflussnahme gehe. Gläser unterstrich die Bedeutung des Südwestens der Republik bei der Entstehung des Deutschen Städtetages. Bereits 1873 hätte sich in Karlsruhe ein sogenannter "Städteausschuss" organisiert.

Nach dem zweiten Weltkrieg sei in der Landesverfassung dann das Recht der Kommunen zur Stellungnahme im Gesetzgebungsverfahren fixiert worden. Nach Artikel 71, Absatz 4, müssen die Kommunen im politischen Gesetzgebungsprozess konsultiert werden. "Das politische Gewicht des Städtetages ist deshalb sehr groß", so Gläser. Derzeit verfüge der Städtetag Baden-Württemberg über 177 Mitgliedskommunen und vertrete damit über sechs Millionen Einwohner. Besonders in Baden und speziell in Südbaden seien viele Gemeinden Mitglied. Zu den Aufgaben des Städtetages gehöre die Vertretung der Städte gegenüber dem Landtag und den Ministerien in Baden-Württemberg. Auch zu den Parteien im Bundestag würden intensive Kontakte gepflegt. Und mit den baden-württembergischen Abgeordneten im EU-Parlament treffe man sich regelmäßig. Des Weiteren erhielten die Mitglieder regelmäßig Informationen und Hinweise zu aktuellen Gesetzentwürfen. Die Städte seien zu Recht ein ganz wichtiger Gesprächspartner der Landesregierung, schließlich müsse fast jedes Gesetz in der Kommune umgesetzt werden. "Die Kommunalen Verbände sind keine bloßen Interessenvertreter, sondern neben Bundestag und Bundesrat eine der drei Säulen des Staates und damit Garanten der Selbstverwaltung", so Gläser. Der Städtetag Baden-Württemberg sei deshalb auch bei den anstehenden Beratungen zur Dienstrechtsnovellierung, zum Betreuungsgeld oder zur Gesundheitsreform ein verlässlicher Impulsgeber und zäher, aber fairer Verhandlungspartner. "Wir sind ein Kompetenzzentrum der besonderen Art", so Stefan Gläser zum Abschluss.

Nächster Referent des "studium generale" der Kehler Hochschule wird im Januar der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech sein.

Bürger und Staat im Spannungsfeld

Innenminister Rech referiert an der Kehler Hochschule

"Deutschland braucht eine Stärkung der bürgerschaftlichen Leitidee um in einer globalisierten Welt besser aufgestellt zu sein". So das Fazit des baden-württembergischen Innenministers Heribert Rech in seinem Vortrag im Rahmen des studium generale an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl. "Was kann der Staat, was müssen die Bürger in Zukunft leisten?" war die Fragestellung und der Ausgangspunkt der Rede in der mit Studierenden, Professoren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern voll besetzten Aula.

"Wenn wir uns mit dieser zentralen Frage auseinandersetzen, ringen wir um Antworten und Lösungen, die darüber entscheiden, welchen Staat wir unseren Nachkommen hinter-

lassen und welche Gestaltungsmöglichkeiten wir den nachfolgenden Generationen lassen". Rech warnte vor diesem Hintergrund davor, den Staat und seine Bürger zu überfordern. Die Bürger wünschten sich zwar einen starken Staat. Dieser dürfe aber die Bürgerinnen und Bürger nicht in ihren Möglichkeiten des eigenverantwortlichen Handelns einschränken. "Deshalb müsse der Staat vom Bürger her gedacht und vom Bürger her gemacht werden und von unten nach oben aufgebaut sein. "Subsidiarität ist der Schlüssel", so der Innenminister. Eine größere Einheit müsse immer nur das regeln, was die jeweils kleinere Einheit nicht mehr erledigen kann. Die Zukunft gehöre aber den kleinen und überschaubaren Einheiten. "Deshalb bin ich ein leidenschaftlicher Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung in Baden-Württemberg". Darauf begründe sich der Erfolg des Landes. Der Staat müsse sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und durch Schuldenabbau wieder handlungsfähig werden. "Die Verpflichtung des Staates zum Sparen und die Aufgaben, die er erfüllen muss: Dieser Spagat beschreibt das Spannungsfeld zwischen Bürger und Staat", so Rech. Während Baden-Württemberg aufgrund einer Personalquote von 43 % zu Personaleinsparungen gezwungen sei, forderten Bürger mehr Sicherheit durch Polizeibeamte und mehr Lehrer für ihre Kinder. Für den Innenminister sind dies zwar durchaus nachvollziehbare Forderungen, gleichzeitig sieht er in den Erwartungen der Bürger den Knackpunkt. Mehr Polizeibeamte versprechen zwar kurzfristig Erfolg, die Personalschraube würde sich aber gleichzeitig ins Unendliche weiter drehen.

Ein Prozess des Umdenkens müsse einsetzen, um die Bereitschaft zu sozialem und gesellschaftlichem Engagement wieder erstarren zu lassen. Der Sozialstaat dürfe den Bürgern nur diejenigen Risiken abnehmen, die diese allein nicht tragen könnten. Mehr als die Herstellung der Gleichheit der Chancen sollte dem Staat nicht abverlangt werden. "Wenn heute von mehr Eigenverantwortung der Bürger die Rede ist, so muss dies in meinen Augen vor allem bedeuten, die Bereitschaft zu stärken, sein Schicksal und seinen Lebensweg wieder selbst in die Hand zu nehmen". Man könne in Deutschland von staatlicher Seite nicht 80 Millionen Einzelfällen immer gerecht werden. Der Sozialstaat könne halt nur geben, was der Abgabenstaat zuvor genommen habe. Der Dienst am Gemeinwesen werde zunehmend zu einer unverzichtbaren Bedingung für den Zusammenhalt unserer globalen Gesellschaft. "Ohne Bürger ist kein Staat zu machen", so Rech.



Kehler Studierende zur Ader gelassen

Blutspendeaktion ein voller Erfolg

Die Fachhochschule Kehl hing buchstäblich am Tropf. 111 Spendenwillige hatten sich bei einer erstmals in Zusammenarbeit mit dem Blutspendedienst des Deutschen Roten Kreuzes durchgeführten Aktion im Foyer der Hochschule eingefunden. "Dies ist ein Riesenerfolg", so Hans-Peter Reiß, Organisationsreferent des Blutspendedienstes Baden-Württemberg - Hessen. Es gab lediglich 14 Rückstellungen, das heißt, insgesamt 97 Blutspenden konnten genommen werden. Erfreulich die Zahl der Erstdspender: 41 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ließen sich erstmals Blut abzapfen. "Der Ablauf war überaus harmonisch, es gab geringe Wartezeiten und die gute Stimmung unter den Studierenden beeindruckte das ganze Team des DRK", so Reiß. Erstmals wurde direkt an der Kehler Hochschule ein Blutspendetermin durchgeführt. Dafür wurde extra das Foyer umgestaltet. Anmelde- und Ruhezeiten wurden eingerichtet, ein Hörsaal diente als Entnahmestation und in der Cafeteria wurde für ein Vesper ge-



sorgt. Neben den vielen Studierenden meldeten sich auch zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschule, allen voran Rektor Prof. Paul Witt an. "Wir hatten Spender aus ganz Baden-Württemberg. Viele wären in ihren Heimatorten wohl kaum zur Blutspende gegangen", bilanzierte Hans-Peter Reiß. Die hervorragende Resonanz sei besonders erfreulich, da bei manch öffentlichen Blutspendeterminen in der Region ein rückläufiger Trend zu verzeichnen sei. "Die Aktion, die von der Studierendenselbstverwaltung und dem Allgemeinen Studierenden-ausschuss tatkräftig unterstützt wurde, zeigt einmal mehr das soziale Engagement der Studierenden an der Kehler Hochschule für öffentliche Verwaltung" so der Kanzler der Hochschule, Arnold Heitz. Im nächsten Jahr soll die Aktion wiederholt werden.

Kommunen werden durch ein Ökokonto flexibler

Vortrag zum Umweltmanagement im Forum Zeitfragen der FH Kehl

"Die Kommunen in Baden-Württemberg werden bei der baurechtlichen Eingriffsregelung flexibler." Manfred Schmidt-Lüttmann von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz stellte in der jüngsten Veranstaltung des Forums Zeitfragen an der Kehler Hochschule für öffentliche Verwaltung das "Ökokonto als Chance eines neuen Instruments der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung" vor.

Das Projekt "Ökokonto in Baden-Württemberg" entstand 2002 aus dem Bedarf heraus, Rat suchende Kommunen bei der Abarbeitung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung und bei der Einrichtung eines Ökokontos zu unterstützen. "Bei den Kommunen herrschte damals große Rechtsunsicherheit, welche Maßstäbe sie bei der Beurteilung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung anlegen sollten", so Schmidt-Lüttmann. Das Baugesetzbuch selbst traf hierzu keine Aussagen und enthält auch keine Ermächtigung für eine untergesetzliche Regelung. Bei den 1.111 Kommunen des Landes Baden-Württembergs führte diese Situation zu vielen unterschiedlichen Bewertungs- und Ökokontomodellen. Eine einheitliche, rechtssichere Vorgehensweise fehlte. Zahlreiche Anfragen aus den Kommu-

nen erreichten die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz. Die Notwendigkeit einer stärkeren Harmonisierung wurde immer deutlicher. Aus dieser Situation heraus entstand das Modellprojekt Ökokonto. In einem dreijährigen Kooperationsprojekt, an dem sich 24 Modellkommunen, die kommunalen Landesverbände, weitere Verbände und Planer beteiligten, wurden in enger gegenseitiger Abstimmung Arbeitshilfen entwickelt und getestet. Durch das Ökokonto erlangten Kommunen einen Ausblick auf ein konsistentes Planungs- und Umsetzungssystem und Einheitlichkeit. "Vorteile eines Ökokontos sind angemessene Organisationsstrukturen, eine Verfahrensbeschleunigung, Gewinne, Verbesserung des Flächenmanagements und mehr Akzeptanz für Eingriffe und Kompensationsmaßnahmen". Zudem würde der Austausch von Flächen und Maßnahmen mit anderen Trägern problemlos möglich. "Es können Einsparungen von Entwicklungs-, Schulungs-, und Pflegekosten getätigt werden, es besteht Rechtssicherheit und Vergleichbarkeit wird geschaffen", so Schmidt-Lüttmann. Das Ökokonto gab es zunächst nur in der Bauleitplanung. Mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes im Januar 2006 soll das Ökokonto auch für den Außenbereich einsetzbar werden. Eine Rechtsverordnung hierzu tritt voraussichtlich Mitte dieses Jahres in Kraft.

Fachhochschule Ludwigsburg

Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel besucht die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Dritter Europäischer Hochschultag an der Hochschule Ludwigsburg



Fast 150 Gäste folgten dem Vortrag des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Erwin Teufel, den er am 07. Dezember 2007 an der Ludwigsburger Verwaltungshochschule präsentieren konnte. "Europa in eine bessere Verfassung bringen" - so lautet der Titel einer engagierten Rede des überzeugten Europäers, der nicht müde wird, für das Projekt eines vereinigten Europas zu werben. Er tritt aber auch für mehr Subsidiarität in der Europäischen Union ein. "Europa muss von unten nach oben gebaut werden". Im Gegenzug sollen die Befugnisse der EU in europäischen Belangen wie Sicherheit und Handel gestärkt werden, um gemeinsame Ziele auf internationaler Ebene besser durchsetzen zu können. Dass der Subsidiaritätsgedanke in der europäischen Politik inzwischen eine spürbare Relevanz erlangt hat, ist nicht zuletzt der Arbeit des früheren Ministerpräsidenten im Verfassungskonvent zu verdanken. Wichtige Aspekte der Verfassung sind in den Vertrag von Lissabon eingeflossen, der 2007 durch die Europäische Union verabschiedet worden ist.

Der Vortrag von Erwin Teufel ist der Höhepunkt des Europäischen Hochschultages, der zum dritten Mal durch die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, ausgerichtet werden konnte. Mit der jährlichen Veranstaltung präsentiert sich die Hochschule einer interessierten Öffentlichkeit, um deutlich zu machen, dass der Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement mit seinen Studierenden aus dem In- und Ausland über die Grenzen der Hochschulen in Ludwigsburg und Kehl hinauswirkt. Insoweit wird der Europäische Hochschultag unter der Federführung von Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp und der Koordination von Frau Diplom-Verwaltungswirtin Stephanie Forscht von den aktuellen Masterstudierenden geplant, organisiert und veranstaltet. Auch 2007 ist es gelungen, ein interessantes Programm zu realisieren.

Rektor Prof. Walter Maier eröffnet die Veranstaltung, indem er die Arbeit der Hochschule für das Thema Europa betont und zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft begrüßt, darunter den CDU-Landtagsabgeordneten Klaus Herrmann, den Senator h.c. Hans Beerstecher, den Oberbürgermeister der Stadt Bad Mergentheim, Dr. Lothar Barth, und den Bürgermeister der Stadt Gerlingen, Wolfgang Steng. Zudem werden Bürgermeister Hans Zellner, Vorsitzender des Verbandes der baden-württembergischen Bürgermeister, Prof. Dr. Naumov, Rektor der Wolga-Akademie in Saratov (Russland) und Frau Prof. Dr. Barz, Prorektorin der Evangelischen Fachhochschule Ludwigsburg, willkommen heißen. Ein weiteres Grußwort spricht Rektor Prof. Paul Witt von der Hochschule Kehl. Er legt dar, dass die beiden Hochschulen in Ludwigsburg und Kehl vor allem mit dem Masterstudiengang beweisen, dass sie in hervorragender Weise zusammenwirken können. Der Europäische Hochschultag bietet die ausgezeichnete Möglichkeit, über europäische Fragen in und mit der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Dr. Andreas Weber, Leiter des Bereichs Bildung der Landesstiftung Baden-Württemberg, referiert über "Europäische Herausforderungen und die Antworten der Landesstiftung". Als Herausforderungen thematisiert er die Globalisierung, die Arbeitswelt und die Integration. Die Antworten der Landesstiftung heißen Forschung und Entwicklung, Bildung sowie soziale Verantwortung und Kultur. In diese drei Bereiche lässt sich die Arbeit der Landesstiftung Baden-Württemberg gliedern. Mit dem Baden-Württemberg STIPENDIUM fördert die Institution, die seinerzeit durch die Landesregierung unter Ministerpräsident Erwin Teufel gegründet worden ist, Studierende im In- und Ausland, die ein Auslandsstudium absolvieren und trägt damit zur Internationalisierung des Hochschulstandortes Baden-Württemberg bei. Die Programmlinie Walter Hallstein fördert Studierende in europabezogenen Studiengängen sowie Studierende und junge Berufstätige in den MOE-Staaten, die in den Behörden Baden-Württembergs Praktika absolvieren wollen.

Prof. Dr. Gert Fieguth, Studiendekan des Masterstudiengangs in Kehl, stellt in seiner Präsentation das "European Network of Training Organizations for Local und Regional Authorities" vor. Es handelt sich dabei um eine Organisation, deren Ziel es ist, gewählte Vertreter und Mitarbeiter von Verwaltungen "so zu qualifizieren, dass sie ihre Verantwortung auf demokratische, legale, effiziente und effektive Weise erfüllen können." Im weiteren Verlauf stellt er dar, welche Vorteile mit einer Mitgliedschaft verbunden sein könnten.

Peter Martin von der Regionalvertretung der EU-Kommission in München erörtert das Generalthema der Veranstaltung Europa in Baden-Württemberg aus der Perspektive der europäischen Ebene. Die Münchner Vertre-

terung ist sowohl für Bayern als auch für Baden-Württemberg zuständig. Sie ist Ansprechpartner für Wirtschaft und Verwaltung sowie für die Bürgerinnen und Bürger. Zudem ist sie Anlaufstelle für die Medien der Region. In seiner interessanten Darbietung berichtet der Kommissionsvertreter über aktuelle europäische Politikfelder und Entwicklungen. Auf besonderes Interesse stoßen die Ausführungen über die Neuregelungen im europäischen Weinmarkt.

Dr. Alexandra Zoller, Leiterin des Referats Europapolitik im Staatsministerium betont in ihrem Vortrag "Baden-Württemberg in Europa", dass das südwestliche Bundesland in Europa wettbewerbsfähig ist. Mit vier Prozent Wirtschaftswachstum belegt Baden-Württemberg einen Spitzenplatz, noch vor dem Freistaat Bayern. Das Land hat große Europäer hervorgebracht wie z.B. Walter Hallstein und auch Erwin Teufel, der ein herausragender Botschafter seines Landes ist und durch seine Authentizität überzeugt. Im Rahmen des so genannten Europa-Pools hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren ein ausgezeichnetes Netzwerk innerhalb der Europäischen Union aufgebaut. Pro Jahr werden fünf bis acht Personen in die EU-Kommission, zum Europäischen Gerichtshof und in weitere europäische Institutionen entsandt.

Nathanael Manalt, Absolvent des Masterstudiengangs, ist im Jahre 2007 mit dem Hauptpreis der Europa-Union, Kreisverband Bodensee-Kreis, ausgezeichnet worden. In seiner prämierten Masterarbeit hat er die ökonomischen, politischen und juristischen Aspekte der europäischen Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt thematisiert. Er stellt das zurzeit auch für Baden-Württemberg sehr virulente Thema im Rahmen seiner Präsentation in Grundzügen dar. Mit der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie werden nationale Beschränkungsmöglichkeiten für das Engagement ausländischer Unternehmen deutlich reduziert. Zudem muss in den entsprechenden Genehmigungsverfahren eine deutliche Vereinfachung vorgenommen werden.

In der abschließenden Podiumsdiskussion geht es um die Bedeutung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts in der Europäischen Union, um die Möglichkeiten, aus Europa einen herausragenden Bildungsstandort zu machen und um konkrete Umsetzungsfragen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie im europäischen Vergleich.

Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

Aktuelle Termine:

Seminare
Kreisversammlungen
Kurstreffen

www.vdv-bw.de

Ethikreihe endet mit Highlight

Zum Abschluss der Ethikreihe "Was eigentlich heißt gerecht?" konnte die FH Ludwigsburg einen ganz besonderen Gast willkommen heißen. Frau Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, schilderte auf eindrucksvolle Weise die schwierige Rolle des Sozialstaates im Streben nach Gerechtigkeit.

Nach einem kurzen Rückblick über die Entstehungsgeschichte des Sozialstaates verdeutlichte Frau Dr. Hohmann-Dennhardt die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in Deutschland. Der wirtschaftliche Aufschwung führe zwar zur Erhöhung der Managergehälter, allerdings lebe immer noch eine Vielzahl von Menschen am Rande des Existenzminimums. Die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich immer weiter. Dies führe bei vielen Menschen zu einem oft unerträglichen Gefühl von Ungerechtigkeit. 85 Prozent der Bürger seien der Ansicht, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten Jahren stetig abgenommen habe. Der Sozialstaat sei mehr denn je gefragt. Seine Aufgabe bestehe im Hinblick auf das Grundgesetz darin, eine Balance zwischen Freiheit und Gleichheit herzustellen. Richterin Dr. Hohmann-Dennhardt ist der Ansicht, die Gleichheit würde momentan zu kurz kommen. Dies sei aus der hohen Jugendarbeitslosigkeit und den steigenden Armutsquoten ersichtlich. Auch die Einführung der Studiengebühren habe viele Träume platzen lassen. Auf der anderen Seite eröffne die Freiheit neue Wege. So habe sich die mit der Handelsfreiheit entstandene Globalisierung positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt - leider mit der Konsequenz, dass immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland verlagert würden. Neben der hohen Zahl an Arbeitslosen trage der demografische Wandel dazu bei, dass der Sozialstaat an seine Grenzen stoße.

Man stehe vor einer großen Herausforderung. Auf veränderte Lebenswelten müsse reagiert werden, neue Schwerpunkte seien zu setzen, die Art der Finanzierung gelte es zu überdenken. Bei alledem dürfe der Verfassungsauftrag für eine gerechte Sozialordnung nicht vergessen werden.

Die Worte von Frau Dr. Hohmann-Dennhardt sorgten in der anschließenden Diskussionsrunde für viel Gesprächsstoff. Es schien, als ziehe sich die Frage nach Gerechtigkeit wie ein roter Faden durch jede politische Entscheidung. So stellte jeder Zuhörer seinen ganz eigenen Bezug zum Thema her - in Form von Bäckerlöhnen, Pendlerpauschalen oder Erbschaftssteuern.

Ulrike Schüle

Letztmals Wahl des Wahlpflichtfachs und des Studiengangs

Zum letzten Mal hatten die Studierenden des Grundstudiums im Diplomstudiengang an

der FH Ludwigsburg die Wahl zwischen dem V- und W-Zweig und konnten sich für ein Wahlpflichtfach entscheiden. Eine Wahlmöglichkeit in dieser Form wird es zukünftig nicht mehr geben: Nach der Einführung des Bachelor-Studiengangs absolvieren alle Studierenden ein identisches dreisemestriges Grundlagenstudium. Daran schließt das Praxisjahr der Studierenden an, die danach im letzten Semester an den Hochschulen in einem Vertiefungsstudium ihre Kenntnisse in einem der von ihnen gewählten Schwerpunktbereiche Leistungsverwaltung, Ordnungsverwaltung, Wirtschaft und Finanzen, Personalorganisation und Informationsmanagement sowie Führung im öffentlichen Sektor/Kommunalpolitik erweitern.

Zurück zum letzten Jahrgang des Diplomstudiums: Gut vorbereitet durch schriftliche Informationen der Fakultät und insbesondere durch eine Informationsveranstaltung, an der die Professoren Fritz Hieber und Eberhard Ziegler, die Absolventen Nadine Reich (LRA Heilbronn) und Michael Dambacher (Stadt Stuttgart) sowie die Studierenden des Hauptstudiums Stephanie Penka und Saskia Möding mitwirkten, entschieden sich 62, 43% der Studierenden für den V-Zweig mit seinen eher rechtlichen Schwerpunkten in den klassischen Verwaltungsbereichen, während 38, 57%, der Studierenden für den mehr wirtschaftlich orientierten W-Zweig votierten.

Spannend war auch die Wahl zwischen den 17 angebotenen Wahlpflichtfächern. Favoriten der Studierenden waren hierbei das Wahlpflichtfach "Aktuelle polizeirechtliche Probleme" von Prof. Buchfink und Polizeioberst Lüddecke sowie das Wahlpflichtfach "Führen in Kommunen". An letzterem Wahlpflichtfach ist der Verband der Verwaltungsbeamten unter den Dozenten - Bürgermeister Jochen Müller, Bürgermeister Rudolf Hess, Prof. Eberhard Ziegler, Erster Landesbeamter Hans-Erich Messner und Hauptamtsleiterin Christine Falkenberg - besonders stark vertreten.

Folgende Wahlpflichtfächer wurden gewählt und werden im Studienjahr 2008/09 angeboten:

Umweltmanagement: Politische, wirtschaftliche und rechtliche Aspekte

Familienrecht im Arbeitsfeld Jugendamt - Beistandschaften, Pflgschaften, Vormundschaften

Gesellschaft im Wandel

Nachhaltigkeit durch Zuwanderung - Gesellschaft im Wandel

Aktuelle polizeirechtliche Probleme

Personalmanagement in Zeiten des organisatorischen Wandels aus sozialwissenschaftlicher und rechtlicher Perspektive, auch unter Berücksichtigung der Tarifrechtsform und künftiger Dienstrechtformen im öffentlichen Dienst

Führen in Kommunen

Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Werbung - kommunale Inhalte zielgerichtet vermarkten

Finanzmanagement in öffentlichen Gebietskörperschaften und ihren Unternehmen

Ausgewählte Probleme aus dem Wirtschaftsprivatrecht, der Vermögensverwaltung des Landes Baden-Württemberg und anderer öffentlich-rechtlicher Einrichtungen einschließlich der anwenderspezifischen EDV Personalentscheidungen in Betrieben und Verwaltungen

Private und betriebliche Risikoversorge

Sozialverwaltung im Wandel

Innovation, Führung und Management in Kommunen und öffentlichen Betrieben

Unternehmensführung in der öffentlichen Wirtschaft

Prof. Eberhard Ziegler

Hochschultag für Dienstfänger an der HVF Ludwigsburg

Für die Studierenden des Einführungshalbjahrs in der Fachpraxis, die im September 2007 die Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst begonnen haben und am 3.3.2008 ihr Bachelorstudium aufnehmen werden, fand am 16. Januar 2008 an der Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg die Einführungsveranstaltung statt. Der AStA hatte eingeladen, und rund 200 Interessierte waren gekommen. Rektor Prof. Walter Maier begrüßte die Studierenden und beglückwünschte sie zu ihrer Studienwahl im reformierten Bachelorstudiengang. Schon der bisherige Diplomstudiengang verschaffe glänzende berufliche Perspektiven - über 80 Prozent der Absolventen im September 2007 hatten bei der Staatsprüfung bereits eine Stellenzusage. Im Bachelorstudiengang wird die Berufs- und Kompetenzorientierung im Zusammenwirken von Fachtheorie und Fachpraxis noch verstärkt. Das Studienangebot wird durch die lernzielorientierte Modularisierung des Curriculums und durch die Einführung eines Leistungspunktesystems weiter verbessert. Prof. Maier hob auch die Vorzüge der Hochschule als Studienort hervor: Kleine Lerngruppen ermöglichen konzentriertes Arbeiten und gewährleisten einen intensiven Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden. Durch die Akkreditierung des Studiengangs und durch Evaluationen bei Studierenden und Professoren bleibe die hohe Qualität der Lehre gewährleistet.

Danach stellte Studiendekan Prof. Altpeter den neuen Bachelor-Studiengang "Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management" vor, der schon im Namen Tradition und Innovation miteinander verbinde. Der akademische Titel "Bachelor of Arts (B.A.)", der den "Diplomverwaltungswirt" ablöse, sei ein Kernpunkt des Bologna-Prozesses zur Schaffung leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse in Europa. Prof. Altpeter gab einen Überblick über das dreisemestriges Grundlagenstudium, die 14-monatige Praktikumszeit und das Vertiefungssemester am Ende des Studiums. Die Praktikumszeit findet in vier mindestens drei Monate dauernden Vertiefungsschwerpunkten

statt und wird von Arbeitsgemeinschaften im 14-tägigen Rhythmus begleitet. Drei Monate müssen grundsätzlich bei einer Ausbildungsstelle in einem anderen Bundesland oder einer anderen geeigneten Ausbildungsstelle in der Privatwirtschaft, bei einem Verband oder im Ausland absolviert werden.

Harald Gentsch, Geschäftsführer des Verbandes der Verwaltungsbeamten, bezeichnete in seiner Rede das Studienangebot der HVF als die "beste Ausbildung für den gehobenen Dienst in Deutschland". Als Chance zur Weiterqualifizierung nach dem Bachelorabschluss nannte er die Einführung eines Master-Studiengangs, der den Zugang zum höheren Dienst eröffne und ein schwieriges, aber erreichbares Ziel sei. Er empfahl den Studienanfängern den VdV als wirksame Interessenvertretung. Der AstA-Vorsitzende Tom Michael stellte die Studentenvertretung als Bindeglied zu Hochschulleitung, Fakultäten und Hochschulgremien mit wichtigen Mitspracherechten vor und forderte die neuen Studierenden zu engagierter Mitarbeit auf. Der Vorsitzende Martin Moore machte mit den Mitgliedern des StuRa und seinen Referaten bekannt, die mit Veranstaltungen, Festen, Sport und Reisen "mehr Pep" in das eher trockene Studentenleben bringen wollen. Marc Binder machte schließlich auf die Aktivitäten der Association of European Students in Public Administration (AESPA) aufmerksam, die sich die Pflege der Auslandsbeziehungen und Begegnungen zwischen Studierenden und Absolventen aus Europa im Bereich der öffentlichen Verwaltung auf die Fahnen geschrieben hat.

Nach der Plenumsveranstaltung hatten die Studierenden Gelegenheit, in "Schnuppervorlesungen" den Lehrbetrieb kennen zu lernen. Abgerundet wurde die Einführungsveranstaltung mit einem Empfang in der Cafeteria der Hochschule.

Florian Kunz

Neue Herausforderung gesucht

Ein Kollege, nach der Staatsprüfung vor 10 Jahren ausschließlich im EDV-Bereich eingesetzt, hat sich an uns gewandt.

Er möchte sich gerne verändern und sucht in den Räumen Heilbronn, Öhringen, Schwäbisch Hall, Ludwigsburg und Stuttgart eine neue Herausforderung.

Für ihn kommt eine Tätigkeit im EDV-Bereich in Frage.

Wir geben dies gerne unseren Beziehern der Verwaltungszeitung bekannt.

Die Daten des Kollegen sind bei uns abrufbar.

Harald Gentsch
Verbandsgeschäftsführer

Umschau im Land

Kreisverband Enzkreis

Wimsheim/Enzkreis. Im Mittelpunkt der turnusmäßigen Kreisversammlung des Kreisverbandes Enzkreis im Verband der Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg in der Sportgaststätte in Wimsheim stand dieser Tage die Ehrung langjähriger Verbandsmitglieder. Kreisvorsitzender Bürgermeister Karlheinz Schühle (Wimsheim) konnte zusammen mit dem Verbandsvorsitzenden Hans Reibold (Tübingen) den früheren Knittlinger Bürgermeister Otto Kübler, Konradin Albrecht (Ötisheim) und Kuno Trick (Pforzheim) für 50-jährige Verbandszugehörigkeit mit der Überreichung von Ehrenurkunde und Ehrennadel sowie eines Weinpräsenes auszeichnen. Für 40-jährige Mitgliedschaft wurden Reinhard Gerst (Knittlingen) und Manfred Läkemäker (Mühlacker) sowie für 25 Jahre Zugehörigkeit zum Verband Jasmin Häge, Karin Heugel (beide Ötisheim) und Sylvia Hartmann geehrt.

In seinem Rechenschaftsbericht rief Karlheinz Schühle zuvor die Aktivitäten des abgelaufenen Jahres nochmals kurz in Erinnerung, während der erst seit kurzem in einer Doppelspitze als Verbandsvorsitzender agierende Regierungsdirektor Hans Reibold die anwesenden Kolleginnen und Kollegen in ei-

nem Kurzreferat über aktuelle berufspolitische Themen informierte. Dabei zeigte er sich vom Ergebnis eines kürzlichen Spitzengespräch bei der Landesregierung überwiegend enttäuscht. Das Land versuche nach wie vor, seine finanziellen Probleme überwiegend zu Lasten des öffentlichen Dienstes zu lösen.

Als überaus erfreulich bezeichnete Karlheinz Schühle die Entwicklung bei den Mitgliedern im Kreisverband. 2007 konnte man einen Zuwachs von vier neuen Kolleginnen und Kollegen auf jetzt 146 Mitglieder verzeichnen. Auch das Durchschnittsalter mit 44 Jahren sei erfreulich und liege deutlich unter dem Landesdurchschnitt (48). Für das Jahr 2008 kündigte der Kreisvorsitzende wieder einige Aktivitäten an, so unter anderem verschiedene Besichtigungen und auch eine gemeinsame Wanderung.

Etlche Kolleginnen und Kollegen hatten vor der Kreisversammlung auch das Angebot des Wimsheimer Ortsobershauptes gerne angenommen, die seit rund einem Jahr in Betrieb befindliche Hagenschießhalle zu besichtigen und sich aus profunden Munde auch einiges an Hintergrundinformationen geben zu lassen.

Rudolf Haller



Bei der Kreisversammlung des Kreisverbandes Enzkreis im Verband der Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg wurden durch den Verbandsvorsitzenden Hans Reibold (rechts) unter anderem Otto Kübler, Konradin Albrecht und Kuno Trick (v.r.n.l.) für 50-jährige Mitgliedschaft im Verband der Verwaltungsbeamten geehrt. Links Kreisvorsitzender Karlheinz Schühle.

Foto: Haller

Kreisverband Heilbronn

Ein besonderes High-Light bietet in diesem Jahr die Kreisversammlung Heilbronn. Unser Kreisvorsitzender Kollege Thomas Müller konnte für den 16. April 2008 eine Besichtigung des Kohlekraftwerkes Heilbronn der ENBW organisieren, Beginn um 16.00 Uhr. Im Zusammenhang mit der Klima-Diskussion ein aktuelles Thema. Anschließend wird zu einem Abendessen eingeladen.

Unser Mitglied, Kollege Steffen Heinrich, ein Absolvent unserer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg, berichtet dann über seine Diplomarbeit mit dem spannenden Titel "Das Image der Beamten - langsam, lasch, langweilig?", bis dann Geschäftsführer Harald Gentsch die aktuelle beamtenpolitische Lage beleuchtet und die Ehrungen langjähriger Mitglieder gemeinsam mit Kreisvorsitzendem Thomas Müller durchführen wird.

Die Kolleginnen und Kollegen erhalten selbstverständlich noch eine schriftliche Einladung. Nur sollte der Termin bereits jetzt fest vorgemerkt werden.

Kreisverband Karlsruhe

Kreisversammlung mit Ehrungen

Die Mitglieder des Kreisverbands Karlsruhe trafen sich Ende November traditionsgemäß im "Kolpinghaus Karlsruhe" zu ihrer Jahresversammlung.

Da erst nächstes Jahr Neuwahlen des Kreisvorstands heranstehen, standen die Ehrungen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

25 Jahre Mitglied im Verband sind Jörg Buck, Klaus Eßig, Peter Hagen, Josef Heiler, Brigitte Kugler, Klaus Lippold und Brigitte Müller. Auf 40-jährige Mitgliedschaft können zurückblicken: Detlef Bickel, Manfred Ehret, Annedore Fischer, Werner Hupbauer, Reinhard Kurzawski, Ulrich Lange, Christel Hühle, Klaus-Dieter Scholz, Brigitte Weinmann, Heinz Woop und Franz Wirth. Sogar 50 Jahre im VdV sind dabei Erich Bamberger, Johann Dewald, Heinrich Dlapka, Klaus Gutknecht, Walter Schumacher und Wolfgang Sohns. Kreisvorsitzender Emil Imhof und Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch nahmen die Ehrungen vor und überreichten Ehrenurkunde, -nadel sowie ein Weinpräsent des Verbands. Leider konnten einige zu ehrende Kolleginnen und Kollegen aus zu respektierenden Gründen nicht teilnehmen und hatten sich deshalb entschuldigt. Die an der Anwesenheit verhinderten Mitglieder haben die Ehrenurkunde und -nadel inzwischen auch bekommen. Der Kreisvorsitzende Imhof dankte allen Geehrten für die vielen Jahre Treue zum Verband und wünschte ihnen vor allem Gesundheit und dass sie sich noch oft im Verbandskreise sehen und am verbands- und berufspolitischen Geschehen teilhaben können.

Kollege und Bürgermeister a.D. Harald Gentsch berichtete von den personellen Veränderungen an der Spitze des VdV und der funktionierenden Doppelspitze, die uns bis zum nächstjährigen Gewerkschaftstag erhalten bleibt. Sein Referat ergänzte er mit den bisherigen Auswirkungen der Förderalismusreform, bezogen auf Besoldung und Gesundheit, sowie sonstigen Änderungen, die Klein- und Vielspalterei auf der Länderebene - und somit auch im Bundesland Baden-Württemberg -, die vor allem Nachteile in unserem Bundesland mit sich bringen können und werden. Nachdem Baden-Württemberg, wie des Öfteren, trotz gesunder Finanzen Vorbildfunktion bundesweit sein will, sahen der Referent und auch die anwesenden Mitglieder eher nachteilige Auswirkungen im Landesrecht. So auch bei der Verlängerung der Berufsalterszeit auf 67 Lebensjahre.

Der Verbandsgeschäftsführer sprach auch die Notwendigkeit einer Bundesspitze im Deutschen Beamtenbund über die Deutsche Verwaltungsgewerkschaft und das Thema "Öffnung des Verbands im Angestelltenbereich" an., die vom Verbandsvorstand abgewogen beurteilt und langfristig gesehen werden. Auch Druck "von oben", wie er zur Zeit von der Bundes- und Landesspitze kommt, könnte unseren Verband nicht von seinem geraden und eigenständigen Kurs abbringen, stellten der Referent und auch der Kreis- und Bezirksvorsitzende klar.

Der Kreisvorsitzende Emil Imhof ging in einer Replik auf die Ausführungen des Verbandsgeschäftsführers Harald Gentsch ein und verstärkte diese, indem er den Personenkult des Vorsitzenden des BBW, auch bei Vorstellungen und Gesprächen mit den Landräten und

anderen Dienststellenleitern anlässlich der großen Verwaltungsreform, in sachlicher und inhaltlicher Hinsicht kritisierte und anhand von Beispielen darlegte. Das "Annäherungsspiel" mit dem DGB und verdi - selbst mit der Formulierung "wo immer möglich" erschien dem Kreisvorsitzenden Imhof dubios und kommt, wie Reaktionen von Mitgliedern zeigen, nicht gut an. Vorsichtige diesbüßliche Äußerungen seien angebracht.

Kreis- und Bezirksvorsitzender Emil Imhof und Vorstandsmitglied Harald Gentsch betonten, unser Verband müsse weiterhin Wert darauf legen, Interessenvertretung seiner überwiegend beamteten Mitglieder zu sein und im positiven Sinne Lobbyarbeit zu leisten.

Mit dem Dank für Teilnahme und rege Diskussion wurde die Kreisversammlung geschlossen.
Emil Imhof



Kreisvorsitzender Emil Imhof am Vorstandstisch bei den Ausführungen von Geschäftsführer Harald Gentsch



v.r.n.l.: stv. Kreisvorsitzender Wolfgang Engelfried, Jubilar Heinz Woop (40 Jahre), Kreisvorsitzender Emil Imhof, Jubilar Bürgermeister Klaus Dieter Scholz (40 Jahre), Jubilar Klaus Eßig (25 Jahre) und Geschäftsführer Harald Gentsch

Kreisverband Ravensburg

Verwaltungsbeamte im Kloster

Die Kreisversammlung 2007 des Kreisverbandes Ravensburg fand wiederum mit einer erfreulich großen Anzahl von Mitgliedern in gewohnt angenehmer Atmosphäre statt. Kreisvorsitzender Alfred Maucher konnte die Mitglieder auf Einladung der PH Weingarten in klösterlichen Gefilden willkommen heißen. Die Anfänge der pädagogische Hochschule gehen auf 1947 zurück. Sie hat sich vom pädagogischen Institut für die Lehrerausbildung hin zur Hochschule mit unterschiedlichen interdisziplinären Ausrichtungen in Lehre und Forschung entwickelt. Die Hochschule ist weitgehend in Räumen der Klosteranlage Weingarten untergebracht. In einem dieser Räume fand dann auch die Jahreshauptversammlung statt. Zur guten Tradition im Kreisverband Ravensburg gehört auch ein Rahmenprogramm. Dieses wurde dank der Hochschulverwaltung zu einem echten kulturellen Ereignis. Pater Nikolaus von den Benediktinern führte durch die bekannte Basilika Weingarten, in der die Heilig-Blut-Reliquie aufbewahrt und im Rahmen der größten Reiterprozession Europas jährlich verehrt wird. Pater Nikolaus erläuterte in sehr eindringlicher Weise die Bedeutung des Klosters und führte durch die sehenswerten, künstlerisch bedeutsame Basilika. Selbst für die altingesessenen Oberschwaben, denen dieses imposante Bauwerk vertraut ist, taten sich neue, interessante, sowohl geschichtlich als auch kulturhistorisch faszinierende Aspekte auf. Im Anschluss daran gab das langjährige Mitglied und ehemaliger Verwaltungsdirektor der PH, Hubert Kaiserauer, Einblicke in verschiedene repräsentative Räumlichkeiten des Klosters. Nach zwei geschichtsträchtigen und kulturgespickten Stunden widmeten sich die Verbandsmitglieder den gegenwärtigen verbandspolitischen Themen. Diese wurden vom Kreisvorsitzenden Alfred Maucher, vor allem aber auch vom Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch dargestellt und bewertet.

Vornehmlich die Vereinbarung des Beamtensyndikats Baden-Württemberg mit dem Land bezüglich Besoldungsentwicklung 2007, das neue Disziplinarrecht sowie Entwicklungen bei der Beihilfe und der Altersarbeitszeit (Pensionsgrenze) gaben Anlass zur Aussprache und Diskussion. Harald Gentsch wies daraufhin, dass der Verband sich vor allem in der Lobbyarbeit bewegt und auch durchaus erfolgreich ist. Allerdings kann dies nicht immer "publikums- oder werbeintensiv" wie bei anderen Interessensvertretungen "vermarktet" werden. Insofern ist es erfreulich, dass dennoch die Mitgliederentwicklung sowohl auf Kreisebene als auch im Land konstant gleichbleibend gut ist. Dies ist Voraussetzung, damit der Verband auf Landesebene gehört und seine Meinung auch im politischen Bereich immer wieder abgerufen wird. Um dem Nachdruck zu verleihen, sollten vor allem auch jüngere Kolleginnen und

Kollegen für die Verbandsarbeit sowohl passiv als auch aktiv gewonnen werden. Die anstehenden Wahlen bestätigten die Arbeit des Kreisvorsitzenden Alfred Maucher, der sich für das Vertrauen bedankte und versprach, sich auch weiterhin auf Kreisebene, aber auch in seiner Funktion als Vorstandsmitglied für die Verbandsinteressen einzusetzen. Ebenso bestätigt wurde sein Stellvertreter Peter Blank. Ihm gebührt vor allem der Dank für seine intensive Mitgliederwerbung im DZU. Nach einem angenehmen abschließenden Gedankenaustausch konnten Alfred

Maucher und Harald Gentsch zum Ende der Veranstaltung verdiente Mitglieder ehren und den Dank für langjährige Treue aussprechen:

Für 25 Jahre Mitgliedschaft: Anton Brauchle, Peter Depfenhart, Lothar Kleb

Für 40 Jahre Mitgliedschaft: Erich Gantner, Volmar Grumer, Roland Kugel, Norbert Kunze, Michael Linse, Rolf Reudanik

Für 50 Jahre Mitgliedschaft: Dieter Gmeinder, Hubert Kaiserauer, Horst Lang, Walter Marks, Bruno Rückgauer, Walter Sterk

Alfred Maucher



Kreisvorsitzender Alfred Maucher nimmt gemeinsam mit Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch die Ehrung langjähriger Mitglieder vor - von rechts Hubert Kaiserauer (50 Jahre), Volkmar Grumser (40 Jahre), Bruno Rückgauer (50 Jahre)

Kreisverband Reutlingen

Wir dürfen bereits jetzt darauf hinweisen, dass die nächste Kreisversammlung am Montag, den 14. April 2008, um 19.00 Uhr, stattfindet. Der genaue Ort liegt noch nicht

fest, wird jedoch mit der gesonderten Einladung noch rechtzeitig mitgeteilt.

Bitte merken Sie sich diesen Termin bereits jetzt fest in Ihrem Terminkalender vor.

Kreisverband Rottweil

Dienstrechtsreform des Landes wird auf den Weg gebracht

Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst wird neu geregelt - Besichtigung der Autosammlung Steim in Schramberg

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Rottweil Hans-Peter Grimm hatte zur dritten Veranstaltung in diesem Jahr nach Schramberg eingeladen. Die zahlreich erschienenen Mitglieder erlebten eine informative und kurzweilige Veranstaltung. Zunächst wurde die Autosammlung des früheren MdL Dr. Hans-Jochem Steim im Gewerbepark H.A.U. besichtigt, die alle begeisterte. Renate Hilser führte kenntnisreich durch die private Samm-

lung mit zurzeit 110 außergewöhnlichen Exponaten auf 3.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche, darunter ein Fünftel Leihgaben, die einen interessanten Querschnitt der Automobilherstellung der letzten 100 Jahre bilden.

Besondere Raritäten waren neben Feuerwehrfahrzeugen aus verschiedenen Epochen Kleinwagen der 50er und 60er Jahre und Zweiräder ehemaliger deutscher Fabrikate wie Maybach Zeppelin aus dem Jahre 1932 (jeder Maybach ist ein Unikat), der Original Adler-Le-Mans-Rennwagen von 1937 (er wurde nur dreimal gebaut), der 300er Adenauer-Mercedes aus dem Jahre 1959, er war das Dienstfahrzeug von Bundespräsident Heinrich Lübke, das älteste Modell der Aus-

stellung, der Ford N Runabout von 1907 und der Saxon Four Roadster, Baujahr 1915, im Originalzustand und auch fahrbereit.

Anschließend wurde um 18.30 Uhr die Veranstaltung im Hotel-Restaurant "Bären" fortgesetzt. Der Vorsitzende Hans-Peter Grimm begrüßte besonders den Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch, der beim Kreisverband Rottweil ein immer gern gesehener Gast sei. Kurz ging er noch auf zwei Themen ein, die alle von uns mehr oder weniger betreffen: Die Besoldungsfrage und die Gewinnung von Nachwuchskräften. Er bezweifelte, ob die vom Beamtenbund nachträglich geforderte Erhöhung der Besoldung von 2,4 % kommen wird. Besorgt zeigte er sich auch über den Rückgang der Bewerberzahlen für den gehobenen Verwaltungsdienst.

Anschließend nahm Harald Gentsch zu zahlreichen aktuellen berufsbezogenen Themen Stellung. Folgende Bereiche sprach er besonders an:

- * Beteiligungsvereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Beamtenbund Baden-Württemberg über mehr Mitspracherechte des BBW in wesentlichen Fragen.
- * Die Attraktivität des Berufsstandes müsse gesteigert werden.
- * Endlich werde beim Land ein Pensionsfonds für Landesbeamte eingerichtet mit einem einmaligen Kapitalstock von 500 Mio. Euro; künftig sollen für jeden neu eingestellten Beamten 6.000 Euro zurückgelegt werden.
- * In diesen Tagen kommen auch die internen Vorarbeiten Zur Entwicklung von Eckpunkten für die Dienstrechtsreform im Land wieder in Gang; vorgesehen sein, die Besoldung (Grundgehälter) künftig nach der Zeitdauer der Beschäftigung und nicht mehr nach Lebensaltersstufen festzulegen.
- * Die amtsangemessene Alimentation werde bei drei und mehr Kindern neu geregelt.
- * Die Umstellung der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst auf Bachelor-Studiengänge, das heißt Diplomverwaltungen werden Bachelor of Arts; die Ausbildungszeit ist dann nur noch dreieinhalb Jahre. Allerdings fehle noch der künftig dringend notwendige Masterstudiengang an den Fachhochschulen in Kehl und Ludwigsburg.
- * Auch das Disziplinarrecht werde gravierend geändert, denn der Dienstherr sei künftig zuständig bei Disziplinarverfahren. Leider gebe es auch in der Verwaltung Mobbingfälle, die unbedingt zu verurteilen seien.

Herzlicher Beifall aller Anwesenden für seine Ausführungen, die noch weitere Informationen enthielten, war dem Referenten sich.

Leider konnte die Ehrung der beiden Jubilare Hubert Kammerer und Winfried Noll, die seit 40 Jahren dem Verband angehören, nicht vorgenommen werden, da beide Kollegen nicht anwesend sein konnten. Am Schluss dankte Vorsitzender Hans-Peter Grimm dem Referenten für seine tadellose Präsentation sowie seiner Stellvertreterin Elvira Roth für alle Unterstützung und Peter Dettinger für seine Mitarbeit bei der Vervielfältigung der Einladungen.

Gustav Kammerer

Kreisverband Tuttlingen

Kreisverbandsversammlung in Wurmlingen

In den Räumlichkeiten der Hirsch-Brauerei Honer konnte Kreisvorsitzender Bürgermeister Jörg Kaltenbach den Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch sowie 32 Kolleginnen und Kollegen zur Kreisverbandsversammlung begrüßen.

Gleich zweimal im Vordergrund stand Kollege Klaus Storz. Zunächst wurde er einstimmig als stellvertretender Vorsitzender in seinem Amt bestätigt und im Anschluss für seine vierzigjährige Mitgliedschaft in unserem Verband geehrt. Für ebenfalls vierzigjährige Treue zum Verband konnte Harald Gentsch die Kollegin Brigitte Breinlinger sowie in Abwesenheit den langjährigen Kreisvorsitzenden Hermann Wolf, Gunter Bartmann sowie Hans-Joachim Bacher auszeichnen.

Kreisvorsitzender Kaltenbach stellte in seiner Begrüßung die Ausbildungsreform im gehobenen Verwaltungsdienst in den Mittelpunkt. Die zukünftigen Absolventen der Fachhochschulen in Kehl und Ludwigsburg werden in Zukunft bereits nach dreieinhalbjährigem statt bisher vierjährigem Studium einen Abschluss als Bachelor of Arts und nicht mehr als Diplomverwaltungswirte erwerben. Diese gravierende Neuausrichtung der Studieninhalte und des Studienablaufs geht einher mit einem einheitlichen europäischen Hochschulrecht, basierend auf der Bologna-Erklä-

rung aus dem Jahr 1999. Der Verband der Verwaltungsbeamten hat maßgeblich an der Studienreform mitgewirkt und trägt diese zu 100 Prozent mit.

In einem überaus engagierten Referat spannte Verbandsgeschäftsführer Gentsch den Bogen von den geglückten personellen Änderungen in der Verbandsspitze über eine kritische Betrachtung der vom Landtag beschlossenen Trennung von Amt und Mandat ab dem Jahr 2016 bis hin zu der für das Jahr 2009 angekündigten Dienstrechtsreform und der nach wie vor nicht befriedigenden Alimentation kinderreicher Familien.

Im Anschluss an den offiziellen Teil der Versammlung stand die Geselligkeit im Vordergrund. Inhaber Rainer Honer ließ es sich nicht nehmen die Führung in der Hirsch-Bierwelt selbst zu übernehmen. Detailliert und sachkundig über die Kunst des Brauens informiert, klang der Abend bei einer Bierprobe und einem Vesper gemütlich aus. Ein ganz besonderes Dankeschön richtete Vorsitzender Jörg Kaltenbach an Rainer Honer, der die Kolleginnen und Kollegen zur Führung und Bierprobe eingeladen hat. Als Erinnerung an die Führung erhielt jedes Mitglied einen Brauer-Brief. Dieser berechtigt am Stammtisch das Wort zu führen und sein Wissen lautstark zu behaupten.



Die fröhlichen Teilnehmer an der Kreisversammlung, 2. v. links stehend Ehrenmitglied Landrat a. D. Hans Volle



Verena Nunn

Kreisverband Ulm/Alb-Donau

VdV-Kreisverband Ulm/Alb-Donau plant im Herbst 2008 eine Informationsreise nach Brüssel, u.a. zur EU-Kommission

Wenn genügend Interesse besteht, planen wir für den Herbst dieses Jahres eine fünftägige Reise nach Brüssel, zu der wir auch alle Kolleginnen und Kollegen der übrigen Kreisverbände des Verbandes der Verwaltungsbeamten einladen. Auch Ehegatten und Partner sind selbstverständlich willkommen.

Sollen Sie Interesse haben, melden Sie sich umgehend bei: Michael Knapp, Kreisvorsitzender VdV Ulm/Alb-Donau
Vdvulm@web.de

Bürgermeister Michael Knapp für zweite Amtszeit verpflichtet

Es war keine "Null-acht-fünfzehn"-Verpflichtung von unserem Kollegen Michael Knapp in Schelklingen. Noch lag einige Brisanz in der Luft nach dem emotional geführten Wahlkampf, bei dem sich Michael Knapp gegen einen respektablen und ernstzunehmenden Gegenkandidaten behaupten musste, was ihm auch eindrucksvoll gelang. Unser Verbandsmitglied Landrat Seiffert wusste dies bei der Amtseinstellung auch in eindringlichen Worten an den Amtsinhaber, an die Gemeinderäte und an die Bürgerschaft zu würdigen.

Kollege Michael Knapp ist nicht nur langjähriges Verbandsmitglied, sondern als Kreisvorsitzender auch äußerst aktiv. Er scheut keine Auseinandersetzung und setzt sich für eine Sache, von der er überzeugt ist, voll und ganz ein. So auch für unseren Verband und das Berufsbeamtenamt. Deshalb waren unter den zahlreichen Gästen auch Kollege Hans Reibold, von der Verbandsleitung, Kol-

lege Harald Gentsch, Verbandsgeschäftsführer und Kollege Bgm. a. D. Hans Breymaier, stv. Kreisvorsitzender. Die Verpflichtung übernahm der stellvertretende Bürgermeister Eisele. Außergewöhnlich, wie es der Art von Michael Knapp entspricht, war die Schlusspassage seiner Rede und der Schluss: man sang stehend das Württemberger Lied "Preißend mit viel schönen Reden".

Und die Schlusspassage seiner Rede veröffentlichten wir nachstehend im Wortlaut:

"Ich möchte Ihnen zum Schluss den wunderschönen Text der Desiderata aus dem Jahr 1482, der in der Kathedrale von Baltimore gefunden worden ist, und der mich seit Beginn meiner Berufstätigkeit im Jahr 1975 in sämtlichen Amtszimmern - sei es im Regierungspräsidium, im Sozialministerium, in der Handwerkskammer und in meinem jetzigen Dienstzimmer begleitet, kund tun - er gehört zu meinen Lebenszielen:

Gehe ruhig und gelassen durch Lärm und Hast und sei des Friedens eingedenk, den die Stille bergen kann. Stehe soweit ohne Selbstaufgabe möglich in freundlicher Beziehung zu allen Menschen. Äußere deine Wahrheit ruhig und klar und höre anderen zu, auch den Geistlosen und Unwissenden; auch sie haben ihre Geschichte. Meide laute und aggressive Menschen, sie sind eine Qual für den Geist. Wenn du dich mit anderen vergleichst, könntest du bitter werden und dir nichtig vorkommen; denn immer wird es jemand geben, größer oder geringer als du. Freude deiner eigenen Leistungen wie auch deiner Pläne. Bleibe weiter an deiner eigenen Laufbahn interessiert, wie bescheiden auch immer. Sie ist echter Besitz im wechselnden Glück der Zeiten. In deinen geschäftlichen Angelegenheiten lass Vorsicht walten; denn die Welt ist voller Betrug. Aber dies soll dich nicht blind machen gegen gleichermaßen vorhandene Rechtschaffenheit. Viele Menschen ringen um hohe Ideale; überall ist das Leben voll Heldentum. Sei du selbst, vor allen Dingen heuchle keine Zunei-

gung. Noch sei zynisch, was die Liebe betrifft; denn auch im Angesicht aller Dürre und Enttäuschung ist sie doch immerwährend wie Gras. Ertrage freundlich und gelassen den Ratschluss der Jahre, gib die Dinge der Jugend mit Grazie auf. Stärke die Kraft des Geistes, damit sie dich in plötzlich hereinbrechendem Unglück schütze. Aber beunruhige dich nicht mit Einbildungen. Viele Befürchtungen sind Folge von Erschöpfung und Einsamkeit. Bei einem heilsamen Maß an Selbstdisziplin sei gut zu dir selbst. Du bist ein Kind des Universums nicht weniger als die Bäume und die Sterne; du hast ein Recht hier zu sein. Und ob es dir nun bewusst ist oder nicht. Zweifellos entfaltet sich das Universum wie vorgesehen. Darum lebe in Frieden mit Gott, was du eine Vorstellung du auch von ihm hast und was immer dein Mühen und Sehnen ist. In der lärmenden Wirrnis des Lebens erhalte dir den Frieden mit deiner Seele. Trotz all ihrem Schein, der Plackerei und den zerbrochenen Träumen ist diese Welt doch wunderschön. Sei vorsichtig, strebe danach, glücklich zu sein."

Bücher

"Warum werden Bürgermeister abgewählt"

Der Gemeindetag nennt es ein "Rezeptbuch für Bürgermeister und Kandidaten". Ein Politikwissenschaftler hat bundesweit alle 163 Abwahlen zwischen 1973 und 2003 gründlich durchleuchtet und Ergebnisse zusammengefasst. Eigentlich sollte ein Bürgermeister am allerbesten über die Stimmungslage seiner Gemeinde Bescheid wissen. Sollte man meinen. Allerdings: "Mit seiner Abwahl hat keiner gerechnet", für alle war dies der totale Schock", meint der Tübinger Politikwissenschaftler Timm Kern. Er hat sich mit dem Thema befasst, wie kein Zweiter. In einer bundesweit in dieser Form einmaligen Arbeit recherchierte und analysierte er alle Wahlen, bei denen Bürgermeister und Oberbürgermeister zwischen 1973 und 2003 nicht wiedergewählt worden sind. Seine Analysen hat der 35-Jährige im Rahmen einer Doktorarbeit im Buch "Warum werden Bürgermeister abgewählt?" zusammengefasst. Der Gemeindetag geht davon aus, dass dieses Buch zum "Rezeptbuch für Kandidaten und Herausforderer wird". Eine Anforderung der 397 Seiten hat Kerns Doktorvater, der Tübinger Professor Hans-Georg Wehling formuliert: "Eine Arbeit wie diese muss so gut verfasst sein, dass man sie auch im Lehnstuhl lesen kann". Bürgermeister und jene, die Bürgermeister werden wollen und andere Interessenten an der Lokalpolitik werden bei der Lektüre im Lehnstuhl nicht einschlafen.

Timm Kern: Warum werden Bürgermeister abgewählt? Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, 397 Seiten, 34 Euro.



Bürgermeister Knapp bei der Verpflichtung durch seinen Stellvertreter Eisele

Personalia

Erwin Beck wurde 95



Unser Ehrenmitglied Erwin Beck feierte am 8. Februar in hervorragender gesundheitlicher Verfassung seinen 95. Geburtstag. Der Verbandsvorstand gratulierte dem Jubilar zu diesem außergewöhnlichen Fest und wünschte ihm im Namen aller Kolleginnen und Kollegen noch weitere Jahre in Gesundheit. Mit seinem Gottvertrauen lebt Erwin Beck zufrieden und in ruhiger Beständigkeit. Nach wie vor gilt seine Zuneigung dem CVJM (Christlicher Verein junger Menschen), dem er seit Jahrzehnten angehört, seit seiner Jugendzeit. Seit Jahrzehnten gehört er auch unserem Verband an und hat dort ebenfalls jahrzehntelang ehrenamtliche Verantwortung getragen. Über 33 Jahre lang war er Mitglied des Vorstands des Verbandes der Verwaltungsbeamten, 11 Jahre lang als stellvertretender Vorsitzender. Er bekleidete auch 18 Jahre lang das Amt des Vorsitzenden des mitgliederstärksten Kreisverbandes Stuttgart. Viele Jahre hatte er einen Vorstandssitz in der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft inne und dort das Amt des stv. Bundesvorsitzenden. Ebenfalls gehörte er jahrzehntelang dem Vorstand und dem Hauptvorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg an, vier Jahre lang war er gleichzeitig stv. Landesvorsitzender des BBW. Nahezu zwangsläufig war es daher, dass er nach seinem Eintritt in den Ruhestand 1978 auch aktiv im Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen war, 1986 - 1995 als dessen Landesvorsitzender. Auf Bundesebene war er stv. Bundesvorsitzender des BRH. Es ist wahrlich eine lange Liste ehrenamtlicher Tätigkeiten, die Erwin Beck vorweisen kann. Deshalb ist er auch in vielen dieser Verbänden zum Ehrenmitglied ernannt worden, so auch in unserem Verband. Beruflich ist Erwin Beck vor allen Dingen auch weit bekannt geworden durch seine Kommentierung des Beamtenrechts. Nach der Bearbeitung der 68. Ergänzungslieferung übergab Erwin Beck im Jahr 2003 als 90-Jähriger die Weiterführung des Kommentars in jüngere Hände.

Erwin Beck zählt zu den herausragenden Persönlichkeiten unseres Berufsstandes. Für seinen unermüdlichen berufspolitischen Einsatz zum Wohle der aktiven Beamten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen sowie für seine Verdienste um die Allgemeinheit hat ihn der Bundespräsident 1978 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und im Jahr 1987 mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet. Der Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg sowie die gesamte Beamtenschaft haben Erwin Beck außerordentlich viel zu verdanken und sind stolz auf ihn.

Herzlichen Glückwunsch zum 95. Geburtstag!

Peter Dombrowsky wieder zum Landrat gewählt



Mit einem überzeugenden Votum wurde Landrat Peter Dombrowsky am Montag, den 21. Januar 2008 vom Kreistag des Landkreises Freudenstadt für seine zweite Amtszeit wiedergewählt. Die Auszählung der 39 abgegebenen Stimmen ergab 35 Ja-Stimmen, drei Enthaltungen und eine ungültige Stimmabgabe.

Der stellvertretende Vorsitzende des Kreistags, Bürgermeister Heinz Hornberger (Mitglied in unserem Verband seit dem Jahr 1965) gratulierte als Erster dem alten und dem neuen Landrat zu diesem Vertrauensbeweis und bot ihm, auch im Namen der Kreistagsmitglieder, eine weitere konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit an.

Unser Verband freut sich mächtig über diesen Erfolg, ist Kollege Peter Dombrowsky ebenfalls bereits seit Jahrzehnten in unserem Verband und seit der letzten Vertreterversammlung vor vier Jahren ein ganz aktives Mitglied im Vorstandsvorstand.

Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg wünschen alle Verbandsmitglieder.

Roger Kehle jetzt Hauptgeschäftsführer des Gemeindetages



Nun ist es so weit: unser Vorstandskollege Roger Kehle hat als Präsident nun auch die Geschäftsführung des Gemeindetages Baden-Württemberg seit Beginn dieses Jahres übernommen. Im weißen Saal des neuen Schlosses wurde sein

Vorgänger, Prof. Dr. Christian O. Steger, verabschiedet, Roger Kehle übernahm die Leitung der Geschäftsstelle des Gemeindetages. Sein Credo ist u.a.: "Unsere Kommunen sehen sich ständig mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Wer glaubt, die Zeiten würden irgendwann auch wieder ruhiger, kann lang warten. Unsere Städte und Gemeinden müssen deshalb noch innovationsfähiger werden. Das ist nicht einfach, denn die meisten stehen hier schon auf einem hohen Niveau, sind flexibel und lernfähiger als bürokratische Großbehörden und Konzerne. Aber wer im Strom aufhört zu schwimmen, fällt zurück."

Diesen ständig wachsenden Innovationsprozess muss die Geschäftsstelle des Gemeindetages als Denkfabrik unterstützen. Sie muss vorausdenken, Experimente anstoßen, Entwicklungen begleiten. Gelingen kann das nur in Kooperation mit ehrenamtlichem Engagement der Verbandsmitglieder, den Praktikern aus unseren Städten und Gemeinden. Ich möchte aber auch noch häufiger andere Verbände, Einrichtungen und Institutionen für eine Zusammenarbeit an solchen Projekten gewinnen; nicht nur in der kommunalen Welt."

Eine neue Herausforderung für Kollege Roger Kehle, für deren Bewältigung wir ihm alles Gute wünschen, überzeugt davon, dass er diese bestens meistern wird. Unser Verband steht bereit, mit dem Gemeindetag in Angelegenheiten, die die Interessen beider Seiten betreffen eng zusammenzuarbeiten.

Hans Kilian 70 Jahre



Anfang Februar konnte unser Ehrenmitglied, Kollege Hans Kilian, seinen 70. Geburtstag feiern. Er ist von Beginn seiner Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst Mitglied des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg. Er war von 1970 bis 1977 ein umsichtiger, weitsichtiger und sachlich erfolgsorientierter Vorsitzender unseres Verbandes. Während seiner Amtszeit erfolgte eine weitreichende Reform der Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst mit der Einrichtung der ursprünglichen Staatlichen Höheren Verwaltungsschule im Jahr 1971, die dann ab 1973 übergeleitet wurde in die heutige Fachhochschule für öffentliche Verwaltung - eine davon in Ludwigsburg, eine in Kehl. Bald werden diese Fachhochschulen nur noch unter Hochschule Kehl und Hochschule Ludwigsburg firmieren. Mit der Errichtung der Hochschulen wechselte seinerzeit im Jahr 1971 auch die Ressortzuständigkeit im Kabinett des Landes Baden-Württemberg vom Innen- zum Wissenschaftsministerium. An alldem hatte Kollege Hans Kilian maßgeblichen Anteil.

Beruflich herausragend war seine Zeit als Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Gemeindeversicherung und anschließend der Sparkassenversicherung Baden-Württemberg Holding AG in Stuttgart. 1999 ist er in den Ruhestand getreten. Nach wie vor nimmt er regen Anteil an der Arbeit unseres Verbandes und unterstützt uns vor allen Dingen auch bei den ständigen Neuorientierungen der Ausbildung bzw. des Studiums für den gehobenen Verwaltungsdienst in Baden-Württemberg, damit wir auch hier in Deutschland Spitze bleiben.

Wir wünschen Kollege Hans Kilian für die nächsten Jahre alle Gute und danken ihm an dieser Stelle für seinen Einsatz für unseren Verband und das Berufsbeamtentum.

Michael Knapp in Schelklingen für zweite Amtszeit verpflichtet



Unser langjähriger Kreisvorsitzender, Kollege Michael Knapp, ist in Schelklingen von seinem Stellvertreter, Stadtrat Eisele, für seine zweite Amtszeit verpflichtet worden.

Landrat Heinz Seiffert (ebenfalls langjähriges Verbandsmitglied) gratulierte Michael Knapp zu seiner Wiederwahl. Er ist seit Januar 2000 Bürgermeister der Stadt Schelklingen. Bereits im Januar 2001 wurde der aus Freiburg Stammende in einer Kreisverbandsversammlung zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Ulm/Alb-Donau-Kreis gewählt. Zusammen mit seinen Vorstandskollegen hat er seither regelmäßig Versammlungen und andere interessante Veranstaltungen durchgeführt. Der Verband dankt ihm für seine bisherige Arbeit und wünscht ihm nun viel Kraft und Geschick für die zweite Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Schelklingen.

Wir weisen auch auf den gesonderten Bericht unter "Umschau im Land", Seite 30 hin.

Peter Launer stv. BBW-Landesvorsitzender



Wir freuen uns darüber, dass unser Vorstandsmitglied Peter Launer wieder zu einem der Stellvertreter des Landesvorsitzenden des Beamtenbundes Baden-Württemberg gewählt worden ist. Beim Delegiertentag in Fellbach erhielt er das Vertrauen der Delegierten von Baden-Württemberg. Kollege Peter Launer ist hauptberuflich Stadtverwaltungsdirektor bei der Stadtverwaltung Stuttgart als Leiter der Abteilung "Verwaltung, Recht, untere Denkmalbehörde". Gewürdigt werden muss bei ihm besonders, dass ihn nicht nur sein Hauptamt mit vollem Engagement "umtreibt", sondern dass er darüber hinaus seine bürgerschaftliche Verpflichtung sehr ernst nimmt und zahlreiche Ehrenämter ausübt, sowohl im kulturellen wie kirchlichen und gesellschaftspolitischen Bereich. In unserem Verband ist er als Vorstandsmitglied, darüber hinaus jedoch auch noch als Kreisvorsitzender Stuttgart und als Bezirksvorsitzender des Regierungsbezirks Stuttgart tätig. Dafür danken wir ihm und wünschen ihm in seiner alten und neuen

Tätigkeit in unserer Dachorganisation des Beamtenbundes Baden-Württemberg weiterhin viel Erfolg auch im Interesse unseres Verbandes der Verwaltungsbeamten. Herzlichen Glückwunsch.

Margot Thoma Amtsrätin



Zielstrebig war und ist sie schon, unser Vorstandsmitglied Margot Thoma. Nun konnte sie einen weiteren Erfolg für sich verbuchen. Ursprünglich aus dem mittleren Verwaltungsdienst kommend, wurde sie noch Ende letzten Jahres von der Regierungsdienstfrau zur Amtsrätin im Regierungspräsidium Karlsruhe befördert. Das ist ein großer Erfolg, über den wir uns alle sehr freuen und wozu wir ihr herzlich gratulieren.

Einen Namen hat sie sich auch im gewerkschaftlichen Bereich der Bundesfrauenvertretung in der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft gemacht. Engagiert tritt sie für die Rechte der Frauen, darüber hinaus jedoch auch im weitesten Sinne für die Gleichstellung aller ein. "Gender Mainstreaming" ist für sie ein wichtiges Element und nicht nur ein Schlagwort. In unserem Verbandsvorstand ist sie seit Juni 1993 als Mitglied Nachfolgerin unserer unvergessenen Kollegin Gisela Retzer (in der Ausgabe Nr. 1/2007 ist eine Würdigung ihrer Persönlichkeit anl. des 40-jährigen Verbandsjubiläums abgedruckt). Im Vorstand ist Margot Thoma nach wie vor eine Verfechterin für den mittleren nicht-technischen Verwaltungsdienst. Sie repräsentiert trotz ihres Aufstiegs in den gehobenen Dienst diese wichtige Zielgruppe in hervorragender Weise.

Wir wünschen Kollegin Margot Thoma im neuen Beförderungsjahr viel Erfolg.

Johannes Schmalzl neuer Regierungspräsident in Stuttgart



Das Regierungspräsidium Stuttgart hat einen neuen Präsidenten. Ministerpräsident Günther H. Oettinger ernannte Johannes Schmalzl zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Stuttgart. Er folgt dem jahre-, ja eigentlich jahrzehntelang erfolgreich tätig gewesenen Udo Andriof. Johannes Schmalzl ist Jurist. Geboren im Jahr 1965 in Würzburg studierte er auch dort. Weitere Studienorte waren Bonn und Lausanne.

Die beruflichen Stationen des 42-Jährigen waren im Wesentlichen bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart, als Beobachter des Justizministeriums bei der Landesvertretung Baden-Württembergs in Bonn und Berlin, als Leiter der Zentralstelle des Justizministeriums und

zuletzt als Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Unsere Verbandsleitung, Jochen Müller und Hans Reibold, gratulierte dem Regierungspräsidenten zu seinem neuen Amt. Dieser hob in seinem Dankschreiben hervor, dass er mit uns eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit suche. Wir bieten ihm dies an und wünschen ihm viel Erfolg.

Julian Würtenberger jetzt Regierungspräsident in Freiburg



Auch beim Regierungspräsidium Freiburg gab es einen Wechsel: Julian Würtenberger folgte dem ebenfalls, wie sein Amtskollege aus Stuttgart, sehr erfolgreichen Dr. Sven von Ungern-Sternberg.

Am 01. Januar 2008 trat er sein neues Amt an. Auch er ist Jurist. Der 1957 in Freiburg Geborene hat nach dem Abitur an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Rechtswissenschaften studiert und beide juristische Staatsprüfungen abgelegt. Nach einer kurzen Station beim Landratsamt Sigmaringen wechselte er in den Parlamentarischen Beratungsdienst des Landtages von Baden-Württemberg. Dann in das Innenministerium, dem sich der Wechsel zum damaligen Verkehrsministerium anschloss. Im Jahr 1997 wurde Julian Würtenberger zum Zentralstellenleiter im Innenministerium bestellt. Im Staatsministerium leitete er schließlich von Februar 2003 bis Juli 2007 die Grundsatzabteilung. Anschließend bis zu seiner Berufung zum Regierungspräsidenten war er Ministerialdirektor beim Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst. Er freute sich auf sein neues Amt und betonte, dass es schön sei, auch auf einen Rückhalt bei unserem Verband zählen zu können. Wir haben ihm dies angeboten und wünschen ihm einen guten Erfolg und tatsächlich auch Freude im Amt.

Volker Stich Vorsitzender des Landesrundfunkrates



Die Bedeutung des Beamtenbundes Baden-Württemberg wird erneut dadurch unterstrichen, dass unser Landesvorsitzender ohne Probleme zum neuen Vorsitzenden des Rundfunkrates des SWR gewählt worden ist. Seine Amtszeit dauert von 2008 bis 2013. Er wird von den baden-württembergischen Gewerkschaften in dieses Amt entsandt.

Der Landesrundfunkrat besteht aus den 51 Mitgliedern des Rundfunkrates und den 11 Mitgliedern des Verwaltungsrates aus dem Land Baden-Württemberg.

Der Landesrundfunkrat berät den Intendanten und den Landessenderdirektor bei der Gestaltung der Landesprogramme. Des Weiteren erörtern die Landesrundfunkräte den durch den Intendanten zugeleiteten Entwurf des Haushaltsplans. Die jeweiligen Direktoren der Landessender Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden auf Vorschlag des Intendanten durch den entsprechenden Landesrundfunkrat gewählt.

Die Verbandsleitung gratulierte Kollege Volker Stich zu diesem einflussreichen Amt und brachte dabei zum Ausdruck, dass damit auch die Belange des Berufsbeamtentums mit berücksichtigt werden können. Ein herzliches Glück-Auf.

Namen

Wir heißen folgende neue Mitglieder willkommen:

Carolyn Bader, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg
Volker Badouin, Amtsinspektor beim Landratsamt Sigmaringen

Andreas Bauer, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg
Yvonne Behrendt, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Matthias Benz, Regierungsinspektor an der Stadt Heidenheim

Sonja Berners, Regierungsinspektorin beim Landratsamt Reutlingen

Stefanie Blum, Regierungsinspektorin bei der Gemeinde Öpfingen

Claudia Dietrich, Stadtmittelfrau bei der Stadt Heidenheim

Sandra Eisenbraun, Regierungsinspektorin an der Gemeinde Neuhausen a.d. Fils

Thomas Heim, Kreisamtmann beim Landratsamt Reutlingen

Maximilian Hennig, Regierungsinspektor an der Stadt Dietenheim

Bernd Hild, Amtsrat beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg

Amelie Hoch, Regierungsinspektorin bei der Gemeinde Köngen

Philipp Hrusch, Regierungsinspektor an der Gemeinde Ingersheim

Britta Huhn, Regierungsinspektorin bei der Stadt Wernau

Joachim Keller, Regierungsinspektor an der Stadt Süßen

Daniel Kienle, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Ricarda Kienstein, Regierungsinspektorin an der Stadt Esslingen

Miriam Körner, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Johannes Lohrer, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Daniel Meyer, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Anja Mildenerger, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Robert Mohr, Regierungsinspektor an der Stadt Tübingen

Martin Moore, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Susanne Müller, Regierungsinspektorin bei der Stadt Ulm

Barbara Mürter, Regierungsinspektorin bei der Gemeinde Heiningen

Stefan Neumann, Stadtinspektor bei der Stadt Forchtenberg

Verena Pfeiderer, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Freia Rausch, Regierungsinspektorin bei der Stadt Esslingen

Kristina Reiniger, Regierungsinspektorin bei der Stadt Markgröningen

Stefan Ributzka, Regierungsinspektor an der Stadt Filderstadt

Marco Salat, Regierungsinspektor an der Gemeinde Holzmaden

Philipp Schieker, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Oliver Schmid, Bürgermeister der Stadt Geislingen (Zollernalb)

Kerstin Schmitt, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Andreas Schneider, Regierungsinspektor an der Gemeinde Abtsgmünd

Anja Schreier, Regierungsinspektorin bei der Stadt Leinfelden-Echterdingen

Sven Schymura, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Linda Traub, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Günther Voit, Stadtoberratsrat bei der Stadt Künzelsau

Verena Wanner, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Wido Weidler, Regierungsinspektor an der Stadt Göppingen

Madeleine Weigele, Regierungsinspektorin bei der Gemeinde Sersheim

Sebastian Wiedmann, Regierungsinspektor an der Gemeinde Bissingen a.d. Teck

Frederic Wolff, Regierungsinspektor an der Stadt Kirchheim u. Teck

Stephanie Wurmthaler, Regierungsinspektorin an der Fachhochschule Ludwigsburg

Florian Zangl, Regierungsinspektor an der Fachhochschule Ludwigsburg

Ernannt und befördert wurden:

Günther Aupperle, zum Amtsrat beim Regierungspräsidium Stuttgart

Matthias Bauer, zum Stadtmann bei der Stadt Böblingen

Thomas Bohner, zum Verwaltungsrat bei der Tierseuchenkasse Baden-Württemberg

Klaus Brunner, zum Regierungsdirektor beim Regierungspräsidium Tübingen

Manfred Eggetsberger, zum Stadtmann bei der Stadt Friedrichshafen

Dieter Heitzmann, zum Regierungsdirektor beim Regierungspräsidium Stuttgart

Elke Karle, zur Kreisamtsfrau beim Landratsamt Emmendingen

Dieter Marschall, zum Kreisoberamtsrat beim Landratsamt Karlsruhe

Hans Mauch, zum Gemeindeoberamtsrat bei der Gemeinde Wellendingen

Barbara Pfisterer, zur Stadtmittelfrau bei der Stadt Maulbronn

Michael Ruf, zum Gemeindeamtsrat bei der Gemeinde Pfalzgrafenweiler

Ulrich Soldner, zum Ltd. Stadtverwaltungsdirektor bei der Stadt Ulm

Margot Thoma, zur Amtsrätin beim Regierungspräsidium Karlsruhe
 Herzlichen Glückwunsch!

Gewählt wurden:

Peter Dombrowsky, zum Landrat des Landkreises Freudenstadt - WW

Thomas Kellenberger, zum Bürgermeister der Gemeinde Aitrach

Michael Lutz, zum Bürgermeister der Stadt Waldenbuch - WW

Herzlichen Glückwunsch!

In den Ruhestand traten:

Uwe Brodbeck, Stadtverwaltungsoberrat, Stadt Schramberg

Jürgen Früh, Kirchenoberverwaltungsrat bei der evangelischen Kirchenpflege Stuttgart

Franz Grupp, Bürgermeister der Gemeinde Schönaich

Roland Heinrich, Gemeindeoberamtsrat, Gemeinde Althengstett

Gerhard Schachner, Kreisoberverwaltungsrat, Landratsamt Waldshut, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Werner Wagner, Stadtoberverwaltungsrat, Landeshauptstadt Stuttgart

Ernst Widenhorn, Geschäftsführer, Krankenhaus Überlingen

Wir wünschen den Kollegen einen gesunden und aktiven Ruhestand!

Gestorben sind:

Walter Fink, Kreisverwaltungsrat a.D., Ulm

Marina Gross, Stadtmittelfrau a.D., Remseck

Werner Haefele, Stadtverwaltungsleiter a.D., Stuttgart

Dr. Franz Hundsnurscher, Archivdirektor a.D., Freiburg

Rudolf Illi, Verwaltungsdirektor a.D., Stuttgart

Claus-Peter Liefekett, Gemeindeoberamtsrat, Dornstadt

Hermann Oettinger, Amtsrat a.D., Schwäbisch Gmünd

Walter Seiler, Bürgermeister a.D., Korntal-Münchingen

Manfred Volk, Bürgermeister a.D., Göggingen

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Wenn einer eine Reise tut ...

(Reisegruppe vergisst Litauer bei Leipzig.
Nach einer Reportage im "Spiegel 2/2008)

Von Antasava hat es ihn nie fortgezogen.

Seit einundvierzig Jahren lebt er in dem Kaff:

Saulius M. - Der Traktorist kriegt, ungelogen,
'ne Chance zur Weiterbildung. Und da ist er baff.

Die "Agritechnica" in Deutschland zu besuchen,
die größte Landmaschinenmesse auf der Welt,
lädt man ihn ein. Soll er sich freuen oder fluchen?
Der Chef zahlt generös das teure Reisegeld.

Wurstbrotbewehrt und ohne jegliches Gezeter
fährt Saulius dann schließlich los als tapf'rer Mann.
Nach Kaunas erst, einhundertsechzig Kilometer,
dort fängt die Fahrt ins westliche Hannover an.

Aus ganz Litauen kommt die Bauern-Reisegruppe.
Und widerwillig steigt er in den Reisebus.

Er kennt niemanden. doch das ist ihm völlig schnuppe.

"Wer eingeladen wird, der fährt, das ist ein Muss!"

Durch Polen rauscht der Bus, toujours in Richtung Westen.

Der Saul mampft seine Brote, spült mit Wodka nach.

Die Bauern-Truppe will "kultura" durchaus testen
und stoppt bei Leipzig, zwölft Uhr mittags, ganz gemach.

Saulius schläft, von Fahrt und Wodka arg ermattet.

Und als er aufwacht, ist der Bus ganz menschenleer.

Kein Fahrtgenosse hat 'nen Weckruf abgestattet.

Nun hockt er da und guckt schon ziemlich blöd umher.

Dann steigt er aus und geht, setzt sich in eine Pinte,
trinkt Bier und raucht und zahlt die Zeche irgendwann.

Er irrt umher, gerät besäuselt in die Tinte:

Der Bus ist weg! Vergessen hat man Sauli-Mann!

Er hat nur schlappe achtzig Euro in der Tasche.

Dass ihn die andern finden - ach, er hofft darauf!

Als Schnorrer aufzutreten, ist nicht seine Masche.

Und als die Nacht kommt, gibt er seine Hoffnung auf.

Er schläft auf einer Parkbank; kühl ist es im Freien!

Er sitzt an Haltestellen, wärmt sich in Cafés.

Vier Tage Leipzig - vegetierend könnt' er schreien!

Und übernächtigt zieht er seine Resümees.

Am fünften Tag beschließt er endlich, loszugehen:

rund dreizehnhundert Kilometer bis nach Haus!

Die Autobahn hat er zum Marsch sich ausersehen.

Nach dreißig Kilometern ist die Wand' rung aus!

Ein Streifenwagen stoppt. Es kommt zur Passkontrolle.

Man fährt ihn in ein Dorf und lädt ihn aus wie Schrott.

Und prompt kehrt er zurück zur Autobahn, der Olle,

geht diesmal außerhalb der Planken - schwerer Trott.

Der Weg erschöpft ihn, er muss viele Pausen machen,

trinkt Wasser mal aus Pfützen, mal aus einem Bach,

isst faule Äpfel. Und in regennassen Sachen

döst nachts er unter Bäumen, nah' dem Autokrach.

Acht Tage ist er unterwegs. Die Füße bluten.

Er wechselt auf die Fahrbahn der A4 zurück.

Die Polizisten, die ihn sehen, diese Guten,

verhelfen ihm, so kann man sagen, nun zum Glück.

Sie kochen Tee. Die Übersetzung seiner Sprache

wird rasch ermöglicht. Man fährt Saul zur Grenze hin,

zur Weiterfahrt durch Polen - das ist seine Sache.

Allmählich kriegt das Ganze doch noch einen Sinn.

Und siehe da! Ein litauischer Truckler,

der nimmt den Landsmann mit, den armen Kacker.

Und Saul kommt heim! Da weinen Mutter, Bruder, Schwester!

Gott, tausend Dank! Er lebt, er, unser Allerbester!

Saulius schwor beim Suppessenden,

Litauen nie mehr zu verlassen ...

Ekkehart Frost

Bücher**Buchbesprechung****Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen**

Quecke/Schmid

2 Bände; Stand 2007; ca. . 400 Seiten, Preis 98 €

Erich-Schmidt-Verlag, Berlin

Vor kurzem hat der Verband der Verwaltungsbeamten Prof. Hansdieter Schmid für seine fünfzigjährige Mitgliedschaft geehrt. Dies ist nicht der alleinige, aber ein hinreichender Grund, sein Lebenswerk, den Loseblattkommentar "Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen" - Band II Kommunale Finanzwirtschaft, in einer Rezension in dieser Zeitschrift zu würdigen. HD Schmid hat sich als Autor von rd. 300 Veröffentlichungen in Fachzeitschriften zum Kommunalen Abgabenrecht und Gemeindefinanzrecht sowie als Autor zahlreicher Bücher bundesweit den Ruf eines ausgezeichneten Experten erworben. Als Gründungsmitglied der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung hat er die Lehrinhalte dieser Fächer festgelegt und mit seinen packenden Vorlesungen die Studenten begeistert, die ihn zutreffend als "Papst der kommunalen Finanzwirtschaft" bezeichneten. In der 38. Lieferung des Kommentars erläutert Schmid das völlig novellierte Vergaberecht. Vorweg schildert er die effiziente Organisation des Beschaffungs- und Vergabewesens, befasst sich intensiv mit der Vergabefreiheit von sog. "In-house-Geschäften", beschreibt die europaweiten und nationalen Vergabevorschriften sowie die Vergütung und Zahlungspflichten. Auf etwa 50 Seiten komprimiert gelingt es ihm, diese schwierige und heikle Thematik gut verständlich und praxisorientiert darzulegen. Damit setzt er seine bewährte Tradition fort, in einem Gemeindefinanzrechtskommentar fachübergreifend praxisrelevante Zusammenhänge aufzuzeigen. Dies ist ihm zuvor in allen anderen Bereichen, die maßgeblich von der kommunalen Finanzwirtschaft tangiert werden, gelungen. Beispielhaft sollen die Bereiche Gebührenrecht, Unternehmen und Beteiligungen, Eigenbetriebsrecht, Vermögen, Rücklagen, Schulden und Kassenwesen genannt werden. Die jeweiligen Erläuterungen sind so ergiebig, dass sich hierzu spezielle Kommentare erübrigen. Der Geschäftsführer des Städtetags Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. G. Schwarting, sieht dies ebenso: "Das Werk ist somit mehr als ein Kommentar, es kann insgesamt, aber auch in seinen einzelnen Teilen sehr wohl als ein Kompendium der kommunalen Finanzwirtschaft bezeichnet werden. Insgesamt ist der haushalts- und wirtschaftsrechtliche Teil dieses Kommentars ein gelungener Wurf. Er hat Breite und Tiefe zugleich und kann mit Gewinn auch in anderen Bundesländern genutzt werden. Der Verfasser hat insoweit den Bedarf an gesonderter Kommentierung der Gemeindehaushalts- oder Kassenverordnung, aber auch zum Eigenbetriebsrecht oder dem Prüfungswesen in hohem Maße gedeckt." Der VKU hat die umfassende Kommentierung zum Kapitel Unternehmen und Beteiligungen und ganz besonders zum Eigenbetriebsrecht gelobt.

Die Erläuterungen zum Kommunalen Wirtschaftsrecht umfassen derzeit mehr als 1 600 Seiten. An Breite und Tiefe ist dieses Werk unerreicht. Die Praktiker profitieren besonders von der ständigen Aktualisierung. Zwischen der Änderung von Vorschriften oder neuen Gerichtsentscheidungen vergehen nur wenige Monate, bis sie der Autor in der nächsten Lieferung einarbeitet. Besonders hervorzuheben sind der logische Aufbau, die klare Sprache, mit der selbst komplizierte Sachverhalte gut verständlich dargelegt sind, die vielen praktischen Beispiele und die Blicke über den Tellerrand hinaus auf die gesamte Kommunalwirtschaft und -politik. Der Kommentar von HD Schmid ist für mich eine unentbehrliche Hilfe bei allen komplexen und schwierigen Fragen geworden, den ich ständig mit großem Gewinn nutze. Selbst bei ungewöhnlichen Problemstellungen hat er mich noch nie im Stich gelassen. Nachdem die Rechtsgrundlagen in Sachsen und Baden-Württemberg weitgehend gleich sind, eignet sich der Kommentar auch für unsere Finanzverwaltungen hervorragend.

*Kurt Leibbrandt, Erster Bürgermeister
Bietigheim-Bissingen*

Absender:



Verband
der Verwaltungsbeamten in
Baden-Württemberg e.V.

An die
Geschäftsstelle des
Verbandes der Verwaltungsbeamten
In Baden-Württemberg e.V.
Panoramastr. 27

70174 Stuttgart

geworben von:

.....
.....
.....

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum

Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V. in Stuttgart

Name, Vorname:

Amtsbezeichnung und Dienststelle:

Wohnort und Landkreis:

Straße:

E-Mail-Adresse:

Geburtstag:

Eintritt in den Verwaltungsdienst am:

bei:

Jahr der Staatsprüfung:

Bankverbindung und Bankleitzahl:

Ich bin mit der Abbuchung des Mitgliedsbeitrags einverstanden: ja / nein

Der Veröffentlichung meines Beitritts in der Verwaltungszeitung stimme ich zu: ja / nein

Der Verband der Verwaltungsbeamten ist korporatives Mitglied des Beamtenbundes Baden-Württemberg.
Dadurch werde ich mittelbar auch dessen Mitglied.

Ort und Datum

Unterschrift